

BERLIN

SPD

#HERZENSSACHEBERLIN FÜR EINE SOZIALE UND SICHERE METROPOLE

UNSER ENTWURF FÜR DAS LANDESWAHLPROGRAMM 2021

1	Inhaltsverzeichnis	
2	Präambel der Landesvorsitzenden der SPD Berlin	6
3	TEIL I – LEBENSWERTE STADT BERLIN	9
4	Kapitel 1: Berlin – Stadt für alle	9
5	1.1. Internationale Stadt der Freiheit, des Respekts und der Solidarität	9
6	1.2. Stadt der Innovationen und der Zukunftsfähigkeit.....	10
7	1.3. Stadt der Vielfalt	11
8	1.4. Inklusiv Stadt für Menschen mit und ohne Behinderungen	12
9	1.5. Regenbogenstadt Berlin.....	14
10	Kapitel 2: Familienfreundliche Stadt	15
11	2.1. Gute Infrastruktur für Kinder und Familien	15
12	2.2. Stadt der Mehrgenerationen von Jung bis Alt	17
13	2.3. Stadt der guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf	18
14	Kapitel 3: Berlin – Stadt der Frauen und der Gleichstellung	18
15	3.1. Gleichberechtigte Teilhabe und mehr Frauen in Führungspositionen	18
16	3.2. Schutz vor Gewalt gegen Frauen	19
17	3.3. Öffentliche Räume für Frauen und Männer gleichermaßen	20
18	Kapitel 4: Engagierte und demokratische Stadt Berlin	20
19	4.1. Bürgerschaftliches Engagement würdigen	20
20	4.2. Ehrenamt fördern	20
21	4.3. Gute Rahmenbedingungen für Engagement schaffen.....	21
22	4.4. Demokratie fördern	22
23	Kapitel 5: Klimafreundliche Stadt Berlin	22
24	5.1. Klimaschutz als Querschnittsaufgabe sozial gerecht gestalten	22
25	5.2. Klimaschutztechnologien als Motor für Innovation und Beschäftigung.....	23
26	5.3. Klimaschutz im Quartier bei Neu- und Bestandsbauten.....	24
27	5.4. Grünflächen pflegen, Stadtnatur bewahren, Wasserversorgung sichern	25
28	5.5. Bezahlbare, klimaneutrale Mobilität und gute Ladeinfrastruktur.....	27
29	Kapitel 6: Kulturhauptstadt Berlin	27
30	6.1. Berlin als künstlerische Metropole neu beleben und entwickeln	27
31	6.2. Kulturelle Bildung und Teilhabe für alle, mit allen und von allen.....	28
32	6.3. Kulturförderung sichern und lokal ausrichten	29
33	Kapitel 7: Gesundheitsstadt Berlin	30

34	7.1.	Erstklassige medizinische Versorgung	30
35	7.2.	Medizinischer Forschungsstandort Berlin	32
36	7.3.	Verlässliche Gesundheits- und Pflegeberufe	32
37	7.4.	Unterstützung von pflegenden Angehörigen	33
38		Kapitel 8: Sportstadt Berlin	33
39	8.1.	Sport für alle ermöglichen	33
40	8.2.	Sportflächen sichern und entwickeln	35
41	8.3.	Sportmetropole Berlin weiterentwickeln	35
42		TEIL II – Bauen, Wohnen und Verkehr	37
43		Kapitel 1: Wohnungsbau für bezahlbare Mieten	37
44	1.1.	Neubauoffensive für Berlin.....	37
45	1.2.	Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen.....	39
46	1.3.	Soziale und vorausschauende Bodenpolitik	40
47		Kapitel 2: Wir schützen Mieterinnen und Mieter	41
48	2.1.	Mieten wirksam regulieren.....	41
49	2.2.	Zweckentfremdung, Leerstand und Verfall von Wohnraum bekämpfen.....	41
50	2.3.	Milieuschutz stärken.....	42
51		Kapitel 3: Gewerberäume sichern	42
52	3.1.	Arbeiten und Wohnen gehören zusammen	42
53	3.2.	Kleingewerbe und soziale Einrichtungen in den Kiezen unterstützen.....	43
54		Kapitel 4: Verkehrswende sozial, nachhaltig und sicher gestalten	43
55	4.1.	Umstieg erleichtern mit attraktivem Öffentlichen Personennahverkehr	43
56	4.2.	BVG und S-Bahn als Kern der Daseinsvorsorge stärken	44
57	4.3.	Ladeinfrastruktur für Elektromobilität ausbauen.....	45
58	4.4.	Wege für alle sicherer machen	45
59	4.5.	Fuß- und Radwege ausbauen und verbessern.....	45
60	4.6.	Wirtschafts- und Güterverkehr umweltschonend und stadtverträglich	46
61		Kapitel 5: Investitionen in Infrastruktur und Mobilität voranbringen.....	46
62	5.1.	Ausbau von U- und S-Bahn und Tram vorantreiben.....	47
63	5.2.	Straßenbahnnetz erweitern.....	48
64	5.3.	Mehr Verkehr auf die Schiene bringen.....	48
65	5.4.	Brücken, Tunnel und Wege sanieren und bauen.....	48
66		TEIL III – Bildung und Wissenschaft	49

67	Kapitel 1: Digitales Lehren und Lernen auf allen Ebenen voranbringen	49
68	Kapitel 2: Gute Kita für alle – mit hoher Qualität in der frühkindlichen Bildung	50
69	2.1. Bedarfsgerechte Angebote	50
70	2.2. Aufwertung der Erziehungsberufe und qualifizierte Fachkräfte	50
71	2.3. Sprachliche Bildung als Schwerpunkt	51
72	2.4. Berliner Kitas – digital und nachhaltig	51
73	2.5. Übergänge gut gestalten	51
74	Kapitel 3: Gute Schule in Berlin: baulich intakt, eigenständig, digital	51
75	3.1. Baulich intakte Schule	52
76	3.2. Eigenständige Schule	52
77	3.3. Vernetzte Schule	52
78	3.4. Datenbasierte Schule	53
79	3.5. Digitale Schule	53
80	Kapitel 4: Gute Schule in Berlin: Gemeinsam und gerecht	54
81	4.1. Berliner Schulen – gerecht für alle und gemeinsam	54
82	4.2. Beste Schulen in schwieriger Lage	55
83	4.3. Inklusive und diskriminierungsfreie Schulen	55
84	Kapitel 5: Gute Arbeit und spürbare Entlastung für die Beschäftigten	56
85	5.1. Ausreichend voll qualifizierte und gerecht bezahlte Lehrkräfte für Berlin	56
86	5.2. Mehr Zeit für pädagogische Arbeit der Lehrkräfte und der Erzieher:innen	56
87	5.3. Bunte Teams für vielfältige Herausforderungen	56
88	Kapitel 6: Lehrkräftebildung	57
89	6.1. Lehrkräfte bedarfsgerecht ausbilden	57
90	6.2. Qualität in Studium, Ausbildung, Praxis, Fort- und Weiterbildung sicherstellen	57
91	6.3. Aus-, Fort- und Weiterbildung an die Herausforderungen von heute anpassen	58
92	Kapitel 7: Jugend eigenständig denken	58
93	7.1. Politische Bildung, Freiwilliges Engagement und Weltoffenheit stärken	58
94	7.2. Jugend braucht Freiräume für Bildung, Kultur und Bewegung	59
95	7.3. Den Start in ein eigenständiges Leben wirkungsvoll unterstützen	59
96	Kapitel 8: Berufliche Bildung	59
97	8.1. Berufliche Bildung sichtbar machen, berufliche Schulen stärken	59
98	8.2. Alle Jugendlichen mitnehmen beim Übergang von Schule zum Beruf	59
99	8.3. Ausbildungsperspektiven für alle Jugendlichen	60
100	8.4. Fort- und Weiterbildung, akademische und höherqualifizierende Berufsbildung	61

101	Kapitel 9: Lebenslanges Lernen.....	61
102	9.1. Erwachsenenbildung fördern, Demokratie stärken.....	61
103	9.2. Räume für Bildung und Demokratie – im Kiez und für die ganze Stadt.....	61
104	9.3. Volkshochschulen stärken	62
105	Kapitel 10: Wissenschaft und Forschung – Brain City	62
106	10.1. Förderung von Studium und Lehre	62
107	10.2. Gute Arbeit in der Wissenschaft.....	63
108	10.3. Förderung von Forschung zu gesellschaftlichen Herausforderungen	64
109	10.4. Investitionen in die Hochschulinfrastruktur	65
110	TEIL IV – Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt	66
111	Kapitel 1: Wirtschaft, Innovation, Technologie – Zukunft „made in Berlin“.....	66
112	1.1. Innovationscluster Berlin-Brandenburg weiterentwickeln.....	66
113	1.2. Bessere Zusammenarbeit für wirtschaftliches Wachstum	68
114	1.3. Öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge ausbauen	68
115	1.4. Berlin als Smart City etablieren – sozial <i>und</i> ökologisch.....	69
116	1.5. Innovationen „made in Berlin“ ermöglichen	69
117	1.6. Lebendige Berliner Mischung erhalten – Handwerk, Handel, Gewerbe	70
118	1.7. Kultur- und Kreativwirtschaft stärken.....	71
119	1.8. Tourismus fördern	71
120	Kapitel 2: Arbeit mit Zukunft – Arbeit von Morgen.....	72
121	2.1. Vollbeschäftigung als Ziel – unbefristet, tarifgebunden und sozial abgesichert	72
122	2.2. Ausbildung, Berufsorientierung und Arbeitsmarktintegration fördern.....	74
123	TEIL V – Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt	76
124	Kapitel 1: Die Berliner Verwaltung als Dienstleister für die Stadt.....	76
125	1.1. Bürgernaher und effizienter Verwaltungsservice	76
126	1.2. Zwölf starke Bezirke und eine starke Stadt	76
127	1.3. Arbeiten für die beste Stadt der Welt – mit gutem Personal	78
128	Kapitel 2: Digitalpolitik für eine „smarte“ Stadt Berlin	80
129	2.1. Digitalisierung der Verwaltung	80
130	2.2. Digital auf dem Weg in das smarte Berlin.....	80
131	2.3. Breitband-Infrastrukturausbau beschleunigen.....	81
132	Kapitel 3: Kommunale Unternehmen als wichtige Stützen der Daseinsfürsorge	81
133	Kapitel 4: Verantwortungsvolle und verlässliche Finanz- und Haushaltspolitik.....	82

134	TEIL VI – Berlin in Sicherheit	84
135	Kapitel 1: Soziale Sicherheit	84
136	1.1. Strukturen vor Ort stärken.....	85
137	1.2. Wohnungslosigkeit verhindern, Obdachlosigkeit beenden.....	85
138	1.3. Berlin als sicherer Hafen – gegen Ausgrenzung, für Integration und Vielfalt.....	86
139	Kapitel 2: Für einen starken Staat – wir stärken Polizei und Justiz den Rücken	86
140	2.1. Unsere Hauptstadt-Polizei – sichtbar und ansprechbar für die Menschen.....	86
141	2.2. Eine sichere Stadt für alle	87
142	2.3. Entschieden gegen jede Form der Kriminalität	87
143	Kapitel 3: Für mehr Respekt: Demokratie fördern, Hass und Gewalt bekämpfen	88
144	3.1. Bürgerrechte schützen.....	88
145	3.2. Vorurteile abbauen, Demokratie fördern.....	89
146	3.3. Kriminalität verhindern durch gelingende Prävention	90
147	3.4. Wehrhafte Demokratie – gegen Hasskriminalität	91
148	3.5. Gemeinsam gegen den Terror	92
149	Kapitel 4: Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz	93
150	4.1. Unsere Justiz – modern und effizient	94
151	4.2. Sicherheit durch Strafvollzug und Resozialisierung	95
152	Kapitel 5: Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum	95
153	5.1. Eine sichere Stadt für alle	95
154	5.2. Die saubere Stadt.....	96
155	5.3. Katastrophenschutz	96
156	Kapitel 6: Wir modernisieren die Feuerwehr und Rettungsdienste	97
157	6.1. Mehr Personal, gute Ausbildung und moderne Löschfahrzeuge	97
158	6.2. Freiwillige Feuerwehren stärken	97
159	6.3. Rettungsdienste und Notarztversorgung.....	98
160	AUSBLICK: Berlin – Hauptstadt im Bund, in Europa und in der Welt	99
161		
162		

163 **Präambel der Landesvorsitzenden der SPD Berlin**

164

165 Liebe Berlinerinnen und Berliner,

166 unser Berlin gehört zu den attraktivsten Städten Europas und der Welt. Dazu hat die
167 sozialdemokratische Politik, die diese Stadt seit vielen Jahren mit großer Erfahrung und
168 Kompetenz gestaltet, einen entscheidenden Beitrag geleistet. Wir wollen an diesen Erfolg
169 anknüpfen und Berlin als lebenswerte Metropole mit Herz und Verstand weiterentwickeln.

170 Wir arbeiten für eine Stadt der Innovation und Zukunftsfähigkeit, eine soziale und sichere
171 Stadt, eine ökologische Stadt, für eine Stadt der großen Chancen für jedes Kind. Für eine
172 Stadt, in der alle mobil sind, und zwar so, wie sie es wollen und brauchen. Wir arbeiten für eine
173 Stadt der Gesundheit und der guten Jobs, die für alle bezahlbar bleibt. Eine Stadt, in der sich
174 die Menschen einen Guten Tag wünschen, zusammen feiern, sich begegnen und ihren Müll
175 dahin tun, wo er hingehört. Wir arbeiten für eine Stadt mit noch besseren Schulen, noch mehr
176 Bildung und noch mehr Kultur. Berlin ist die Stadt der Freiheit und der Vielfalt. Berlin hat
177 Anziehungskraft. Berlin ist spannend. Berlin bietet Chancen. Das ist ein Auftrag für uns, dafür
178 zu sorgen, dass die guten Eigenschaften Berlins auch wirklich allen in Berlin zu Gute kommen.
179 Wir sind vor Ort und packen an – bürgernah und lösungsorientiert.

180 Unser Wahlprogramm beschreibt unsere Vision für Berlin 2030: eine Stadt für alle, eine
181 familienfreundliche Stadt, eine Stadt der Gleichstellung, eine engagierte Stadt, eine
182 klimafreundliche Stadt, die Kulturhauptstadt Berlin, die Gesundheitsstadt Berlin und die
183 Sportstadt Berlin. Und wir beschreiben unsere 5 großen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen:
184 die 5 B's für Berlin: BAUEN – BILDUNG – BESTE WIRTSCHAFT – BÜRGERNAHE
185 VERWALTUNG und BERLIN IN SICHERHEIT.

186 Menschen ziehen begeistert nach Berlin und wir heißen sie willkommen. Um denen, die schon
187 hier leben, und denen, die neu hinzukommen, bezahlbares Wohnen zu ermöglichen, muss
188 eine attraktive Stadt Wohnungen bauen. Nicht ein paar, nicht nur in die Dichte und in die Höhe,
189 sondern auch in die Breite und mit leidenschaftlich vorangetriebenem Tempo. Bis 2030
190 nehmen wir uns vor, 200.000 neue Wohnungen zu bauen.

191 Und damit all die Menschen, die in diesen Wohnungen wohnen, sich nicht in die gleiche Zahl
192 an S-Bahnen, U-Bahnen, Straßenbahnen und Bussen drängen müssen, bauen wir auch hier
193 aus. Wir verlängern die Linien, erhöhen die Taktzahl, bringen mehr Elektro-Busse und
194 Elektroautos auf die Straße und verbessern die Ladeinfrastruktur, damit sich unsere Stadt
195 weiter voran bewegt. All das ist auch ein Weg zu einer guten Zukunft. Denn mehr Menschen
196 unterwegs mit Bus und Bahn und auf dem Fahrrad sind Berlins großer Beitrag zum Schutz

197 des Klimas. Wir wollen Vorreiter sein – mit neuen Technologien, Wissenschaft, Forschung und
198 innovativen Ideen. Die große Stadt, die ihre Attraktivität in Qualität für alle verwandelt.

199 Bildung ist der Schlüssel zu allem – weil Bildung der Schlüssel zu einem selbstbestimmten
200 und freien Leben ist. Weil Bildung der Schlüssel zu guter Arbeit und Wohlstand für alle ist. Wer
201 mehr von der Welt versteht, hat so viel mehr Perspektiven und was gibt es Schöneres als
202 einen weiten Blick? Deshalb ermöglichen wir allen Kindern und jungen Menschen von der Kita
203 bis zur Berufs- und Hochschule die besten Chancen. Wir stärken den Wissenschaftsstandort
204 Berlin. Wir können es uns nicht leisten, dass auch nur ein Kind nicht genug in seinem Talent
205 und Potential gefördert wird. Deshalb ist jeder Euro, der für Bildung ausgegeben wird, die
206 beste Investition in die Zukunft. Dazu gehört, dass wir uns bewusst sind, dass wir mit ganz
207 Deutschland um die besten Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer konkurrieren.
208 Die kommen nicht zu uns wegen warmer Worte, sondern wegen der besten
209 Arbeitsbedingungen im ganzen Land. Diese wollen wir schaffen.

210 Wir unterstützen die Wirtschaft, die gute Arbeitsplätze schafft und erhält – vom kleinen
211 Handwerksbetrieb, über den Einzelhandel, das Start-up-Unternehmen, die
212 Dienstleistungsbranche bis hin zum Industriestandort. Wenn es der Wirtschaft gut geht, ist das
213 ein Gewinn für die Stadt. Wir wollen, dass es in Berlin gute Jobs gibt. Gut bezahlt, ohne
214 Ausbeutung und mit sozialer Sicherheit. Denn nur wo es gute Arbeit gibt, können sich die
215 Bürgerinnen und Bürger und die Stadt etwas leisten. Wir werden dafür sorgen, dass in unserer
216 Stadt noch mehr gute Jobs entstehen und die Wirtschaft wächst.

217 Wir sorgen für Bürgernähe und gute Dienstleistungen in der Verwaltung, für eine
218 funktionierende Stadt und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge. Wir sind für die alltäglichen
219 Belange der Menschen da. Ihre Probleme sind unser Auftrag. Wir wollen eine gut
220 ausgestattete, gut organisierte, digitalisierte und gestärkte Stadtverwaltung. Wir wollen die
221 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt dabei unterstützen, noch besser für alle in
222 Berlin arbeiten zu können. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass wir mehr Zeit auf das
223 Richtige verwenden und dass die Stadt funktioniert.

224 Wer in Berlin lebt, muss sich sicher fühlen können. Deshalb stärken wir den Ordnungsämtern,
225 der Polizei und allen, die in dieser Stadt für Sicherheit sorgen den Rücken, genauso wie der
226 Zivilgesellschaft, die für unsere Demokratie eintritt. Der starke Staat muss sein Versprechen
227 halten: Wir weichen vor keiner Gewalt. Wir beugen uns nicht privater Willkür. Wir treten dafür
228 ein, dass in Berlin an jedem Ort nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts
229 gilt. Dass wir besser organisiert sind, als die organisierte Kriminalität. Wir bieten jeder Form
230 von Extremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit, Hass und Hetze die Stirn.
231 Demokratie wird vor Ort gelebt und wir treten für eine starke Demokratie ein.

232 Zu den Traditionen der SPD gehört die Verteidigung von Recht und Freiheit, das Eintreten für
233 Arbeitnehmerrechte, der Kampf um soziale und demokratische Teilhabe. Soziale Gerechtigkeit
234 kann es nur geben, wenn wir in unserer Gesellschaft den Zusammenhalt stärken. Dafür
235 brauchen wir einen Staat, der die soziale Infrastruktur bereithält und garantiert.

236 Die SPD war in ihrer Geschichte immer auch die Partei der Stärkung des Individuums. Zu
237 unserem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit gehört, dass wir das Aufstiegsversprechen
238 immer wieder erneuern: Unseren Kindern soll es einmal besser gehen. Wir wollen, dass mehr
239 Chancengerechtigkeit herrscht, dass der spätere Erfolg im Leben nicht allein vom Elternhaus
240 geprägt wird, sondern dass alle die Chance erhalten, aus ihrem Leben das zu machen, was
241 sie sich erträumen. Wir wollen die Startchancen derjenigen verbessern, die es schwerer
242 haben, wir wollen die belohnen, die mit Fleiß und Engagement nach einem besseren Leben
243 streben.

244 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Berlin dieses
245 Aufstiegsversprechen erneuert. Wir wollen Bildung und Ausbildung für alle so zur Verfügung
246 zu stellen, wie sie es für ihr künftiges Leben brauchen.

247 Wir wissen, dass soziale Gerechtigkeit durch staatliche Mittel nur Stück für Stück realisiert
248 werden kann, wenn die Mittel hierfür zur Verfügung stehen. Und wir wissen, dass die Chancen
249 der Menschen vor allem darin bestehen, dass eine starke Wirtschaft für Ausbildung und Arbeit
250 sorgen kann. Wir wissen: Ein erfolgreicher Sozialstaat kann nur bestehen, wenn die
251 Gesellschaft die Mittel hierfür erwirtschaftet und Arbeits- und Ausbildungsplätze für alle
252 bereitstehen. Deshalb ist unser Ziel, dass Berlins Wirtschaft auch nach der Pandemie wieder
253 kräftig wächst.

254 Wir betrachten die Unternehmen, die Handwerksbetriebe, die Gewerbetreibenden, die freien
255 Berufe als Partner, um unsere Stadt lebenswert und zukunftsfähig für alle zu machen. Die
256 historische Aufgabe der Sozialdemokratie war und ist es, die Rechte der Arbeitnehmerinnen
257 und Arbeitnehmer zu erkämpfen und zu verteidigen. Dies haben wir an der Seite starker
258 Gewerkschaften erreicht und das wollen wir mit ihnen bewahren. Soziale Teilhabe und die
259 Einlösung des Aufstiegsversprechens können umso besser verwirklicht werden, je
260 erfolgreicher wir die wirtschaftlichen Perspektiven für Berlin gestalten.

261 *Franziska Giffey und Raed Saleh, Landesvorsitzende*

262

263 **TEIL I – LEBENSWERTE STADT BERLIN**

264

265 **Kapitel 1: Berlin – Stadt für alle**

266 **1.1. Internationale Stadt der Freiheit, des Respekts und der Solidarität**

267 Berlin ist Hauptstadt mit internationaler Ausstrahlung und internationalen Partnern und
268 Städtepartnern, Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland und Metropole im Herzen
269 Europas. Hier kommen die unterschiedlichsten Lebensentwürfe zusammen. Das, was Berlins
270 Anziehungskraft ausmacht, ist die Möglichkeit hier frei leben zu können, egal woher man
271 kommt, wen man liebt, welche Sprache man spricht, wie man aussieht oder ob man eine
272 Beeinträchtigung hat. Berlin ist die Stadt der Berlinerinnen und Berliner, egal ob sie seit zwei
273 Tagen oder seit zwei Generationen hier leben. Diese **Freiheit zu erhalten und für eine**
274 **tolerante, weltoffene und solidarische Stadt für alle zu sorgen ist wesentlicher Kern**
275 **sozialdemokratischer Politik.**

276

277 Berlin hat einen weltweiten Ruf als „the place to be“, als ein **Ort der Freiheit und des**
278 **Respekts.** Die Möglichkeiten, die sich damit verbinden, wollen wir nutzen. Berlin als
279 **lebenswerte Stadt aktiv mitzugestalten** ist unser aller Aufgabe. Berlin ist dann lebenswert,
280 wenn es für alle funktioniert, wenn sozialer Zusammenhalt und das Miteinander zählen.

281

282 **Gerechtigkeit, Teilhabechancen und ein sicheres Leben für alle sind die Ziele,** für die
283 sich die SPD in Berlin kontinuierlich einsetzt. Dieses Versprechen gilt für alle Menschen,
284 unabhängig ihres persönlichen Hintergrundes. Ein Berlin, das zusammenhält braucht
285 Vertrauen – Vertrauen in die Mitmenschen und Vertrauen in das Gemeinwesen. Dieses zu
286 stärken wird nach den Anstrengungen der Coronavirus-Pandemie insbesondere die
287 persönliche Begegnung der Berlinerinnen und Berliner, den persönlichen Austausch
288 unterschiedlichster Menschen brauchen. Das werden wir fördern.

289

290 Berlin ist eine Stadt, mit der Menschen nicht weniger verbinden, als die Hoffnung, hier ihre
291 Ziele und Träume verwirklichen zu können. Eine Stadt, in die Menschen aus allen Ecken
292 Deutschlands und der Welt kommen, weil sie wissen, dass sie hier ein **selbstbestimmtes**
293 **Leben** führen können. Eine europäische Stadt, die bewiesen hat, dass Herausforderungen
294 besser gemeinsam als alleine bewältigt werden. Eine Stadt des positiven Lebensgefühls, in
295 der die nächste große Chance oft nur eine U-Bahn-Station entfernt liegt. Dieses Miteinander
296 und dieser Optimismus sind der Herzschlag unserer Stadt. Wir Sozialdemokratinnen und
297 Sozialdemokraten sorgen dafür, dass das erhalten bleibt.

298

299 **1.2. Stadt der Innovationen und der Zukunftsfähigkeit**

300 Berlin ist ein Zentrum des gesellschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen
301 und politischen Lebens in Deutschland und Europa. Es ist Motor und Impulsgeber für neue
302 Ideen, Technologien und Innovationen und Ausgangspunkt für ökologische
303 Innovationsfähigkeit. **Wir fördern und gestalten Berlin als Trendsetter für eine**
304 **zukunftsfähige Entwicklung Deutschlands und Europas und entwickeln die Stadt zum**
305 **führenden Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort.** Getragen wird das Innovations- und
306 Wissenspotenzial Berlins von einem breiten Bildungs- und Forschungsangebot, von einer
307 guten sozialen und technischen Infrastruktur, renommierten wissenschaftlichen Einrichtungen
308 mit hoch qualifizierten Forscherinnen und Forschern und weit über Berlin hinausreichenden
309 Kooperationen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Kleine und mittlere
310 Unternehmen und Start-ups sind ebenso Entstehungsort für innovative Ideen. Berlin ist
311 Anziehungspunkt für qualifizierte Arbeitskräfte, Unternehmen und Institutionen aus aller Welt,
312 die hier ihre Ideen erfolgreich realisieren wollen.

313

314 Wir arbeiten dafür, diese großen Chancen und Potenziale künftig noch stärker zu nutzen und
315 zu fördern und **Unternehmerinnen und Unternehmern und Investorinnen und Investoren**
316 **gute Voraussetzungen zu bieten, Betriebe zu gründen und mit ihren Unternehmen zu**
317 **wachsen**, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können. **Wir stärken**
318 **Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.**

319

320 Wir entwickeln Berlin zur Smart City und fördern Modelllösungen urbaner Technologien und
321 Prozesse, um in Zukunft **im Bereich Digitalisierung und Künstliche Intelligenz**
322 deutschland- und europaweit wettbewerbsfähig zu sein und zur Weltspitze zu gehören.

323

324 Wir sorgen dafür, dass unsere Unternehmen auf kürzestem Weg von den technischen und
325 geistigen Innovationen der hervorragenden Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen
326 Berlins profitieren können. Wir fördern die **Kooperationen zwischen Wissenschaft und**
327 **Wirtschaft, um unsere Wettbewerbsfähigkeit** vor allem in den Bereichen Elektrotechnik,
328 Energieerzeugung und -verteilung, Pharmazie, Medizintechnik, Biotechnologie, Fahrzeugbau,
329 Informations- und Kommunikationstechnologie, Medien, Kreativwirtschaft, Logistik, Optik und
330 innovative Industrie **zu stärken und Talente und Fachkräfte aus aller Welt anzuziehen.**

331

332 **Wir fördern den Gründungsstandort Berlin** mit Ausgründungen aus den 11 staatlichen und
333 30 privaten Hochschulen, der Charité und den über 70 außeruniversitären
334 Forschungseinrichtungen, um Absolventinnen und Absolventen erstklassige Perspektiven zu
335 bieten und die Schaffung neue Arbeitsplätze voranzubringen. Wir setzen den **Masterplan**

336 **Industriestadt Berlin, den Stadtentwicklungsplan Wirtschaft und die Gemeinsame**
337 **Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg** um und entwickeln diese weiter.

338

339 **1.3. Stadt der Vielfalt**

340 Berlin ist eine Einwanderungsstadt. Diese **Vielfalt ist Stärke und Markenzeichen Berlins**.
341 Wir arbeiten dafür, dass allen Berlinerinnen und Berlinern die gleichen Lebenschancen
342 zuteilwerden. Unser sozialdemokratisches Aufstiegsversprechen gilt für alle Berlinerinnen und
343 Berliner.

344

345 Mit dem ersten Partizipationsgesetz und dem ersten Landesantidiskriminierungsgesetz haben
346 wir bundesweit Maßstäbe in der Teilhabe- und Antidiskriminierungspolitik gesetzt. Darauf
347 wollen wir weiter aufbauen und unser **Ziel einer diskriminierungsfreien Stadt** in allen
348 Lebensbereichen wie Schule, Verwaltung, Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie in unserer
349 eigenen Partei mit geeigneten Maßnahmen weiterverfolgen. Mit unserer Politik wollen wir zu
350 einer **Vielfalt wertschätzenden Stadtkultur** beitragen und den Diskriminierungsschutz
351 beständig weiterentwickeln. Von Diskriminierung Betroffene müssen durch Hilfsangebote
352 darin unterstützt werden, die eigenen Diskriminierungserfahrungen zu thematisieren, zu
353 verarbeiten und ihr Recht auf Gleichbehandlung durchzusetzen.

354

355 Wir treten Rassismus entschieden entgegen. Daher wollen wir eine **Landesenquete-**
356 **Kommission gegen Rassismus** einrichten. Sie soll die institutionalisierten und strukturellen
357 Ausformungen von Rassismus analysieren, öffentlich diskutieren und Gegenmaßnahmen
358 entwickeln, sowie Strukturen zur Umsetzung der Maßnahmen stärken. Darüber hinaus soll
359 Rassismuskritik als zentraler Bestandteil von Prozessen und Entscheidungen etabliert werden.

360

361 Wir unterstützen die **Vielfalt der Religionen, Glaubensgemeinschaften** und der nicht-
362 religiösen Weltanschauungsgemeinschaften. Wir setzen uns für den interreligiösen Dialog
363 zwischen Menschen christlichen, muslimischen und jüdischen Glaubens ein. Das
364 Landeskonzept „**Gegen jeden Antisemitismus – Jüdisches Leben in Berlin schützen**“ soll
365 fortgeführt werden. Für die Stärkung der Teilhabe von Muslim:innen soll ein **Konzept**
366 **Muslimisches Leben in Berlin** entwickelt werden. Wir knüpfen an die Erfolge bei der
367 Umsetzung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft an. Wir treten der
368 Ausgrenzung von Sinti und Roma entgegen und fördern ihre gesellschaftliche Teilhabe.

369

370 Der öffentliche Dienst soll Vorbild und Impulsgeber sein. Wir wollen unsere Vorreiterrolle hier
371 weiter ausbauen und mit einer **Diversitätsoffensive die Berliner Verwaltung**

372 weiterentwickeln und modernisieren. Wir setzen uns dafür ein, dass **mehr Menschen mit**
373 **Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst** auf allen Ebenen beschäftigt werden.

374

375 Wir wollen aktiv **für mehr Einbürgerungen werben, den Prozess beschleunigen** und
376 Ermessensspielräume in diesem Sinne nutzen. Deshalb sollen Einbürgerungen unabhängig
377 vom Wohnort des Antragstellers oder der Antragstellerin in allen Bezirksämtern vorgenommen
378 werden können. Darüber hinaus wollen wir die Einrichtung eines landesweiten
379 Einbürgerungszentrums prüfen.

380

381 Damit alle Menschen an kommunalen Entscheidungen teilhaben können, werden wir uns im
382 Bund und im Land dafür einsetzen, dass das **kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-**
383 **Bürgerinnen und -Bürger**, die in Berlin wohnen, eingeführt wird. Wir setzen uns dafür ein,
384 dass alle Berlinerinnen und Berliner bei Volksentscheiden mitwirken können.

385

386 Eine Politik der Anerkennung braucht sichtbare Symbole in unserer Stadt. Deshalb setzen
387 wir uns in Respekt und Anerkennung vor unserer Einwanderungsgeschichte und der
388 Lebensleistung der so genannten Gastarbeitergeneration dafür ein, ein **Migrationsmuseum**
389 aufzubauen, welches sich mit der jüngeren Einwanderungsgeschichte befasst.

390

391 **1.4. Inklusive Stadt für Menschen mit und ohne Behinderungen**

392 Inklusion bedeutet für uns, dass kein Mensch aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt oder an
393 den Rand gedrängt werden darf. Alle Menschen in unserer Stadt haben das Recht auf eine
394 selbstbestimmte und eigenständige Lebensführung. **Unser Leitbild ist die inklusive Stadt.**
395 Strukturellen Ungleichheiten in allen Lebensbereichen wirken wir entgegen. Die Aktivitäten für
396 ein inklusives Berlin finden sich deshalb im gesamten SPD-Wahlprogramm wieder.

397

398 Die **Verwirklichung einer umfassenden Barrierefreiheit** ist ein wichtiger Schritt zu einer
399 inklusiven, diskriminierungsfreien und partizipativen Stadtgesellschaft und unserer Anpassung
400 an den demografischen Wandel. In Berlin leben mehr als 600.000 Menschen mit
401 Behinderungen. Um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Berliner:innen mit und ohne
402 Behinderungen zu schaffen, arbeiten wir für einen ungehinderten Zugang zu bestmöglicher
403 Bildung in jedem Alter, zu existenzsichernder Erwerbsarbeit und bezahlbarem Wohnraum
404 sowie für **ungehinderte Teilhabe in allen Lebensbereichen.**

405

406 Wir setzen uns dafür ein, dass ein **Berliner Aktionsplan zur Umsetzung der UN-**
407 **Behindertenrechtskonvention** erstellt wird, um Hindernisse zu ermitteln und beseitigen,

408 denen sich Menschen mit Behinderungen, chronischen Beschwerden oder
409 Beeinträchtigungen gegenübersehen.

410

411 Unser Ziel ist „**Inklusion von Anfang an**“. Wir wollen (vor-)schulische **Bildungs- und**
412 **berufliche Ausbildungsstätten** der Stadt **barrierefrei gestalten**. Besonders Kitas und
413 Schulen werden noch stärker mit notwendigen therapeutischen, pflegerischen und sächlichen
414 Mitteln ausgestattet und die Aus- und Fortbildungen (früh)pädagogischer Fach- und Lehrkräfte
415 stärker auf den inklusiven Teilhabegrundsatz ausgerichtet.

416

417 Im Sinne einer **barrierefreien Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik** streben wir
418 Bezahlbarkeit, Barrierefreiheit, Rollstuhlgerechtigkeit und Zugänglichkeit zu allen Bereichen
419 des öffentlichen und privaten Wohnungsbaus an. Wir tragen dafür Sorge, dass die
420 Datengrundlagen verbessert, das Bauordnungsrecht reformiert, Förderprogramme modifiziert
421 und eine passgenaue Wohnungsvermittlung eingerichtet wird. Den barrierefreien öffentlichen
422 Nahverkehr werden wir weiter fördern.

423

424 Wir setzen uns dafür ein, dass der **Übergang und der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt**
425 noch professioneller begleitet werden. Menschen mit Behinderungen und potenzielle
426 Arbeitgeber müssen umfassend informiert, qualifiziert und unterstützt werden, um eine:n für
427 sie passenden Arbeitsplatz oder Beschäftigte:n zu finden. Dafür wollen wir geeignete
428 Maßnahmen ergreifen und insbesondere die landeseigenen Unternehmen und die Berliner
429 Verwaltung in die Pflicht nehmen. Beim **Übergang von der Schule zur Ausbildung** setzen
430 wir uns für ein sowohl für Jugendliche mit Behinderungen als auch für Betriebe verlässliches
431 Unterstützungssystem ein und stellen dafür Mittel zur Verfügung.

432

433 Wir wollen **berlinweit die medizinische und pflegerische Versorgung für Menschen mit**
434 **Behinderungen sicherstellen**. Wir forcieren daher den barrierefreien Umbau von
435 Krankenhäusern, Arztpraxen und Gesundheitsdienstleistern sowie eine ausreichende
436 Versorgung mit Medizinischen Behandlungszentren für erwachsene Menschen mit
437 Behinderungen (MZEB). Wir schaffen mehr **barrierefreie Schutzmöglichkeiten für Frauen**
438 mit Behinderungen vor Gewalt und bauen Hilfen für Menschen mit Migrationsbiografie und
439 Behinderungen aus. Wir fördern Modellprojekte, um die Selbstbestimmung von Menschen,
440 denen eine verbale Kommunikation nicht möglich ist, zu wahren.

441

442 Wir unterstützen den Grundsatz „**Nichts über uns ohne uns**“ mit einer breit angelegten
443 Öffentlichkeitskampagne, um öffentliches Bewusstsein für den Bedarf und die Chancen einer

444 barrierefreien Gesellschaft zu stärken. So stärken wir auch das von Menschen mit und ohne
445 Behinderungen geleistete Ehrenamt und zivilgesellschaftliche Engagement.

446

447 **1.5. Regenbogenstadt Berlin**

448 Berlin gilt mit einer der größten queeren Gemeinschaften in Europa international als
449 Regenbogenstadt und darauf sind wir stolz. Unsere Stadt tritt ein für die Selbstbestimmung
450 und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Die SPD Berlin fühlt sich der queeren
451 Community verbunden, setzt sich weiterhin leidenschaftlich für ihre Emanzipation ein und
452 unterstützt sie aktiv bei ihrem Empowerment. Ihren Schutz vor Verdrängung aus dem
453 öffentlichen Raum, sowie vor Diskriminierung, Belästigung und Gewalt, sehen wir als unsere
454 Verpflichtung an. Mit der **Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz
455 geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“** (IGSV) hat der Berliner Senat einen
456 außergewöhnlichen Maßnahmenplan initiiert. Diesen werden wir **umsetzen und dauerhaft
457 weiterentwickeln.**

458

459 Die Anzahl der in Berlin gemeldeten Übergriffe auf queere Personen ist in den letzten Jahren
460 leider angestiegen. Das verurteilen wir aufs Schärfste und werden verstärkt in **Präventions-
461 und Sensibilisierungsarbeit** investieren, um die queere Community effektiv zu schützen. Die
462 Ressourcen für **Anlaufstellen von Gewaltopfern** werden wir erhöhen. Im Öffentlichen
463 Personennahverkehr werden wir durch geeignete Methoden und Projekte der zunehmenden
464 **Gewalt gegen queere Menschen entgegenwirken.**

465

466 **Angebote für queere Jugendliche** wollen wir weiter ausbauen. Jugend- und Sportangebote
467 werden wir weiter konsequent sichern und zu inklusiven Räumen entwickeln. Hierzu soll das
468 Land Berlin Best-Practice-Beispiele verstärkt auszeichnen und Projekte strukturell und
469 finanziell unterstützen. Wir wollen außerdem die Förderung von (lesbischen) Wohnprojekten
470 und Trans*-Selbsthilfegruppen weiter ausbauen.

471

472 **Zentren mit Schwerpunkt Regenbogenfamilien**, sowie (Wohn-)Projekte, die sich an queere
473 Senior:innen und deren Bedürfnisse richten, werden wir finanziell fördern. Zudem streben wir
474 an, dass im stationären und ambulanten Pflegedienst, sowie in Hospizen eine **queer-sensible
475 Qualifizierung und Zertifizierung** etabliert wird.

476

477 Die SPD Berlin setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, den aktuellen Nationalen Aktionsplan
478 gegen Rassismus so zu erweitern, dass der **Schutz vor Diskriminierung** auf Grund sexueller
479 Orientierung und Geschlechtsidentität vollumfänglich aufgenommen wird.

480

481 Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und auch der Gentrifizierung hat für die SPD
482 Berlin die **Sicherung von queeren Clubs, Bars, gastronomischen Betrieben und nicht-**
483 **kommerziellen Räumen** hohe Priorität. Projekte und Vereine, die sich für vor allem für
484 lesbische, bi-, trans* - und intersexuellen Sichtbarkeit einsetzen, werden wir verstärkt finanziell
485 unterstützen, damit die queere Vielfalt in der Regenbogenhauptstadt lebendig bleibt und die
486 Sichtbarkeit von queerem Leben erhöht wird.

487

488 Für **queere Geflüchtete** soll es niedrigschwellige Angebote zur politischen und
489 gesellschaftlichen Partizipation geben, damit sie sich für ihre Rechte einsetzen können. In der
490 **Lehrer:innenbildung**, insbesondere bei Quereinsteiger:innen, und in der pädagogischen
491 Forschung werden wir weitere Angebote und Strukturen zur **Vielfalt im Unterricht** schaffen
492 und ausbauen. Die besonderen **Bedürfnisse von queeren Menschen im**
493 **Gesundheitsbereich**, vor allem die Bedürfnisse von trans* Personen, werden wir verstärkt
494 berücksichtigen. Die SPD Berlin setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Diskriminierung bei
495 der Blutspende von homosexuellen Männern und von trans* Personen beendet wird. Auch im
496 Sport unterstützen wir die Vielfalt aller sexuellen Lebensentwürfe, indem wir **Diversity- und**
497 **Queer-Kompetenzen in allen Bereichen des Sports stärken** und entsprechende Projekte
498 auch finanziell unterstützen.

499

500 Wir werden uns in allen städtischen und bezirklichen **Städtepartnerschaften für die**
501 **Verteidigung der Menschenrechte und den Schutz der queeren Community einsetzen.**
502 Partnerschaften mit Städten, die queere Menschen diskriminieren, verfolgen und bedrohen,
503 werden wir dazu nutzen, um positive Veränderungen zu bewirken. Partnerschaften, die
504 queeres Leben schützen, werden wir besonders würdigen.

505

506 Die SPD Berlin setzt sich für die **Abschaffung des Transsexuellengesetzes** ein. Regelungen
507 zur Unterstützung informierter Entscheidungen von Personen, die ihren Personenstand
508 ändern wollen, wollen wir schnellstmöglich umsetzen.

509

510

511 **Kapitel 2: Familienfreundliche Stadt**

512 **2.1. Gute Infrastruktur für Kinder und Familien**

513 Berlin soll noch familienfreundlicher werden. Wir wollen, dass Eltern **so viel Unterstützung**
514 **wie möglich und so wenig Bürokratie wie nötig** erfahren, dass Kinder hier gut aufwachsen
515 und sich entwickeln können, dass Eltern Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren
516 können und dass diejenigen, die ihre Angehörigen pflegen, Unterstützung bekommen. Wir
517 verstehen **Familienpolitik als Querschnittsaufgabe**, die in allen Politikbereichen mitgedacht

518 werden muss. Wir wollen, dass sich alle Kinder in unserer Stadt wohl, sicher und zugehörig
519 fühlen. Wir arbeiten dafür, dass alle öffentlichen Leistungen allen Kindern gleichermaßen zur
520 Verfügung stehen, dass Kinder nicht in Armut aufwachsen und dass sie genügend Räume zur
521 freien Entfaltung und selbständigen Beteiligung haben.

522

523 Die Armut von Kindern und Jugendlichen in Berlin ging in den letzten Jahren leicht zurück, hält
524 sich aber auf einem hohen Niveau: 27 Prozent der Berliner Kinder und Jugendlichen leben
525 aktuell von Grundsicherungsleistungen. Kinderarmut ist immer Armut innerhalb der gesamten
526 Familie, gleichzeitig hat sie aber auch ein „eigenes Gesicht“: Im Aufwachsen erfahren arme
527 und armutsbedrohte Kinder und Jugendliche Einschränkungen in ihrer materiellen Teilhabe,
528 Gesundheit, Bildung und bei ihren sozialen Kontakten. Die SPD Berlin hat dem immer
529 entgegengewirkt, um allen Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen.
530 Die Bemühungen werden wir stärken und weiterentwickeln. Deshalb halten wir am
531 **Grundprinzip der gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur Hochschule** fest. Deshalb
532 wird es weiter die **gebührenfreie BVG-Schülerfahrkarte**, das **gebührenfreie Mittagessen**
533 **in Grundschulen** und die **Lernmittelbefreiung bis Klassenstufe 6** geben.

534

535 Mit dem neuen und deutschlandweit einzigartigen **Familienfördergesetz** sichern wir die
536 vielfältige Infrastruktur für Familien in Berlin ab. **Wir wollen Familienzentren in allen**
537 **Bezirken ausbauen**. Die SPD steht für ein gut ausgebautes und wirksames Netzwerk der
538 frühen Hilfen für alle Berliner Familien vom ersten Tag an. In allen Bezirken soll die Anzahl der
539 **Familienzentren** erhöht werden. Sie sollen als Begegnungsstätten, Bildungs-, Beratungs- und
540 Service- und Vernetzungsorte etabliert werden. Die Zusammenarbeit der Familienzentren mit
541 den Stadtteilmüttern soll durch die Fortsetzung und den **Ausbau des Landesprogramms**
542 **Stadtteilmütter** gestärkt werden.

543

544 Kinder brauchen Orte in der Stadt, an denen sie sich frei bewegen und draußen aufhalten
545 können. Das muss für die Innenstadt genauso wie für die Außenbezirke gelten. Daher bauen
546 wir das **Spielplatzsanierungsprogramm** des Landes weiter aus und legen ein
547 Landesprogramm zur Sanierung von Schulhöfen auf. Die Schulhöfe sollen, wo es möglich ist,
548 in die umliegenden Sozialräume geöffnet werden und die Spielflächen auch an den
549 Wochenenden zur Verfügung stehen. Die schulische Nutzung hat dabei Vorrang. Durch
550 gezielte **Förderung zum Neubau von Spielplätzen** werden wir die Fläche, die allen Kindern
551 in der Stadt zur Verfügung steht, deutlich erhöhen. Dort, wo neue Quartiere gebaut werden,
552 werden wir einen Richtwert von 1 Quadratmeter Spielplatzfläche pro Einwohner:in anstreben.
553 Dort wo wenig Platz ist, werden wir kreative Lösungen im Bestand besonders fördern. Wir

554 wollen eine **Task-Force für Spielplätze** einrichten, die den Reparaturbedarf von Spielplätzen
555 überblickt und bei Sperrungen schnell für Abhilfe sorgt.

556

557 Die SPD Berlin setzt sich auf Bundesebene für die Einführung einer **Kindergrundsicherung**
558 ein. Dazu gehört eine gute Infrastruktur in Kitas und Schulen und eine individuelle
559 Geldleistung, die alle bisherigen finanziellen Leistungen für Kinder zu einem „neuen
560 Kindergeld“ bündelt. Das Starke-Familien-Gesetz auf Bundesebene bildet mit dem
561 Kinderzuschlag und den erweiterten Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bereits
562 eine gute Grundlage dafür.

563

564 **2.2. Stadt der Mehrgenerationen von Jung bis Alt**

565 Berlin ist eine Stadt für alle Generationen, deshalb stehen wir für eine Gesellschaft, in der die
566 Erfahrungen der Älteren und die Dynamik der Jungen gleich viel gelten. Die Berlinerinnen und
567 Berliner wollen auch im Alter gut vernetzt und in vertrauter Umgebung bleiben. Bessere,
568 bedarfsgerechte Pflegeangebote und mehr Teilhabemöglichkeiten, barrierefreies Wohnen, ein
569 verlässlicher Nahverkehr, Einkaufsmöglichkeiten, Sport- und Kulturangebote tragen dazu bei,
570 auch im Alter lange selbstbestimmt zu leben. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der
571 die Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern Jung und Alt sich
572 gegenseitig unterstützen. Der demographische Wandel erfordert ein Mehr an Zusammenhalt
573 und Miteinander.

574

575 **Die Sozialdemokratie steht für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum**
576 **insbesondere für ältere Menschen und junge Familien.** Knappheit an altersgerechtem und
577 bezahlbarem Wohnraum trifft vor allem Berlinerinnen und Berliner mit einer kleinen Rente und
578 mit kleinem Familienbudget. Wir arbeiten dafür, bezahlbare Wohnungen in allen Bezirken
579 barrierefrei, altersgerecht und familienfreundlich zur Verfügung zu stellen.

580

581 Auch ältere Menschen wollen ihre Erfahrungen und Kompetenzen einbringen und am
582 gesellschaftlichen Leben beteiligt sein. Deshalb arbeiten wir daran, die **Seniorenvertretungen**
583 **in den Bezirken zu stärken** und besser auszustatten. Wir setzen uns für eine **Ausweitung**
584 **der Beteiligungsmöglichkeiten im Seniorenmitwirkungsgesetz** ein.

585

586 **Gutes Leben im Alter heißt immer auch gutes Leben im Kiez.** Die sozialräumliche und
587 sektorenübergreifende Versorgung der älteren Berlinerinnen und Berliner ist uns wichtig. Die
588 Wahlen der bezirklichen Seniorenvertretungen wollen wir künftig barrierefreier gestalten. Wir
589 wollen bestehende Netzwerke stärker an die Bezirke binden und nach einheitlichen Standards
590 ausbauen. Die neue **Altenhilfe- und Geriatrie-Koordination in den Bezirken** bündelt die

591 unterstützenden und pflegerischen Angebote in den Bezirken und Stadtquartieren. Die SPD
592 setzt sich dafür ein, dass diese Arbeit sichtbar wird und Anerkennung erfährt.

593

594 **2.3. Stadt der guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

595 Berlin soll weiter Vorreiter beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Die SPD
596 steht für eine gute, qualitativ hochwertige, kostenlose und bedarfsgerechte Kinderbetreuung
597 für alle Familien. Wir werden deshalb den **Kitausbau weiter beschleunigen und die Zahl**
598 **der Erzieherinnen und Erzieher sowohl in der Ausbildung als auch im Beruf weiter**
599 **erhöhen.** Dafür nutzen wir sowohl Landesmittel als auch die zusätzliche finanzielle
600 Unterstützung des Bundes.

601

602 Mit dem Programm „MoKiS“ bietet Berlin einen öffentlich geförderten „Mobilen
603 Kinderbetreuungsservice“ für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten. Wir wollen berlinweit die
604 **flexible Kinderbetreuung für Alleinerziehende und für Eltern, die im Schichtbetrieb**
605 **arbeiten,** weiter ausbauen.

606

607 Wir werden ein besseres Verfahren bei der Vergabe von Kitaplätzen schaffen und unterstützen
608 Lösungen für die Entwicklung und den Ausbau einer IT-gestützten **Online-Platzvergabe für**
609 **die Kindertagesbetreuung.**

610

611 **Ganztagsbetreuung in der Schule** gibt es in Berlin seit vielen Jahren. Sie unterstützt und
612 entlastet Familien wesentlich. Dieses Angebot soll in den nächsten Jahren qualitativ
613 weiterentwickelt werden.

614

615 Wir intensivieren zudem den Dialog mit der Berliner Wirtschaft, um die Vereinbarkeit von
616 Familie und Beruf und die **Familienfreundlichkeit von Unternehmen** zu stärken und zu
617 unterstützen.

618

619

620 **Kapitel 3: Berlin – Stadt der Frauen und der Gleichstellung**

621 **3.1. Gleichberechtigte Teilhabe und mehr Frauen in Führungspositionen**

622 Berlin ist die Stadt der Gleichstellung, in der in ganz besonderer Weise auf die Beseitigung
623 bestehender Nachteile zwischen Frauen und Männern hingewirkt wird. Wir setzen uns ein für
624 die Gleichstellung aller Frauen – unabhängig ihres sozialen Geschlechts, der sexuellen oder
625 geschlechtlichen Identität, des Alters, des Gesundheitszustandes, einer Behinderung, des
626 Familienstandes, des Migrations- oder Fluchtstatus. Wir schützen Frauen vor allen Formen
627 von Diskriminierung, zum Beispiel Alter, Gewicht und sexuelle Orientierung.

628 Berlin soll eine Vorreiterrolle auf dem Weg zur gleichberechtigten politischen Teilhabe von
629 Männern und Frauen einnehmen. Wir setzen uns für ein **Berliner Paritätsgesetz** ein, weil wir
630 wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen in unserem Parlament und in den
631 Bezirksverordnetenversammlungen vertreten sind. Wir setzen uns für **Parität in allen**
632 **Führungspositionen der Stadt** ein: Seien es Vorstände und Aufsichtsräte von landeseigenen
633 Betrieben oder von Senat und Verwaltung - wir werden Gleichberechtigung auf allen Ebenen
634 vorleben. Das schafft die politischen Voraussetzungen, dass Berlin zu einer wirklich
635 gleichberechtigten Stadtgesellschaft in allen Bereichen des Zusammenlebens wird.

636

637 Frauen werden gleichberechtigte Teilhabe nur erreichen, wenn eine **gerechtere Verteilung**
638 **von Erwerbs- und Sorgearbeit** in den Familien unterstützt und gefördert wird. Berlin wird hier
639 als positives Vorbild voranschreiten, beispielsweise durch den **Ausbau von Elternzeit und**
640 **mobiler und flexibler Arbeit** in der Verwaltung und in landeseigenen Betrieben. Zudem
641 werden wir mehr Anerkennung für ehrenamtlich geleistete Care-Arbeit durchsetzen, zum
642 Beispiel durch die **Ausweitung von Ehrenamtsplätzen für pflegende Angehörige**.

643

644 Die bestehenden **Frauenbeiräte der Bezirke** wollen wir finanziell so ausstatten, dass sie eine
645 bessere Vernetzung von Frauen und die Berücksichtigung ihrer Belange in allen Bereichen
646 des Lebens weiter vorantreiben können. In Bezirken ohne Frauenbeirat werden wir dessen
647 Gründung fördern.

648

649 **3.2. Schutz vor Gewalt gegen Frauen**

650 Wir können Gewalt nur erfolgreich bekämpfen, wenn wir wissen, welche Probleme existieren.
651 Dazu gehört eine genaue Erfassung von Hassverbrechen gegen Frauen und marginalisierte
652 Gruppen in der Polizeistatistik und die konsequente Verfolgung dieser Verbrechen. Dazu
653 werden wir das **Angebot der bestehenden Beratungsstellen weiter ausbauen** und weiter
654 spezialisieren. Die **Gewaltschutzambulanzen** werden wir weiter fördern und zusätzliche
655 Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit bereitstellen, um sie bekannter zu machen.

656

657 Betroffene von häuslicher Gewalt brauchen einen adäquaten Ersatzraum in Frauenhäusern
658 oder in Zufluchtwohnungen für Frauen, damit ihr Schutz gewährleistet ist. Die **Anzahl der**
659 **Frauenhäuser** in Berlin muss daher **dem Bedarf entsprechend weiter erhöht werden**. Uns
660 ist wichtig, dass dabei die Barrierefreiheit berücksichtigt wird, damit ausnahmslos alle Frauen
661 gut versorgt werden können.

662

663 Um Obdachlosigkeit bei Frauen zu verhindern, wollen wir bestehende Angebote und Konzepte
664 wie „**Housing First**“ und neu entstandene Beratungsangebote weiter ausbauen und
665 verstetigen. Dies gilt besonders für kieznahe Angebote für Frauen mit Kindern.

666

667 **3.3. Öffentliche Räume für Frauen und Männer gleichermaßen**

668 Die Nutzung öffentlicher Räume ist ein demokratisches Grundrecht, das allen Menschen
669 uneingeschränkt zur Verfügung stehen muss. Dazu gehört, dass sich insbesondere Frauen
670 jederzeit im öffentlichen Raum sicher und angstfrei bewegen können. Wir wollen, dass **Frauen**
671 **in die Planungen von öffentlichen Räumen mit einbezogen** werden, um beispielsweise die
672 Entstehung von Angsträumen zu verhindern, sichere Wege zu schaffen und eine gerechte
673 Nutzung für alle zu gewährleisten. Wir fördern einen **besseren Schutz vor Übergriffen im**
674 **Öffentlichen Nahverkehr**, durch ein besseres und kostengünstiges Angebot in den
675 Außenbezirken, das auch in den Nachtstunden aufrechterhalten wird. Für einen besseren
676 ÖPNV bedarf es neben Barrierefreiheit auch ein auf den Bedarf von Schwangeren und
677 Reisenden mit kleinen Kindern zugeschnittenes Angebot, beispielsweise in Form von
678 Sitzplätzen für Schwangere.

679

680

681 **Kapitel 4: Engagierte und demokratische Stadt Berlin**

682 **4.1. Bürgerschaftliches Engagement würdigen**

683 Freiwilliges Engagement ist der Kitt in unserer Gesellschaft und stärkt unsere Demokratie. Wir
684 bedanken uns bei allen Ehrenamtlichen für ihre wertvolle Arbeit. Mit ihrem Engagement
685 machen sie Berlin sozialer, solidarischer, lebens- und lebenswerter. Ihr Engagement zu
686 wertschätzen, zu fördern und zu unterstützen ist unsere sozialdemokratische
687 Herzensangelegenheit. Wir freuen uns über die **Auszeichnung Berlins für das Jahr 2021**
688 **mit dem Titel der „European Volunteering Capital“**. Als **Europäische**
689 **Freiwilligenhauptstadt** zeigen wir, dass eine vitale Zivilgesellschaft unsere Demokratie von
690 der kommunalen Ebene bis hin zur europäischen Ebene stärkt.

691

692 **4.2. Ehrenamt fördern**

693 Die Förderung des Ehrenamtes hat für uns einen hohen Stellenwert. Deshalb wollen wir die
694 Engagementinfrastruktur in den Bezirken untereinander und mit der Landesebene besser
695 vernetzen und damit eine **bezirks- und landesweite Förderung von**
696 **Engagementnetzwerken** verstetigen. Die Handlungsempfehlungen der **Berliner**
697 **Engagementstrategie** werden wir weiter umsetzen.

698

699 **Freiwilliges Engagement braucht professionelle Unterstützung.** Besonders das soziale
700 Netz an Stadtteil-, Familien- und Nachbarschaftszentren, Kontaktstellen PflegeEngagement,
701 der Selbsthilfegruppen, Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen sowie das Angebot in
702 der Jugend- und Seniorenarbeit wollen wir weiter ausbauen und personell stärken.

703

704 Auch setzen wir uns für gute Qualifizierungsmaßnahmen in Bereichen ein, in denen Aufgaben
705 im öffentlichen Interesse übernommen werden wie bei Schöffen, ehrenamtlichen Arbeits- und
706 Sozialrichtern oder Prüfer:innen der Kammern.

707

708 Die **Ehrenamtskarte werden wir** wirksamer bewerben und weiterentwickeln. Die Chancen
709 der Digitalisierung wollen wir auch für freiwillig Engagierte heben. Deshalb fördern wir die
710 digitale Infrastruktur für das Ehrenamt mit Landes- und Bundesmitteln. Auch die
711 **Beteiligungsplattform des Landes „meinBerlin“** wollen wir weiter ausbauen.

712

713 **4.3. Gute Rahmenbedingungen für Engagement schaffen**

714 Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dafür sind
715 vielfältige, barrierefreie, transparente und auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtete
716 Angebote wichtig. Wir fördern deshalb die hauptamtliche und ehrenamtliche Arbeit und sorgen
717 für eine sinnvolle Verzahnung. Wir wollen prüfen, ob **Aufwandsentschädigungen** im
718 Ehrenamt in Teilen angehoben werden können.

719

720 Wir halten fest an der Absprache zwischen dem Senat, der BVG und der S-Bahn, im Jahr rund
721 13.000 **Einzelfahrscheine für einkommensschwache Menschen**, zur Unterstützung ihres
722 freiwilligen Engagements bereitzustellen. Wenn möglich wollen wir die Anzahl erhöhen. Viele
723 Selbsthilfegruppen benötigen Räume für ihre Treffen. Um die **Raumkapazitäten zu erweitern**,
724 wollen wir prüfen, ob in Schulgebäuden, Rathäusern oder anderen bezirklichen oder
725 städtischen Einrichtungen Räume verfügbar gemacht werden können.

726

727 **Für junge Menschen wollen wir mehr Plätze in** den gesetzlich geregelten
728 **Freiwilligendiensten** bereitstellen und mit **Zuschüssen zu den Fahrtkosten** unterstützen.

729 Ein sehr hoher Anteil an freiwilligem Engagement wird durch Senior:innen erbracht. In vielen
730 Bereichen ist ihr Ehrenamt unersetzlich. Deshalb wollen wir die **bezirklichen**
731 **Seniorenvertretungen bei den Fahrtkosten entlasten.** Die bessere Zusammenarbeit von
732 bezirklichen Seniorenvertretungen und den Sozialkommissionen wollen wir ermöglichen, um
733 ein aufsuchendes Netz für Ältere in den Bezirken zu verstetigen.

734

735 Viele Geflüchtete können sich über ihr freiwilliges Engagement Netzwerke erarbeiten, welche
736 sie bei der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe unterstützen. Die
737 **Ehrenamtskoordinator:innen in Unterkünften für Geflüchtete** wollen wir deshalb weiterhin
738 einsetzen. Wir unterstützen und fördern auch das **freiwillige Engagement von Menschen**
739 **mit Zuwanderungsgeschichte**. Die Förderungen von ehrenamtlich Tätigen wollen wir
740 weiterhin über das Budget der Integrationsbeauftragten verstetigen.

741

742 **4.4. Demokratie fördern**

743 Wir wollen **Berlin zur führenden Demokratiestadt** entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass
744 die Möglichkeiten der Mitbestimmung für alle Bürger:innen erweitert und erleichtert werden.
745 Wir bekämpfen konsequent Demokratiefeindlichkeit, Menschenverachtendes Gedankengut,
746 Rassismus, Diskriminierung, Hass, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Islamfeindlichkeit
747 und wollen unsere wehrhafte Demokratie stärken. Dazu gehört die **Absenkung des aktiven**
748 **Wahlalters auf 16 Jahre** ebenso, wie die **Verbesserung der verbindlichen**
749 **Bürgerbeteiligung**. So wollen wir daran arbeiten, dass Online-Eintragungen für Volks- und
750 Bürgerbegehren ermöglicht werden. Denn eine offene und inklusive Demokratie ist das beste
751 Mittel gegen Politikverdrossenheit und Populismus.

752

753 Die **Berliner Landeszentrale für politische Bildung** ist für uns zentraler Baustein bei der
754 Vermittlung von Demokratiebildung. Wir werden sie stärken, indem wir zusätzliche Angebote
755 realisieren und einen **weiteren Standort in der City Ost** ermöglichen. **Berliner Kinder- und**
756 **Jugendverbände** wollen wir in ihrem Selbstverständnis als „Werkstätten der Demokratie“
757 unterstützen. Zur besseren Wirksamkeit sollen ihre Angebote mit den Jugendbildungsstätten
758 als Kompetenzzentren unter dem Dach der strategisch neu auszurichtenden Berliner
759 Landeszentrale für politische Bildung koordiniert werden.

760

761

762 **Kapitel 5: Klimafreundliche Stadt Berlin**

763 **5.1. Klimaschutz als Querschnittsaufgabe sozial gerecht gestalten**

764 Der fortschreitende Klimawandel ist eine der zentralen politischen Herausforderungen – auch
765 für uns in Berlin. Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir **alle Politikfelder**
766 **konsequent auf mehr Klimafreundlichkeit ausrichten**. Ob Wirtschaft, Bildung, Verkehr oder
767 Stadtentwicklung – jeder Bereich muss seinen Beitrag leisten.

768

769 Wir wollen den **Ausstoß von CO₂** und anderen Treibhausgasen in Berlin **bis 2030 um 65**
770 **Prozent reduzieren und Berlin bis spätestens 2050 zu einer klimaneutralen Stadt**
771 machen. Wir wollen ein Berlin mit einer klimafreundlichen, sauberen Energieversorgung, mit

772 sanierten Gebäuden und bezahlbaren Mieten. Mit einem **Mix aus E-Mobilität, Ausbau des**
773 **Öffentlichen Personennahverkehrs und Stärkung des Rad-Verkehrs** schaffen wir die
774 nötige Mobilitätswende. Wir wollen lebenswerte, klimarobuste Kieze mit vielen naturnahen
775 Grünflächen und weniger Lärm und Müll. Wir werden dafür sorgen, dass die Versorgung
776 unserer Stadt mit sauberem Wasser auch künftig gewährleistet ist.

777

778 In vielen Bereichen wird es weitreichende Veränderungen geben, in der Wirtschaft, im
779 Verkehrssektor, beim Bauen und Wohnen. Aber Berlin hat alle Möglichkeiten, diese Aufgabe
780 zu bewältigen. Wir wollen die Chancen nutzen. **Bei den anstehenden**
781 **Veränderungsprozessen muss es sozial gerecht zugehen.** Wir brauchen einen **Social-**
782 **Green-Deal**, um Berlin zu einer sozialen und klimaneutralen Stadt machen. Wir achten darauf,
783 dass Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nicht die Hauptlast des Wandels
784 tragen müssen. Mobilität und Wohnen müssen für alle bezahlbar bleiben, ebenso die
785 Gewerbemieten.

786

787 Damit Klimaschutz gelingen kann, braucht er **Akzeptanz**. Wir wollen diesen Weg mit den
788 Berlinerinnen und Berlinern zusammen gehen. Deshalb werden wir neben den ausgewiesenen
789 Expertinnen und Experten im **Klimaschutzrat** auch Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen
790 lassen.

791

792 **5.2. Klimaschutztechnologien als Motor für Innovation und Beschäftigung**

793 Unsere Stadt verfügt über eine Fülle an **Unternehmen und Forschungseinrichtungen**, die
794 stark sind bei Lösungen für die Herausforderungen von Klimawandel und Energiewende.
795 Unternehmen mit 100-jähriger Tradition und ganz neue Unternehmen. Sie sind Motor für
796 Klimaschutz und Beschäftigung. Sie bringen den Klimaschutz in Berlin voran, gleichzeitig
797 wächst eine **moderne Industrie mit neuen, gut bezahlten Arbeitsplätzen** – von der
798 Energietechnik bis zur Bahnindustrie, vom Handwerk bis zu den vielen kleinen und großen
799 Unternehmen rund um das Thema Digitalisierung. Diese **Potenziale** wollen wir **stärken**. Wir
800 sehen hier den wichtigsten wirtschafts- und energiepolitischen Handlungsschwerpunkt für die
801 nächsten zehn Jahre.

802

803 Die **Solarenergie** ist einer der zentralen Bausteine für die klimaneutrale Stadt. Damit wir
804 dieses Ziel sicher erreichen, müssen wir bis 2050 den in Berlin erzeugten Solarstromanteil auf
805 25 Prozent steigern. Daher werden wir gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft und dem
806 Handwerk, den Berliner Stadtwerken und dem Berliner SolarZentrum eine auf Berlin
807 zugeschnittene **Solarkampagne initiieren**, die gezielt **für den Wohngebäudesektor**
808 **praktikable Lösungen** anbietet. Das gilt zum Beispiel für die **Berliner Solarbox** mit

809 unkomplizierten und preiswerten Lösungen für Ein- und Zweifamilienhäuser, aber auch für die
810 Mieterstadt-typischen Mehrfamilienhäuser in den Bestandsquartieren. Gerade hierfür werden
811 wir das sogenannte „Mieterstrommodell“ mit Unterstützung der Berliner Stadtwerke
812 anwendungsfreundlicher gestalten und die immer noch bestehenden gesetzlichen Hemmnisse
813 mit Bundesratsinitiativen beseitigen.

814

815 Um die Klima- und Energiewende in der Stadt gut und sozial verträglich zu schaffen, brauchen
816 wir leistungsfähige und sichere Infrastrukturen bei Wasser, Energie (Strom, Wärme, Gas),
817 Abfall, Grün, Mobilität, Telekommunikation, die aufeinander abgestimmt betrieben werden
818 müssen. Die auf Initiative der Berliner SPD im Jahr 2014 gegründeten Berliner Stadtwerke
819 nehmen hierbei eine wichtige strategische Funktion ein, die wir in den nächsten Jahren stetig
820 erweitern werden. Langfristig werden wir die **Berliner Stadtwerke zu einem städtischen**
821 **Klimadienstleister ausbauen**, der sich nicht nur um den Strom, sondern auch um die anderen
822 Energieträger kümmern wird. Eine **Schlüsselrolle** auf dem Weg zur klimaneutralen
823 Wärmeversorgung bis 2050 spielen die **Berliner Wärmenetze und die Stadtwärme**. Diese
824 Potenziale wollen wir heben. Deshalb werden wir uns im **Berliner Wärmegesetz für den**
825 Ausbau der Fern- und Nahwärmenetze und die **schrittweise Dekarbonisierung der**
826 **Stadtwärme** mit überprüfbaren Quoten bis 2050 einsetzen.

827

828 Ein wichtiger Beitrag für ein klimaneutrales Energiesystem ist die Nutzung von Wasserstoff. In
829 einer **Berliner Wasserstoff-Strategie** werden wir deshalb die Marktreife und Anwendung
830 dieses neuen Energieträgers vorantreiben und in konkreten Projekten erproben,
831 beispielsweise bei landeseigenen Betrieben. Dazu wird auch die Bereitstellung eines
832 allgemein verfügbaren **Wasserstoff-Tankstellennetzes** bei Güterverteilzentren und
833 Betriebshöfen und die Förderung der Wasserstofftechnologie in der Binnenschifffahrt gehören.
834 In diesem Zusammenhang wollen wir auch das **Tankstellennetz für innovative Kraftstoffe,**
835 **sogenannte E-Fuels, ausbauen**. Mit den Hochschulen, der Berliner Wirtschaft und den
836 Energienetzbetreibern werden wir ein **Kompetenz- und Anwendungscluster Wasserstoff**
837 gründen und streben dazu auch eine enge Kooperation mit Brandenburg an. So werden wir
838 die Metropolregion Berlin-Brandenburg zu einem **Leuchtturm in Sachen**
839 **Wasserstofftechnologie** entwickeln.

840

841 **5.3. Klimaschutz im Quartier bei Neu- und Bestandsbauten**

842 Der Energiebedarf der Berliner Gebäude ist aktuell für rund 40 Prozent der klimarelevanten
843 Emissionen in Berlin verantwortlich. Hier liegt deshalb einer der Schwerpunkte unserer
844 Klimapolitik. Wir wollen, dass **neue Stadtquartiere künftig ihren Beitrag zum Ziel der**
845 **Klimaneutralität leisten**. Dazu werden wir ökologisch wirksame und sozial verträgliche

846 Standards formulieren, die praxistauglich und verpflichtend sind und zu Berlin passen: ein
847 erhöhter Effizienzhausstandard für Gebäude, mehr Solarenergie und mehr
848 Gebäudebegrünung auf Dächern und Fassaden, Einsatz von klimaverträglichen
849 Baumaterialien, wie Holz, ein dezentrales Regenwassermanagement, Gemeinschaftsgärten
850 und klimafreundliche Mobilität.

851

852 Wir achten gleichzeitig darauf, dass **neue Bauvorhaben flächen- und ressourcenschonend**
853 umgesetzt werden. Für Bestands- und Neubauten werden wir die Begrünung der Dächer und
854 Fassaden sowie auch Außenverschattungen gegen Hitzeperioden weiter vorantreiben. Das
855 dafür in dieser Legislaturperiode eingeführte 1000-Grüne-Dächer-Programm werden wir dafür
856 deutlich besser umsetzen. Bei der Planung neuer Stadtquartiere achten wir darauf, neben
857 Wohnungen auch soziale Infrastrukturen und Einkaufsmöglichkeiten anzubieten, um eine
858 Grundversorgung vor Ort, ohne lange Wege zu ermöglichen. Wir wollen den verkehrssarmen
859 „Kiez der kurzen Wege“.

860

861 Der weitaus größte Teil unserer Stadt besteht aus Bestandsgebäuden. Viele müssen deutlich
862 energieeffizienter werden. Um Kosten zu sparen, setzen wir möglichst auf **serielle,**
863 **standardisierte Sanierungen**. Durch eine **Energieberatungsoffensive** sowie zusätzliche
864 Landesförderprogramme wollen wir die Sanierungsrate im Gebäudebestand systematisch
865 erhöhen. Das ist gut für das Klima und schafft und sichert tausende Arbeitsplätze im lokalen
866 Handwerk. Um der vermehrten Verdrängung durch energetische Sanierung, oftmals
867 verbunden mit Luxussanierungen entgegenzutreten, wird Berlin sich beim Bund für eine
868 weitere **Absenkung der Modernisierungsumlage** sowie eine Aufteilung des CO₂-
869 Preisanteils zu gleichen Teilen zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen bei den Heizkosten
870 einsetzen.

871

872 **5.4. Grünflächen pflegen, Stadtnatur bewahren, Wasserversorgung sichern**

873 Erste Auswirkungen des Klimawandels sind immer häufiger auch in Berlin zu spüren:
874 langanhaltende Hitzeperioden, heftige Starkregen und Stürme, vertrocknende Wälder und
875 eine drohende Wasserknappheit. Auch hier werden wir handeln. So bleibt Berlin als Stadt zum
876 Wohnen, Leben und Arbeiten auch für die nächsten Generationen attraktiv.

877

878 Gerade die Corona-Pandemie hat uns verdeutlicht, welchen Stellenwert die öffentlichen
879 grünen Infrastrukturen, wie Parks, Grünflächen und der öffentliche Raum für eine
880 Stadtgesellschaft haben. Die steigende Flächenknappheit darf deshalb nicht einseitig zulasten
881 des Stadtgrüns gehen. **Grünanlagen sind ein Pfeiler der Umweltgerechtigkeit**. Sie tragen
882 zu einem guten Stadtklima bei, nehmen Regenwasser auf und leisten einen Beitrag zur

883 Artenvielfalt in Berlin. Zugleich sind sie ein wichtiger Faktor für mehr Lebensqualität in unserer
884 Stadt. Wir wollen, dass die zahlreichen **Parks und Gärten in den Kiezen attraktiv sind** und
885 die Menschen sich gern dort aufhalten. Unsere Parks sollen sicher und sauber sein. Deshalb
886 werden wir den **Modellversuch der Parkmanager** verstetigen und nach Vorschlag der
887 Bezirke auf weitere Parks ausweiten.

888

889 Wir werden einen „**Baumwasserdienst**“ einrichten, der die bezirklichen Grünflächenämter in
890 die Lage versetzt, die Bewässerung der Stadtbäume im Sommer durchzuführen. Auch die
891 Bürger und Bürgerinnen können sich an diesem Baumwasserdienst beteiligen. Dafür wollen
892 wir die vielen Pump-Brunnen ertüchtigen. Sie sollen zentral von den Berliner Wasserbetrieben
893 betreut werden. Die erfolgreiche **Stadtbaumkampagne** werden wir weiterführen und mit den
894 Bürgerspendsen möglichst 2.000 Bäume pro Jahr pflanzen. Wir wollen diese Kampagne auf die
895 Berliner Stadforsten ausweiten. Bürger und Bürgerinnen können dann auch für Waldbäume
896 spenden und so den klimagerechten Umbau unserer Wälder und das schon laufende
897 Mischwaldprogramm der Berliner Forsten aktiv mit unterstützen.

898

899 Die **Berliner Kleingartenanlagen** wollen wir mit einem Kleingartenflächensicherungsgesetz
900 erhalten. Sie sind mit ihren 2.900 Hektar Gesamtfläche unverzichtbare Stadtoasen,
901 Rückzugsräume und Selbstversorgungsmöglichkeiten. Die Entwicklung von Kleingärten für
902 Wohnungsbau und Gewerbe schließen wir aus. Sofern der Bau von Schulen und Kitas sowie
903 die Daseinsvorsorge eine Inanspruchnahme von Kleingartenflächen erfordern, ist der Verlust
904 dieser Gärten möglichst eingriffsnah zu ersetzen. Wir werden aber auch die anderen Formen
905 des **Gemeinschaftsgärtnern** als Ausdruck des bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt
906 unterstützen, wie beispielsweise die über 200 Gemeinschaftsgärten, Schulgärten,
907 Mietergärten oder Pflegepatenschaften für öffentliche Grünflächen.

908

909 Die **Versorgung mit Trinkwasser** in ausreichender Qualität und Quantität ist eine essenzielle
910 Lebensgrundlage und damit eine **Daseinsvorsorge, die ausschließlich in kommunale**
911 **Hand gehört**. Anders als viele andere Städte gewinnt Berlin sein Wasser aus dem
912 Grundwasser und Uferfiltraten auf eigenem Stadtgebiet. Diese Wasserautarkie bedingt eine
913 besondere **Sorgfalt gegenüber dem Grundwasser und den Berliner**
914 **Oberflächengewässern**. Unsere Flüsse und Seen müssen sauberer werden, indem
915 Direkteinleitungen möglichst unterbleiben und das Regenwasser besser zur Bewässerung des
916 Stadtgrüns genutzt wird. Dazu werden wir die von der Berliner SPD initiierte bundesweit erste
917 **Regenwasseragentur** weiter fortführen und stärken. Und mit den Berliner Wasserbetrieben
918 werden wir zusammen dafür sorgen, dass **die über 300 öffentlichen Springbrunnen sowie**

919 **die Berliner Straßenpumpen wieder funktionieren.** Im Zeichen des Klimawandels sollen
920 genügend öffentliche Trinkwasserbrunnen zur Verfügung stehen.

921

922 **5.5. Bezahlbare, klimaneutrale Mobilität und gute Ladeinfrastruktur**

923 Wesentlicher Bestandteil des Klimaschutzes ist die Verkehrswende. Dabei steht für uns die
924 Soziale Frage im Mittelpunkt. **Niemand darf von Mobilität ausgeschlossen werden.** Zur
925 Reduzierung der CO₂-Emissionen setzen wir bei den Verkehrsmitteln insbesondere auf die
926 Ausweitung des Öffentlichen Personennahverkehrs, mehr und bessere Fuß- und Radwege
927 und den raschen Ausbau der Elektromobilität.

928

929 Wir werden deshalb die **Ladesäulen-Infrastruktur** an öffentlichen Straßen und Parkplätzen
930 in der kommenden Legislaturperiode massiv ausbauen. Bis 2030 wollen wir mindestens
931 **20.000 zusätzliche öffentliche Ladepunkte** schaffen. Wir verbessern die rechtlichen
932 Rahmenbedingungen für die Schaffung privater Ladepunkte.

933

934 Zugleich wollen wir in unserer Stadt gezielt die **Alternativen zum eigenen Kraftfahrzeug**
935 **stärken.** Mit dem bundesweit ersten Mobilitätsgesetz hat die Berliner SPD dafür bereits die
936 notwendige Grundlage geschaffen. Darauf aufbauend wollen wir zu einer klimagerechten und
937 stadtverträglichen Mobilität gelangen. Unser **Ziel: Ein starker Umweltverbund**, bestehend
938 aus Radverkehr, Fußgänger:innenverkehr und einem Öffentlichen Personennahverkehr mit
939 verbesserten Anbindungen insbesondere der Außenbezirke und attraktiveren Taktzeiten. Wir
940 arbeiten für die Finanzierbarkeit der **Einführung des 365-Euro-Tickets**, um so für alle
941 Berlinerinnen und Berliner ein kostengünstiges Angebot zur Nutzung von Bus und Bahn zu
942 schaffen.

943

944 Auch den **Wirtschaftsverkehr** werden wir mit intelligenten Lösungsansätzen wie dem
945 emissionsarmen Transport von Waren über Verteilerpunkte oder der **Förderung von**
946 **emissionsfreien Kleintransportern** klimafreundlich weiterentwickeln.

947

948

949 **Kapitel 6: Kulturhauptstadt Berlin**

950 **6.1. Berlin als künstlerische Metropole neu beleben und entwickeln**

951 Kunst, Kultur und Kreativität sind tragende Säulen der Hauptstadt und Teil von Berlins
952 Selbstverständnis. Ausstellungen, Bibliotheken, Clubkultur, Festivals, Film, freie Szene,
953 Galerien, Gedenkstätten, Kinos, Konzerthäuser, Museen, Musikclubs, Opern und Theater
954 prägen die **weltweite Strahlkraft** unserer Stadt. Sie alle stehen für unsere offene Gesellschaft
955 und ihren Zusammenhalt.

956

957 Gerade in dieser Zeit braucht die Kulturszene aber unsere besondere Unterstützung. Wir
958 wollen Berlins einmalige Kulturlandschaft **neu beleben, sichern, fördern und**
959 **weiterentwickeln**. Die Corona-Pandemie hat die in der Kultur tätigen Menschen hart
960 getroffen: In den meisten Bereichen erlebten sie eine lange währende Einschränkung ihrer
961 Auftritts- und Präsentationsmöglichkeiten. Außerhalb der kulturellen Institutionen hat das
962 vielfach zu Existenznot geführt. Um die Folgen der Pandemie aufzufangen starten wir eine
963 **Kulturoffensive**, die durch einen Sonderfonds Anschubfinanzierung geben kann, um
964 zusätzliche Veranstaltungen in freien Bühnen, Projekträumen, Clubs und anderen Häusern zu
965 ermöglichen. Hierfür sollen Programme des Bundes und des Landes genutzt werden.

966

967 Die Pandemie hat aber auch neue Wege der Kulturvermittlung aufgezeigt. **Digitale Angebote**
968 bieten der Berliner Kultur einen weiteren Raum für Produktion, Präsentation, Dokumentation
969 und Recherche. Wir wollen privatunternehmerische Initiativen wie beispielsweise „United We
970 Stream“ bestärken und Digitalisierung auch in öffentlichen Einrichtungen fördern. Eine
971 **interaktive Online-Plattform zur digitalen Präsentation der im Stipendienzeitraum**
972 **geschaffenen Werke** aller Stipendienprogramme Berlins soll die Weltoffenheit und Qualität
973 der Kunst dokumentieren.

974

975 Die SPD setzt sich für die Erstellung eines **Stadtentwicklungsplans Kultur** ein, der einen
976 Rahmen für die Umsetzung kultureller Aspekte in die Stadtplanung schafft und konkrete
977 Projekte und Orte für Kultur und Kreativität benennt und bei der Entwicklung von
978 Stadtquartieren mitdenkt. Dazu gehören der Molkenmarkt, die Alte Münze, das RAW Gelände,
979 der Holzmarkt, das Dragoner Areal, die Ufer Hallen, die Urania und andere in
980 Transformationsprozessen befindliche Leuchttürme und Kulturquartiere jenseits der
981 institutionell geförderten Kultur. Die Entwicklung dieser Kulturorte soll unter Beteiligung unter
982 anderem der freien Szene vorangebracht werden.

983

984 **6.2. Kulturelle Bildung und Teilhabe für alle, mit allen und von allen**

985 Wir stehen für eine **weltoffene Kulturpolitik**, die die Vielfalt und Diversität der Stadt und ihrer
986 Menschen abbildet und zukunftsweisende Offenheit lebt. Wir wollen eine Kultur für alle, mit
987 allen und von allen. Alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Ethnie,
988 Geschlecht, sexuellen Orientierung oder Religion sollen Zugang zur Kultur und kulturellen
989 Bildung haben. Dies fördert die Persönlichkeitsentwicklung und schafft Raum für kulturelle und
990 soziale Integration. Deshalb **unterstützen wir den vielfältigen Amateurbereich** wie Chöre
991 und Tanzgruppen, und alle anderen niedrighwelligen Kulturangebote, die Berlin bereichern.

992 Konkret heißt das zum Beispiel, das Entstehen eines Deutschen Chorzentrums in Neukölln
993 und eines Hauses des Tanzes im ehemaligen Schillertheater zu befördern.

994

995 Den **Erfolg** staatlicher Kulturinstitutionen wollen wir **nicht nur über die Auslastung, sondern**
996 **auch die Breite des erreichten Publikums bemessen**. Hierbei ist uns besonders eine
997 zunehmende Diversität im Hinblick auf soziale Schichten und Publikum mit
998 Migrationshintergrund wichtig.

999

1000 Berlin ist eine Stadt der **Erinnerungskultur**. In und an unserer Stadt lässt sich fast alles Gute,
1001 aber auch vieles Verwerfliche und Menschenverachtende der Deutschen Geschichte ablesen.
1002 Daran erinnern die zahlreichen **Gedenkstätten**, die wir **unterstützen**. Wir setzen uns dafür
1003 ein, dass der **8. Mai als Tag der Befreiung** vom nationalsozialistischen Terror bundesweit
1004 zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. Auch die Stätten der Erinnerung an die SED-Diktatur
1005 und die Teilung Berlins bedürfen der ständigen Weiterentwicklung. Das ehemalige
1006 Stasigelände in Lichtenberg soll zu einem „Campus der Demokratie“ und das ehemalige
1007 Polizeigefängnis in der Keibelstraße soll zu einer Gedenkstätte entwickelt werden. Wir wollen
1008 weiterhin unter der Trägerschaft der Stiftung Berliner Mauer am ehemaligen Checkpoint
1009 Charlie ein Museum des Kalten Krieges aufbauen. Sowohl auf Bezirks- als auch auf
1010 Landesebene unterstützen wir die **Auseinandersetzung mit der deutschen**
1011 **Kolonialgeschichte**, die ebenfalls in Berlin einen ihrer wesentlichen Ausgangspunkte hat.

1012

1013 Wir wollen die **Bibliotheken stärken und weiterentwickeln**. Sie sollen noch deutlicher ein
1014 Treffpunkt der Stadtgesellschaft werden, an dem digital und analog gearbeitet und debattiert
1015 werden kann. Die **Zentral- und Landesbibliothek (ZLB)** wird nach ihrem Umzug an den
1016 Standort der Amerika-Gedenkbibliothek als **Metropolenbibliothek** neu eröffnet. Wir wollen,
1017 dass sie neue Formate in Sachen Kulturproduktion, Wissensvermittlung und Teilhabe
1018 ausprobiert und sich über die Erkenntnisse mit den bezirklichen Einrichtungen austauscht.
1019 Berlins Kultur wird von professionellen Kulturschaffenden geprägt. Aber auch das
1020 **ehrenamtliche Engagement** ist seit über 50 Jahren unter anderem in den gemeinnützigen
1021 **Kunstvereinen** der Stadt lebendig, die wir weiter fördern wollen.

1022

1023 **6.3. Kulturförderung sichern und lokal ausrichten**

1024 Wir wollen ein **Kulturfördergesetz für Berlin**. Es soll die kulturellen Potentiale der Stadt
1025 zusammen mit den Akteur:innen der Berliner Kulturlandschaft sichern und weiterentwickeln.
1026 Die staatliche Förderung öffentlicher Kultureinrichtungen wie auch die Subventionierung
1027 privater Institutionen soll auf Basis von regelmäßigen Evaluationen erfolgen. **Kultur** ist für
1028 Berlin nicht nur gesellschaftliches Fundament, sondern auch ein wichtiger **Wirtschaftsfaktor**.

1029 Erst recht nach der Schwächung durch die Pandemie werden wir die **Ausgaben für Kultur**
1030 **sichern, Arbeitsplätze im Kulturbereich verbessern, freie Strukturen stärken** und die
1031 institutionellen Strukturen im Kulturbetrieb transparent und verbindlich gestalten.

1032

1033 Kultur ist so stark wie sie lokal verankert ist. **Die SPD räumt dem kulturellen Angebot in den**
1034 **Bezirken eine starke Rolle ein.** Die bezirklichen Bibliotheken, Musikschulen,
1035 Volkshochschulen sowie Kulturhäuser, Museen und Theater leisten unverzichtbare Arbeit und
1036 sind für eine flächendeckende kulturelle Versorgung der Bevölkerung und zur Förderung von
1037 interkultureller Bildung von besonderer Bedeutung. Die SPD in Berlin wird die **bezirkliche**
1038 **Kulturpolitik weiter unterstützen** und zusammen mit den Kulturverantwortlichen in den
1039 Bezirken neue Wege für eine gesicherte Kulturförderung entwickeln.

1040

1041 Wir werden uns in besonderer Weise und mit all unserer Kraft für die Kultur einsetzen. Sie ist
1042 für die Wahrnehmung Berlins und die kulturelle Integration von herausragender Bedeutung.
1043 Für uns soll Berlin nicht nur die Hauptstadt, sondern auch die **Kulturhauptstadt** aller in
1044 unserem Land lebenden Menschen sein.

1045

1046

1047 **Kapitel 7: Gesundheitsstadt Berlin**

1048 **7.1. Erstklassige medizinische Versorgung**

1049 Gesundheit ist ein hohes Gut und muss geschützt werden. Es ist eine der elementarsten
1050 staatlichen Aufgaben, eine auskömmliche Versorgung sowie vorsorglichen
1051 Gesundheitsschutz sicherzustellen. Die Berliner SPD setzt sich für ein gut funktionierendes
1052 Gesundheitssystem ein.

1053

1054 Die Verteilung der Arztpraxen in Berlin folgt nicht überall dem Bedarf in den Stadtteilen. Auch
1055 wenn in den letzten Jahren eine Verschiebung in Gebiete mit geringerem Versorgungsgrad
1056 gelang, muss weiter gesteuert werden. Wir wollen die „**Kombi-Praxis mit Sozialberatung**“
1057 ausweiten. Vielfach sind mit gesundheitlichen auch soziale Probleme verbunden. In schlechter
1058 versorgten Quartieren wollen wir mit den "Kombi-Praxen" vernetzte Angebote schaffen, nach
1059 dem Beispiel erweiterter medizinischer Versorgungszentren (MVZ).

1060

1061 Menschen ohne Krankenversicherungsschutz müssen leichteren Zugang zum
1062 Versorgungssystem erhalten. Dafür wollen wir die **Berliner Clearingstelle verstetigen und**
1063 **ausbauen.** Sie berät Menschen ohne Krankenversicherungsschutz und übernimmt die Kosten
1064 für notwendige medizinische Behandlungen.

1065

1066 Für eine stabile und allen zugängliche Gesundheitsversorgung Berlins sind
1067 **Krankenhausinvestitionen** unerlässlich. Deshalb werden wir die eingeleitete Trendwende in
1068 der Krankenhausfinanzierung fortführen. Investitionen in unsere Krankenhäuser bedeuten
1069 bessere Ausstattung im Interesse der Patient:innen, moderne Medizintechnik und bessere
1070 Arbeitsbedingungen. Mit der gesteigerten Investitionsförderung haben wir uns 2021 erstmalig
1071 dem laufenden Investitionsbedarf angenähert. Wir wollen die „**Klinikoffensive**“ in einem **10-**
1072 **Jahres-Programm in der kommenden Wahlperiode fortsetzen.**

1073

1074 Unser Ziel ist eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser und ihrer Vorhaltekosten,
1075 die eine qualitativ hochwertige Versorgung, tarifliche Löhne für die Beschäftigten und eine
1076 wirtschaftliche Betriebsführung sicherstellt. Deshalb setzen wir uns im Bund für die Abkehr
1077 vom heutigen Fallpauschalensystem ein.

1078

1079 **Moderne und digitale Lösungen** sollen in allen Bereichen unserer Versorgung die
1080 **Versorgungsqualität verbessern.** Wir führen die begonnene **Initiative Pflege 4.0** fort, die
1081 mehr digitale und technologische Lösungen in den Pflegealltag bringt. So erleichtern und
1082 verlängern wir den Pflegebedürftigen das selbstbestimmte Leben im eigenen Zuhause.

1083

1084 Der **Öffentliche Gesundheitsdienst** hat in der Corona-Pandemie herausragendes geleistet.
1085 Wir werden in der kommenden Wahlperiode den Öffentlichen Gesundheitsdienst weiter
1086 **ausbauen und modernisieren.** Dafür wird das bundesweit beispielgebende Berliner
1087 **Mustergesundheitsamt weiterentwickelt.** Zur Umsetzung dessen wird der Personalaufbau
1088 fortgesetzt. Mit dem begonnenen **IT-Zukunftsprojekt** werden die Gesundheitsämter
1089 konsequent digitalisiert. In einem bundesweiten Pandemiefall ist landesweit abgestimmtes
1090 Handeln notwendig. Hierfür sind steuernde Strukturen mit mehr Kompetenzen auf
1091 Landesebene zu schaffen.

1092

1093 Gesundheitspolitik bedeutet für uns nicht nur, kranke Menschen zu versorgen, sondern dafür
1094 zu sorgen, dass Menschen ihre Gesundheit erhalten. Daher werden wir die Präventionsziele
1095 Bewegung und Ernährung immer im Blick haben. Wir werden kostenlose und niedrigschwellige
1096 Bewegungsangebote für Jung und Alt in der Stadt ausbauen und allen Berliner:innen digital
1097 zugänglich machen.

1098

1099 Die **Präventionsinitiative „Berlin Bewegt Sich“** wird flächendeckend umgesetzt und aus
1100 den Parks heraus mit Bewegungsangeboten der Bezirke vernetzt. Wir werden weitere
1101 Maßnahmen prüfen, um mehr Menschen mit Präventionsangeboten zu erreichen. In den

1102 Schulen in sozialen Brennpunkten wird das Thema Prävention im Schulalltag durch
1103 **Schulgesundheitskräfte** gefördert. Dafür starten wir ein Modellprojekt.

1104

1105 Auf Bundesebene wird sich die SPD Berlin weiter für die Einführung einer
1106 **Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege** einsetzen. Echte Versorgungsgerechtigkeit
1107 für alle Berliner:innen bleibt unser Ziel.

1108

1109 **7.2. Medizinischer Forschungsstandort Berlin**

1110 Berlin ist in der Wissenschaft und Forschung exzellent. Die Berliner SPD wird **Wissenschaft**
1111 **in der Medizin und Pflege stärken**. Sowohl universitäre als auch außeruniversitäre
1112 Einrichtungen werden gemeinsam mit stationären und ambulanten Versorgungsbereichen und
1113 dem Öffentlichen Gesundheitsdienst in einer **Allianz „Versorgungsforschung und**
1114 **Translation“** zusammengebracht. Die aktuellen Herausforderungen der Versorgung werden
1115 aus der Praxis heraus identifiziert und in Forschungsaufträge eingespeist. Wissenschaftlicher
1116 Fortschritt muss in Form von neuen Diagnose- und Therapieformen in der breiten
1117 Versorgungspraxis über alle Sektoren hinweg, gerade in den landeseigenen Krankenhäusern
1118 Vivantes und Charité ankommen.

1119

1120 **7.3. Verlässliche Gesundheits- und Pflegeberufe**

1121 Das professionelle **Gesundheits- und Pflegepersonal ist das Rückgrat für eine**
1122 **bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung**. Dem spürbaren Fachkräftemangel haben
1123 wir unter anderem mit dem „**Berliner Pakt für die Pflege**“ entgegengewirkt. Diesen Weg
1124 werden wir weiterverfolgen und die **Ausbildungszahlen und Studienplätze für alle**
1125 **Gesundheits- und Pflegeberufe deutlich erhöhen** und am Personalbedarf orientieren. Auch
1126 die Anzahl der **Studienplätze für Lehrkräfte** wird dem Bedarf angepasst und ein
1127 berufsbegleitendes Studium angeboten. Die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften müssen
1128 attraktiver gestaltet werden, damit sich mehr Menschen entscheiden, die Fachkräfte von
1129 morgen auszubilden.

1130

1131 Berlin wird einen **Ausbildungsgang „Pflegefachassistenz“** entwickeln, der auf Grundlage
1132 der generalistischen Pflegeausbildung anschlussfähig ist. Ziel ist ein durchlässiges und nach
1133 Möglichkeit bundesweit koordiniertes Ausbildungssystem, von der Assistenzausbildung bis
1134 zum Studium. Durch den besseren Qualifikationsmix und bessere Arbeitsteilung werden
1135 Fachkräfte spürbar entlastet. Auch wollen wir im Rahmen der Ausbildungsförderung mit
1136 Bundesprogrammen und Landesprogrammen die **Teilzeitausbildung verstärken**. Wir
1137 werden den **Baustein Gesundheitsberufe in die Berufs- und Studienorientierung fest**
1138 **verankern** und die gestartete **Initiative „Pflege deine Zukunft“** verstetigen.

1139 Wir unterstützen Pflegefachkräfte und andere Gesundheitsberufe bei ihrem **Kampf für**
1140 **gerechte Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und die Einführung von Tarifbindungen.**
1141 Die landeseigenen Krankenhäuser Vivantes und Charité haben hierbei eine Vorbildfunktion,
1142 zum Beispiel bei der Etablierung von flexiblen familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen wie
1143 den Elterndiensten.

1144

1145 **7.4. Unterstützung von pflegenden Angehörigen**

1146 Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule der Versorgung von Pflegebedürftigen und
1147 müssen dringend entlastet werden. Wir unterstützen sie, indem wir **Anreize für mehr**
1148 **Kurzzeitpflegeangebote** schaffen. Auf Landesebene bauen wir mit öffentlichen Mitteln mehr
1149 stationäre Pflegeeinrichtungen, **Pflegewohngemeinschaften** und
1150 **generationsübergreifende und innovative Wohnprojekte.** Außerdem stärken wir in unserer
1151 multikulturellen Stadt auch **kultursensible (Tages-)Pflegeangebote.**

1152

1153 Prävention kann Pflegebedürftigkeit hinauszögern. Durch das **Modellprojekt „Präventiver**
1154 **Hausbesuch“** werden Hilfebedarfe frühzeitig erkannt und mit Unterstützung verknüpft. Diese
1155 Angebote werden wir ausweiten. Die erfolgreichen **Pflegestützpunkte** werden
1156 weiterentwickelt, digitalisiert sowie personell und interkulturell gestärkt. Die **Kontaktstelle**
1157 **Pflegeengagement** wollen wir verstetigen. Besondere Unterstützung ist bei demenziell
1158 erkrankten Pflegebedürftigen notwendig: deshalb machen wir **Berlin zur**
1159 **„demenzfreundlichen Kommune“.** Wir wollen die bewährten **Altenhilfe-**
1160 **Koordinatoren/innen der Bezirke weiter ausbauen.**

1161

1162 Unser **Ziel ist und bleibt eine Pflegevollversicherung auf Bundesebene.** Wir wollen die
1163 **Vereinbarkeit von Pflege und Beruf noch stärker fördern.** Wir werden uns auf der
1164 Bundesebene für ein Familienpflegegeld für pflegende Angehörige analog zum Elterngeld
1165 einsetzen. Es ist Zeit für ein modernes **Familienpflegezeitgesetz.**

1166

1167

1168 **Kapitel 8: Sportstadt Berlin**

1169 **8.1. Sport für alle ermöglichen**

1170 Sport ist für viele Berlinerinnen und Berliner Teil ihres Lebens. Über 670.000 treiben Sport im
1171 Verein. Darüber hinaus üben viele in kommerziellen Studios oder individuell ihren Sport aus.
1172 Für uns ist klar: **Sport ist für alle da. Sport treiben darf weder an finanzieller Not scheitern,**
1173 **noch daran, dass es nicht ausreichend Sportflächen gibt.** Unabhängig vom Alter, vom
1174 Bildungsstand und Berufen, von Religion, Herkunft, sexueller Ausrichtung treiben Menschen
1175 miteinander Sport, insbesondere in den über 2.500 Berliner Sportvereinen.

1176 Der **Sport im Verein** hat für uns eine **hohe Bedeutung**, da gemeinnützige Sportvereine im
1177 Unterschied zu kommerziellen Sportanbietern sicherstellen können, dass Sport für alle
1178 bezahlbar bleibt. Der Verein lebt vom **ehrenamtlichen Engagement** seiner Mitglieder. Dieses
1179 Engagement wollen wir **unterstützen** und stärken. Deshalb fördern wir den organisierten
1180 Sport besonders und stellen auch weiterhin sicher, dass gebührenfrei Zeiten in Sporthallen,
1181 auf Sportplätzen und in Hallenbädern für Vereine zur Verfügung stehen.

1182

1183 Unser Motto lautet „Sport von Anfang an“. Mit **Bewegungsangeboten in der Kita, mit**
1184 **sportbetonten Grund- und weiterführenden Schulen und mit hervorragenden**
1185 **Eliteschulen** des Sports, in denen Kinder und Jugendliche die beste sportliche Ausbildung
1186 und gleichzeitig eine hervorragende Schulbildung vermittelt bekommen.

1187

1188 Immer stärker wird Sport auch gemeinsam von Menschen mit und ohne Behinderungen
1189 ausgeübt. Der Sport kann für eine inklusive Gesellschaft Vorbild sein und jede **Förderung des**
1190 **inklusiven Sports** stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

1191

1192 Jedes Kind in Berlin soll schwimmen können. Deshalb unterstützen wir die **Einrichtung von**
1193 **Schulschwimmzentren** und die Zusammenarbeit von Schul- und Sportvereinen mit der
1194 Ausweitung von Schwimm- und Beckenzeiten, auch durch Schaffung neuer Wasserflächen.
1195 Gemeinsam mit der Sportjugend, dem Berliner Schwimmverband und engagierten Vereinen
1196 sorgen wir dafür, dass alle Kinder ein Angebot bekommen, das Schwimmbad in den
1197 Ferien zu machen, die das Ziel im Unterricht nicht erreichen konnten.

1198

1199 Analog zur **Schwimmausbildung** werden wir mit Schulen und Vereinen attraktive Angebote
1200 für Kinder machen, ihre **Fertigkeiten beim Fahrradfahren** zu verbessern, Verkehrsregeln zu
1201 erlernen und sich sicher im Straßenverkehr zu bewegen. Auch sicheres Radfahren ist in der
1202 Großstadt eine Grundfertigkeit, die jedes Kind beherrschen soll.

1203

1204 Der **Berliner Sport** steht **als Gesundheitsanbieter** an erster Stelle. Ausreichende Bewegung
1205 und Sport fördern generationsübergreifend die Gesundheit. Deshalb brauchen wir mehr
1206 Bewegungsräume in unseren Stadtquartieren. Der **Rehabilitationssport** fördert die
1207 Wiedereingliederung und Teilhabe von Menschen, die von einer Behinderung betroffen oder
1208 bedroht sind. Beide Bereiche wollen wir im Sinne einer „**bewegten Stadt**“ stärker in den Blick
1209 nehmen und unterstützen.

1210

1211 **8.2. Sportflächen sichern und entwickeln**

1212 In den letzten Jahren sind die Bevölkerungszahl und die Zahl der Sporttreibenden gestiegen,
1213 die Zahl der Sportanlagen hat damit nicht Schritt gehalten. Das muss sich ändern. Durch die
1214 **Schulbauoffensive werden rund 400 neue Hallenteile** entstehen. Sportflächen müssen in
1215 neu entstehenden Stadtquartieren ebenso neu errichtet werden wie mit einem „**Band des**
1216 **Sports“ auf dem ehemaligen Flughafen Tegel.**

1217

1218 Wir stocken die Sanierungsmittel für die bezirklichen Sportstätten auf. Das
1219 Vereinsinvestitionsprogramm wird fortgeführt und insbesondere auch für kleinere Vereine
1220 ermöglicht. Vorgaben des Lärm- und des Denkmalschutzes bedürfen einer konstruktiven
1221 Überarbeitung, damit die Nutzung von Sportflächen auch bei heranrückender Bebauung
1222 möglich bleibt und insbesondere die **barrierefreie Sanierung von Anlagen** erleichtert wird.
1223 Drei große Sportanlagen dieser Stadt verwaltet das Land Berlin selbst: Den **Jahn-Sportpark**
1224 **sanieren und entwickeln** wir. Im **Sportforum Hohenschönhausen** sind Investitionen
1225 notwendig, bei denen Bund und Land gemeinsam gefordert sind: Unser **Olympiastützpunkt**
1226 soll ein **nationales Spitzensportzentrum** werden. Auch **in den Olympiapark investieren** wir
1227 massiv mit dem Ziel, ihn attraktiver für die umliegenden Nachbarschaften sowie Sporttreibende
1228 aus der Stadt zu machen.

1229

1230 Mit einem Bädervertrag bekennen wir uns zur **auskömmlichen Finanzierung der Berliner**
1231 **Bäder und zum schrittweisen Abbau des Sanierungsstaus** an unseren über 60
1232 Bäderstandorten. Den Bau der Multifunktionsbäder in Pankow und Mariendorf schließen wir in
1233 der kommenden Wahlperiode ab. Weitere Versorgungsunterschiede gleichen wir aus. Am
1234 Standort Spandau-Süd sowie im Osten der Stadt sollen weitere Wasserflächen entstehen, um
1235 den steigenden Bedarf zu decken.

1236

1237 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, einen „**Goldenen Plan Sportstätten**“ **neu**
1238 **aufzulegen** und bundesweit über zehn Jahre jeweils eine Milliarde Euro in kommunale
1239 Sportstätten zu investieren.

1240

1241 **8.3. Sportmetropole Berlin weiterentwickeln**

1242 Berlin gehört zu den **weltweit größten Sportmetropolen**. Der Berlin-Marathon, der Velothlon,
1243 das Sechstagerennen oder das Internationale Stadionfest (ISTAF) sind ebenso
1244 Aushängeschilder wie Hertha BSC und Eisern Union, ALBA, die Füchse, die Volleys, die
1245 Eisbären, der Tischtennis Club Eastside oder die Wasserfreunde Spandau. Über 140
1246 Bundesliga-Teams und viele **Leistungssportler:innen** repräsentieren unsere Stadt. Ihre
1247 Wettkämpfe und Veranstaltungen ziehen Besucherinnen und Besucher an – und sind ein

1248 wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie wollen wir **fördern und unterstützen**. Angebote für eine duale
1249 Karriere wollen wir erweitern. **Wir wollen auch in Zukunft große Sportereignisse nach**
1250 **Berlin holen.**

1251

1252 Wir unterstützen die Idee von **Hertha BSC Berlin, ein eigenes Fußballstadion zu errichten.**

1253 Senat und Hertha sind aufgefordert, einen unter den Aspekten von Erreichbarkeit und
1254 Lärmschutz geeigneten Standort zu ermitteln. Dazu gehört auch ein nachhaltiges
1255 Nutzungskonzept für das Olympiastadion.

1256

1257 **Wo Sportflächen dauerhaft aufgegeben werden**, wollen wir eine **Pflicht zur Ausweisung**
1258 **von Ersatzflächen** rechtlich verankern.

1259

1260 **TEIL II – Bauen, Wohnen und Verkehr**

1261 Berlin ist eine wachsende, geschäftige und weltoffene Metropole. Gleichzeitig besteht die
1262 Stadt aus ihren vielen Kiezen, in denen wir Berlinerinnen und Berliner zu Hause sind. Wir
1263 wollen dafür sorgen, dass es auch zukünftig ausreichend bezahlbaren Wohnraum und
1264 schnelle Verkehrsverbindungen in allen Teilen Berlins gibt. Wir bauen heute das sozial
1265 gerechte Berlin von morgen, das auch den kommenden Generationen gerecht wird.

1266

1267 In den vergangenen fünf Jahren hat Berlin fast 250.000 Einwohnerinnen und Einwohner
1268 dazugewonnen. Die erhöhte Nachfrage nach Wohnraum bei zu geringem Neubau treibt die
1269 Mieten in die Höhe. Verstärkt wird dies durch den Druck der Finanzmärkte, für die
1270 Wohnimmobilien eine renditesichere Geldanlage sind. Viele Menschen haben Angst, ihr
1271 Zuhause zu verlieren und aus ihrem Kiez verdrängt zu werden, weil sie keine Wohnung mehr
1272 finden, die sie sich leisten können. Dem stellen wir uns mit dem **Neubau und der Sicherung**
1273 **von bezahlbarem Wohnraum, mit dem konsequenten Schutz von Mieter:innen und mit**
1274 **einer aktiven, sozialen und vorausschauenden Bodenpolitik.**

1275

1276 Beim Neubau kommt es nicht nur auf die Häuser an, sondern auch auf die **Planung und**
1277 **Bereitstellung der notwendigen Verkehrswege.** Dafür werden wir den Ausbau des
1278 öffentlichen Nahverkehrs weiter vorantreiben. Neue U-Bahnlinien, mehr Züge, mehr Radwege,
1279 aber auch funktionierende Straßen und Brücken gehören zu einer sozial gerechten
1280 Stadtentwicklung dringend dazu. Wir werden den Wohnungsbau und die Verkehrsplanung
1281 wieder besser verzahnen und ein klimafreundliches Berlin schaffen. Die SPD steht für eine
1282 Politik der offenen und solidarischen Stadt für alle Menschen, unabhängig von Einkommen,
1283 Herkunft, Alter, Behinderung, Geschlecht oder Wohnort.

1284

1285 All die genannten Herausforderungen erfordern außerdem eine Vertiefung und Intensivierung
1286 der Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und den über 50 Umlandgemeinden, mit
1287 denen wir eine gemeinsame Stadtentwicklungs- und Mobilitätsstrategie zur Weiterentwicklung
1288 einer **gemeinsamen Hauptstadtregion** erarbeiten werden. So wird es uns gelingen, Berlin
1289 und sein Umfeld im kommenden Jahrzehnt zu einer **solidarischen, nachhaltigen, freien und**
1290 **offenen Spreemetropole** zu entwickeln.

1291

1292

1293 **Kapitel 1: Wohnungsbau für bezahlbare Mieten**

1294 **1.1. Neubauoffensive für Berlin**

1295 Berlin soll eine Stadt bleiben, die Platz für alle bietet. Es ist unser Fürsorgeauftrag für Berlin,
1296 ein bezahlbares und ausreichendes Wohnungsangebot zu schaffen und zu bewahren.

1297 Verantwortungsvolle Stadtentwicklungspolitik muss dafür sorgen, dass alle Menschen in der
1298 Stadt bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum finden.

1299

1300 Wir werden **ausreichende Planungskapazitäten in der Verwaltung** sicherstellen und ein
1301 **Anreizsystem für zügige Planungsverfahren** schaffen. Jedes größere Bauvorhaben wird
1302 vom Senat beobachtet werden, um eine schnelle Realisierung zu ermöglichen. Wir wollen
1303 effizientere Baugenehmigungsverfahren und mit allen verfügbaren Instrumenten eine schnelle
1304 Realisierung von Wohnungsbauvorhaben erreichen. Die bisherigen Planungsziele werden wir
1305 ausweiten, um ausreichen Baupotentiale für die nächsten Jahre zu sichern.

1306

1307 Die **landeseigenen Wohnungsunternehmen** sind die wichtigsten Partner beim Bau
1308 bezahlbarer Wohnungen. Sie sollen bis 2030 über **70.000 Wohnungen** zusätzlich errichten.
1309 Wir werden sie dabei wirtschaftlich unterstützen, vor allem durch die Vergabe städtischer
1310 Grundstücke und bei den Planverfahren. Zudem werden die Wohnungsunternehmen
1311 Bestandswohnungen ankaufen. Mindestens 400.000 Wohnungen sollen schon im Jahr 2026
1312 in öffentlicher Hand sein. Unser Ziel sind 500.000 landeseigene Wohnungen in den 2030er-
1313 Jahren.

1314

1315 **Berlins Genossenschaften** haben zuletzt jährlich nur etwa 600 Neubauwohnungen errichtet.
1316 Die SPD wird die Genossenschaften unterstützen, jährlich über 1.000 Wohnungen zu bauen.
1317 Dazu gehört auch die **unbürokratische Vergabe von preiswerten Erbbaurechten** an
1318 landeseigenen Wohnbauflächen zu Gunsten von Genossenschaften.

1319

1320 **Private Bauherren** haben zuletzt 75 Prozent der Neubauvorhaben in Berlin getragen und sind
1321 für die Realisierung der Neubauziele unverzichtbar. Die SPD will ein Bündnis mit allen, die an
1322 einer Beschleunigung des Wohnungsbaus und einer sozialen Wohnraumversorgung
1323 verantwortungsbewusst mitwirken. Das von der SPD eingeführte „Berliner Modell der
1324 kooperativen Baulandentwicklung“ bei Aufwertung von privaten Grundstücken durch
1325 öffentliche Planung und die Wohnungsbauförderung ermöglichen in großem Umfang den Bau
1326 preiswerter Wohnungen und die Finanzierung von Infrastruktur durch Private. Die SPD wird
1327 für die effiziente Anwendung des Modells und zügige Bebauungsplanverfahren sorgen.

1328

1329 Wir werden das „**Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung**“ weiterentwickeln
1330 und stärken. Soziale Belegungsbindungen sollen künftig auch im Fall von Befreiungen von
1331 planerischen Festsetzungen durchgesetzt werden. Im Regelfall wollen wir dabei eine
1332 **Sozialbauquote von 30 Prozent** durchsetzen. Darüber hinaus wollen wir Quoten für mittlere

1333 Einkommen festlegen, damit es nicht nur Luxuswohnungen einerseits und Sozialwohnungen
1334 andererseits gibt. Dafür entwickeln wir landeseinheitliche Vorgaben.

1335

1336 Berlin hat sich den Bau **16 neuer großer Stadtquartiere** mit insgesamt 50.000 Wohnungen
1337 vorgenommen. In den vier Quartieren Adlershof, Europacity, Wasserstadt Spandau sowie
1338 Schöneberger Linse wurde damit begonnen. 10.000 Wohnungen sind hier bislang realisiert
1339 worden. Die SPD wird zügig Baubeginne in den weiteren Quartieren ermöglichen, hier wird ein
1340 Großteil des Neubaus stattfinden. Daneben benötigt Berlin **zusätzliche Städtebauprojekte**,
1341 vor allem auf größeren landeseigenen Flächen, deren Vorbereitung wir frühzeitig anstoßen,
1342 damit für gute Planung und Bürgerbeteiligung genug Zeit ist.

1343

1344 Der Erfolg beim Wohnungsbau hängt auch von vielen Projekten auf kleineren Grundstücken,
1345 von **Nachverdichtung und Aufstockung** ab, die meist keine neue Erschließung und
1346 Infrastruktur erfordern und konsequent zu unterstützen sind. Gerade die Überbauung von
1347 Discountern mit Wohnraum ist hier ein wichtiger Schritt.

1348

1349 Wir wollen das Tempelhofer Feld als grüne Lunge in der Stadt erhalten. Die SPD steht dem
1350 **Wohnungsbau auf ausgewählten Randflächen des Tempelhofer Feldes** offen gegenüber.
1351 Dabei wollen wir den Erhalt der Freiflächen zur Erholung und Bewegung sicherstellen. Der
1352 Bau von bezahlbarem Wohnraum und der Erhalt von öffentlichen Grünflächen müssen
1353 sorgfältig miteinander abgewogen werden. Die Entscheidung darüber obliegt jedoch letztlich
1354 den Berlinerinnen und Berlinern. Wir werden deshalb eine Diskussion mit der Stadtgesellschaft
1355 darüber führen und sind für einen **zweiten Volksentscheid** offen. Sollte es eine Mehrheit für
1356 eine Randbebauung mit Wohnungen und sozialer Infrastruktur geben, ist es für uns zwingend,
1357 dass die Flächen nur für **Wohnungsbau durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen**
1358 **und Genossenschaften** genutzt werden.

1359

1360 **1.2. Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen**

1361 Wir schaffen neue Sozialwohnungen für Berlin. Dafür haben wir 2014 die
1362 **Wohnungsbauförderung** wieder eingeführt und seitdem ständig erhöht, ab 2021 werden
1363 5.000 Wohnungen jährlich gefördert. Wir wollen die Förderung weiter verbessern. Zugleich
1364 fordern wir den Bundesgesetzgeber auf, eine zeitlich unbegrenzte Bindung von
1365 Sozialwohnungen zu ermöglichen. Wohnungen, deren Bau öffentlich gefördert wurde, müssen
1366 als sozialer Wohnraum erhalten bleiben.

1367 Bei der Versorgung mit Wohnraum haben wir insbesondere auch die Menschen im Blick, die
1368 es am Wohnungsmarkt besonders schwer haben. Wir werden daher das von der SPD im Jahr
1369 2014 aufgelegte **Neubauprogramm für Studierende und Auszubildende** beschleunigen

1370 und so jungen Menschen mit geringen Einkommen helfen. Der Bedarf an **barrierefreien und**
1371 **rollstuhlgerechten Wohnungen** für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit
1372 Behinderungen steigt. Wir werden dafür sorgen, dass es ein Monitoring über die barrierefreien
1373 Wohnungen bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen gibt, um diese Wohnungen
1374 bedarfsbezogen vergeben zu können. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Barrierefreiheit
1375 nicht nur beim Neubau von Wohnraum und Verkehrswegen berücksichtigt wird, sondern auch
1376 der bedarfsgerechte Umbau im Bestand möglichst leicht stattfinden kann und auch bei
1377 Mieterwechseln bestehen bleibt.

1378

1379 **1.3. Soziale und vorausschauende Bodenpolitik**

1380 Sozialdemokratische Bodenpolitik wird von der Erkenntnis geleitet, dass **Boden keine**
1381 **beliebige Ware ist**. Boden ist nicht vermehrbar aber unverzichtbar. Er darf daher nicht dem
1382 freien Spiel der Marktkräfte überlassen werden.

1383

1384 Vor diesem Hintergrund werden wir die Möglichkeiten zum **Ankauf von Boden** aus dem
1385 Bundesvermögen, von Privaten oder im Rahmen des städtebaulichen Vorkaufsrechts im
1386 Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes ausschöpfen, wo dies im Dienste eine
1387 sozialen Stadtentwicklungs- und Mobilitätspolitik sinnvoll erscheint. Dazu werden wir den im
1388 Jahr 2020 auf Betreiben der SPD Berlin geschaffenen **Berliner Bodenfonds** weiterentwickeln.
1389 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die dem Land zur Verfügung stehenden
1390 Instrumente des Baugesetzbuchs verbessert werden.

1391

1392 Auch Grundstücke zum Bau von Wohnungen werden **nur per Erbbaurecht** und grundsätzlich
1393 unter der Auflage dauerhafter Bestandshaltung an Private vergeben, um so **langfristig eine**
1394 **zweckgerechte Bodennutzung** zu sichern. Wir wollen auf diese Weise künftig landeseigene
1395 Flächen gezielter als bisher für die Stadtentwicklung aktivieren und so auch die
1396 Bodenpreisentwicklung dämpfen, wobei neben den landeseigenen
1397 Wohnungsbaugesellschaften vor allem Genossenschaften zum Zuge kommen sollen.

1398

1399 Der **Bodenspekulation** wollen wir mittels der Durchsetzung von Baugeboten, der
1400 Abschöpfung von Bodenwertzuwächsen und durch das Bauplanungs- und das Steuerrecht
1401 entgegenwirken. Immer wenn Berlin neues Bauland ausweist, stellen wir sicher, dass die
1402 **Planungswertsteigerung der Allgemeinheit zugutekommen** und alle Bauherren an
1403 Infrastruktur- und Folgekosten beteiligt werden.

1404

1405

1406 **Kapitel 2: Wir schützen Mieterinnen und Mieter**

1407 Egal ob jemand zur Miete oder im Eigenheim wohnt: Das eigene Zuhause muss sicher und
1408 bezahlbar sein. Dafür brauchen wir weitere Verbesserungen in der Gesetzgebung des
1409 Bundes. Diese Reformen sind umso notwendiger, da die Boden- und Mietpreise in Berlin in
1410 den vergangenen Jahren stark gestiegen sind. Das ist nicht nur Ausdruck der hohen Nachfrage
1411 vor Ort und der Wohnungsknappheit. Sie sind auch Ergebnis eines großen Interesses an
1412 Finanzanlagen in Berliner Immobilien. Wir wollen mit aller Kraft sicherstellen, dass diese
1413 Entwicklung nicht zu Lasten der Mieterinnen und Mieter geht und treten daher für wirksame
1414 Schutzmaßnahmen ein.

1415

1416 **2.1. Mieten wirksam regulieren**

1417 Das uns vorgeschlagene **Berliner Mietendeckel-Gesetz** verschafft den Mieterinnen und
1418 Mieterin in der Stadt eine Atempause. Der Mietendeckel hält die Mietpreisspirale an und bringt
1419 Beruhigung auf den überhitzten Mietwohnungsmarkt. Das Urteil der verfassungsgerichtlichen
1420 Überprüfung des Gesetzes wird voraussichtlich im 2. Quartal 2021 gefällt. Die Berliner SPD
1421 erwartet dieses Urteil mit Respekt und wird es der weiteren Politikgestaltung im Sinne einer
1422 mieterfreundlichen Politik zu Grunde legen.

1423

1424 Bei den **städtischen Wohnungsbaugesellschaften** wird die SPD den bisherigen Kurs einer
1425 sozialen Mietgestaltung konsequent fortsetzen. Über eine halbe Million Menschen leben
1426 bereits heute in den landeseigenen Wohnungen dauerhaft mit sicheren Mieten. Die
1427 Privatisierung dieser Wohnungen schließen wir aus und wollen das in der Verfassung von
1428 Berlin verankern.

1429

1430 Wir haben für alle Mieterinnen und Mieter in Berlin eine **kostenlose Mieterberatung** in den
1431 Bezirken eingeführt. Dieses Angebot werden wir weiterführen und ausbauen, damit sich
1432 Mieter:innen gegen unlautere Vermietungspraktiken zur Wehr setzen können. Die Einrichtung
1433 eines **Mietenkatasters** soll uns künftig bei der Steuerung des Landeswohnraumpolitik
1434 unterstützen.

1435

1436 Im Bund setzen wir uns dafür ein, **Mieter:innenschutzrechte auszubauen**, Mietverträge auf
1437 ihre Vereinbarkeit mit dem Mietspiegel, der Bundesmietpreisbremse oder dem
1438 Wucherparagrafen zu überprüfen und Verstöße stärker zu sanktionieren.

1439

1440 **2.2. Zweckentfremdung, Leerstand und Verfall von Wohnraum bekämpfen**

1441 Wir verhindern zukünftig noch effektiver, dass **Wohnungen verfallen** oder gar **nicht als**
1442 **Wohnungen genutzt werden** und so dem Wohnungsangebot fehlen. Die entsprechenden

1443 Gesetze werden wir weiter schärfen und die Verwaltung stärken, um Schlupflöcher zu
1444 schließen, zum Beispiel um effektiv gegen illegale Beherbergungsangebote im Internet
1445 vorgehen zu können und den Abriss von bezahlbarem Wohnraum zu Gunsten von
1446 Luxuswohnungen zu verhindern.

1447

1448 **2.3. Milieuschutz stärken**

1449 Um Verdrängung von Mieterinnen und Mietern zu verhindern, gibt es in Berlin inzwischen 64
1450 sogenannte **Milieuschutzgebiete, in denen etwa 900.000 Menschen wohnen**. In diesen
1451 Gebieten sind Mieterinnen und Mieter besser vor Verdrängung geschützt. Die SPD hat schon
1452 2014 durchgesetzt, dass die Umwandlung in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig ist.
1453 Das gilt auch für sehr aufwändige Modernisierungen. Bei Immobilienverkäufen schließen die
1454 Bezirke mit den Käufern Vereinbarungen zum Mieterschutz ab. Bisher wurden über 150 dieser
1455 Vereinbarungen geschlossen, zudem etwa 75 Grundstücke angekauft. Die SPD will diese
1456 Politik noch effizienter fortsetzen.

1457

1458 Wir setzen uns für die **Ausweisung weiterer Milieuschutzgebiete** ein. Daneben wollen wir
1459 von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Ausweisung nicht nur durch die Bezirke, sondern
1460 auch durch das Land Berlin vorzunehmen.

1461

1462 Den verschärften **Umwandlungsschutz**, den die SPD im Bund erkämpft hat, werden wir in
1463 Berlin konsequent umsetzen. Die Eigenbedarfskündigung muss für Käufer:innen
1464 umgewandelter Wohnungen gegenüber Mietern mit bestehenden Mietverträgen zum
1465 Zeitpunkt der Umwandlung dauerhaft ausgeschlossen werden.

1466

1467 Die Berliner SPD tritt auf Bundesebene für die Abschaffung von Ausnahmen und
1468 Schlupflöchern bei sogenannten „Share Deals“ ein.

1469

1470

1471 **Kapitel 3: Gewerberäume sichern**

1472 **3.1. Arbeiten und Wohnen gehören zusammen**

1473 Die besondere Berliner Mischung in den Kiezen war seit jeher auch durch die Ansiedlung von
1474 Kleingewerbetreibenden geprägt, die die Menschen nach an ihrem Wohnort mit Waren und
1475 Dienstleistungen versorgen. Arbeit und Wohnen gehören zusammen. Um das zu erreichen,
1476 wollen wir unter anderem verstärkt auf das **Planungsinstrument des Urbanen Gebietes**
1477 zurückgreifen.

1478

1479 **3.2. Kleingewerbe und soziale Einrichtungen in den Kiezen unterstützen**

1480 Steigende Gewerbemieten und ein schwach ausgeprägter rechtlicher Schutz durch des
1481 Gewerbemietrecht des Bundes zwingen immer mehr dieser Gewerbetreibenden zur Aufgabe
1482 und bedrohen das wirtschaftliche und auch soziale Gefüge unserer Kieze. Wir wollen daher
1483 die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in die Lage versetzen, **Kleingewerbe stärker**
1484 **in ihrem Gebäudebestand zu fördern**. Zudem wollen wir auch private Immobilienträger nach
1485 Möglichkeit in die Verantwortung nehmen, bezahlbare Gewerbeflächen für die kieznahe
1486 Versorgung zur Verfügung zu stellen. Auf Bundesebene streiten wir für ein neues
1487 Gewerbemietrecht, um Kleingewerbetreibende und soziale Einrichtungen besser gegen
1488 Kündigung und Mieterhöhung zu schützen.

1489

1490

1491 **Kapitel 4: Verkehrswende sozial, nachhaltig und sicher gestalten**

1492 So vielfältig wie Berlin und seine Menschen sind, so vielseitig sind auch die
1493 Mobilitätsbedürfnisse. Wir wollen die umfassende Teilhabe an Mobilität aller durch
1494 barrierefreie, umweltfreundliche Angebote. Unser Ziel ist eine **sozial verträgliche und**
1495 **nachhaltige Mobilitätswende**, die dazu beiträgt, Verkehrsströme zu verbessern. Wir wollen,
1496 dass die Berliner:innen sicher, schnell, umweltfreundlich und bezahlbar unterwegs sein
1497 können. Eine City-Maut lehnen wir ab. Deshalb setzen wir uns für einen **attraktiven**
1498 **Öffentlichen Personennahverkehr** (ÖPNV), gute Bedingungen für E-Mobilität und für einen
1499 umweltfreundlichen Wirtschaftsverkehr ein.

1500

1501 **4.1. Umstieg erleichtern mit attraktivem Öffentlichen Personennahverkehr**

1502 Ein guter Öffentlicher Personennahverkehr zeichnet sich durch leistungsstarke Strecken, enge
1503 Takte, sichere und saubere Halte und neue Fahrzeuge, bezahlbare Tickets und gute
1504 Umsteigemöglichkeiten aus.

1505

1506 Deshalb werden wir den Takt von S- und U-Bahnen, Bus, Straßen- und Regionalbahnen
1507 verdichten. Wir setzen uns für die Ausweitung der **10-Minuten-Taktung** auch in den
1508 Außenbezirken ein. Wir schaffen neue komfortable Fahrzeuge für die Taktverdichtung an. Wir
1509 modernisieren die Anlagen bei U-Bahn und Straßenbahn, um Fahrtzeiten zu verkürzen. Für
1510 Busse und Straßenbahnen sowie für den Fußverkehr werden wir auch weitere
1511 Vorrangschaltungen an Ampeln einrichten. Die Busflotte der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
1512 modernisieren wir umweltverträglich und technologieoffen. Zudem setzen wir uns für eine
1513 **Beschleunigung des Busverkehrs** und für die Ausweitung des Busspurennetzes ein.

1514

1515 **Bahnhöfe und Haltestellen** müssen künftig konsequent modernisiert werden und barrierefrei
1516 sein. Das Bauprogramm von Aufzügen auf allen U- und S-Bahn-Bahnhöfen vollenden wir. Für
1517 mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität auf den Bahnhöfen wollen wir mehr Personal
1518 einsetzen.

1519

1520 Wir haben bereits erfolgreich die vergünstigten **Sozial-, Senioren-, Azubi- sowie Jobtickets**
1521 und stabile Preise beim Semesterticket sowie das kostenlose Schüler:innen-Ticket
1522 durchgesetzt. Für einen attraktiven Umstieg auf den Umweltverbund streben wir ein **365-Euro-**
1523 **Ticket** als Jahresabonnement an. Wir verstehen das als Angebot und lehnen ein Pflichtticket
1524 für alle ab.

1525

1526 Wir wollen **Park/Bike & Ride-Angebote** schaffen, damit Berliner:innen aus den
1527 Außenbezirken und Pendler:innen aus dem Umland auf den Umweltverbund (ÖPNV, Fuß- und
1528 Radverkehr) umsteigen. Den Bau von Fahrradparkhäusern und überdachten Abstellanlagen
1529 an Umsteigebahnhöfen beschleunigen wir. **Carsharing-Angebote** werden wir möglichst auf
1530 ganz Berlin **ausweiten** und das lokale Taxigewerbe fördern. Wir entwickeln neue Angebote,
1531 wie Rufbusse als Ergänzung des ÖPNV-Angebots vor allem in den Außenbezirken. Wir setzen
1532 uns für den Erhalt der Seilbahn in Marzahn-Hellersdorf ein. Zudem werden wir Anreize setzen,
1533 um mehr Berliner:innen Alternativen zum eigenen Auto anzubieten. Wir fördern
1534 Elektromobilität und eine gute Ladeinfrastruktur.

1535

1536 Der **Pendlerverkehr** über die Landesgrenze wächst Jahr für Jahr kontinuierlich an,
1537 insbesondere im Einzugsbereich des BER wird er bedeutend ansteigen. Dem **S- und**
1538 **Regionalbahnausbau-Projekt i2030** der Länder Berlin und Brandenburg kommt daher eine
1539 große Bedeutung zu, wenn wir den Umstieg vom Auto auf den Umweltverbund erfolgreich
1540 fördern wollen. Wir werden das Projekt i2030 gemeinsam mit Brandenburg voranbringen und
1541 dabei Bezirke, Gemeinden und Landkreise auf Augenhöhe miteinbeziehen. Ebenso werden
1542 wir neue Mobilitätsstationen bauen und die Kooperation beider Länder bei der künftigen
1543 Errichtung von Park/Bike & Ride-Stationen verstärken.

1544

1545 **4.2. BVG und S-Bahn als Kern der Daseinsvorsorge stärken**

1546 Wir bekennen uns dazu, dass die Berliner Verkehrsbetriebe auch künftig in öffentlicher Hand
1547 bleiben und setzen uns für einen S-Bahn-Betrieb aus einer Hand ein. Wir wollen das
1548 besondere Berliner S-Bahn-System uneingeschränkt erhalten. Mit dem Landesfahrzeugpool
1549 haben wir die Möglichkeit für eine **Übernahme der S-Bahn in einen Landesbetrieb**
1550 geschaffen. Betrieb und Instandhaltung gehören dabei zusammen. Wir wollen mit dem Bund,
1551 Brandenburg und der Deutschen Bahn sowie deren Gewerkschaft erreichen, dass die S-Bahn

1552 dauerhaft nicht privatisiert werden darf. Wir werden Initiativen zur Änderung des Europa- und
1553 Bundesrechts starten, um die Vorgaben im Wettbewerbsrecht bei der Daseinsvorsorge zu
1554 ändern. Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen wir insgesamt weiter für gute Arbeits-
1555 und Ausbildungsbedingungen bei den Verkehrsunternehmen.

1556

1557 **4.3. Ladeinfrastruktur für Elektromobilität ausbauen**

1558 Wir wollen die Elektromobilität in Berlin ausbauen. Deshalb werden wir bis 2030 mindestens
1559 20.000 Ladepunkte auf öffentlichen Flächen errichten. Wir werden die Errichtung zusätzlicher
1560 Ladepunkte durch private Anbieter unterstützen und insbesondere bürokratische Hemmnisse
1561 und rechtliche Hürden abstellen. Zudem werden wir bei Neubauten Errichtungspflichten und
1562 bei Bestandsgebäuden Duldungspflichten für Ladepunkte gesetzlich festschreiben.

1563

1564 **4.4. Wege für alle sicherer machen**

1565 Wir Berliner:innen legen einen Großteil unserer Wege immer häufiger zu Fuß oder mit dem
1566 Rad zurück. Deshalb ist es wichtig, dass diese Wege sicher und gerade die schwächsten
1567 Verkehrsteilnehmer:innen geschützt sind. Feste Wege für Fußgänger:innen und Radfahrende
1568 sollen auch in den Außenbezirken Standard werden.

1569

1570 Unser Leitmotiv ist die „**Vision Zero**“: die **Vermeidung von Verkehrsunfällen mit**
1571 **Todesfolge** oder Schwerstverletzten. In Sinne der Verkehrssicherheit, Lärminderung und
1572 Luftreinhaltung werden wir auch – insbesondere in Wohngebieten – neue Tempo-30-Gebiete
1573 ausweisen. Zudem fordern wir eigene Grünphasen für rechtsabbiegende Kraftfahrzeuge. Wir
1574 werden die Sicherheit der Schulwege in den Bezirken fördern und die Jugendverkehrsschulen
1575 stärken sowie die Verkehrssicherheit im Umfeld rund um Kranken-, Pflege- und Senior:innen-
1576 Einrichtungen und Kitas verbessern. Die **Schwerpunkteinsätze der Polizei** werden wir im
1577 Sinne der Verkehrssicherheit konsequent fortführen und das Erfolgsmodell der Berliner
1578 Polizei-Fahrradstaffel ausweiten.

1579

1580 **4.5. Fuß- und Radwege ausbauen und verbessern**

1581 Wir werden im Mobilitätsgesetz festgeschriebene geschützte sowie **getrennte Geh- und**
1582 **Radwege** sowie das **Radschnellwegenetz schneller als bisher ausbauen**. Gefahrenstellen
1583 wollen wir beseitigen. Den Neu- und Umbau von Zebrastreifen, Bordsteinabsenkungen,
1584 Straßenecken sowie den Ausbau von barrierefreien Querungsmöglichkeiten und
1585 Fahrradwegen werden wir durch die Straffung von Verwaltungsabläufen beschleunigen und
1586 die Anregungen von Nutzer:innen bei der Umsetzung aufgreifen.

1587

1588 Unser Ziel ist es, die Aufenthaltsqualität im Kiez zu erhöhen. Wir wollen **mehr öffentliche**
1589 **Plätze als Orte der Begegnung**, des Verweilens und der Erholung, und für den Sport. Die
1590 Beleuchtung für Fuß- und auch Radwege wollen wir deutlich verbessern. Parks und
1591 Grünanlagen werden wir weiterhin vor allem für die Begegnung und Erholung ausweisen. Sie
1592 sind öffentliche Plätze und nicht für Radschnellwege geeignet. Für mobilitätseingeschränkte
1593 Personen wollen wir die Lotsen im Verkehrsbund Berlin-Brandenburg (VBB-Lotsen) und das
1594 Inklusionstaxi erhalten und verbessern.

1595

1596 **4.6. Wirtschafts- und Güterverkehr umweltschonend und stadtverträglich**

1597 Wir wollen, dass **Sharing- und Lieferangebote** möglichst für alle verfügbar sind. Die Dichte
1598 der Sharing-Angebote an wenigen Orten wollen wir prüfen und steuern. In den Außenbezirken
1599 müssen die Angebote ebenso verfügbar sein. Private Fahrdienste, die wie Taxis agieren,
1600 müssen auch wie Taxis reguliert werden. Wir wollen das lokale Taxigewerbe vor unlauterem
1601 Wettbewerb schützen. Deshalb werden wir Mobilitätsangebote wie Uber im Hinblick auf
1602 Arbeits- und Sozialbedingungen prüfen und falls nötig regulieren.

1603 Um den **Wirtschaftsverkehr** zu **bündeln**, werden wir Paketzustellungen mit kleineren und
1604 umweltschonenden Fahrzeugen fördern und Depotlösungen schaffen. Wir wollen eine
1605 koordinierte Lieferlogistik mit einfach zugänglichen Ladezonen, die für Wirtschafts- und
1606 Kundenverkehre genutzt werden können. Zudem werden wir Schienengüterverkehre und den
1607 emissionsarmen Binnenschiffsverkehr als umweltfreundliche Säule des Gütertransports
1608 ausbauen und das landeseigene Logistikunternehmen BEHALA stärken.

1609

1610

1611 **Kapitel 5: Investitionen in Infrastruktur und Mobilität voranbringen**

1612 Der Ausbau und die Instandhaltung der Infrastruktur ist für uns eine staatliche Aufgabe, deren
1613 Privatisierung wir ausschließen. Unser Kernanliegen sind Investitionen für einen attraktiven
1614 Öffentlichen Personennahverkehr, in die Infrastruktur für Fußgänger:innen und
1615 Radfahrer:innen, in Brücken und Wege. Der Ausbau der einzelnen Mobilitätssysteme gelingt
1616 nur, wenn wir mehr Fachpersonal einstellen und optimierte Planungs- und Bauabläufe
1617 vorantreiben.

1618

1619 Das Ziel einer klimaneutralen Mobilität kann nur Miteinander erreicht werden. **Wir denken**
1620 **Mobilität in der Stadt zusammen**. Für uns gibt es nicht das eine richtige Verkehrsmittel. Wir
1621 sind überzeugt, dass ideologische Kämpfe zwischen Auto und Rad, Radfahrer:innen und
1622 Fußgänger:innen oder Straßenbahn und U-Bahn, den Ausbau lähmen statt fördern.

1623

1624 Die Mobilität im Kiez soll für alle attraktiver werden und Berlin soll an möglichst vielen Orten
1625 zum Verweilen einladen. Unser Ziel ist es, Verkehr im Rahmen des **Konzepts der kurzen**
1626 **Wege** in allen Bezirken zu verringern und so die Lebensqualität nachhaltig zu verbessern. Für
1627 mehr lokal emissionsfreie Elektromobilität ist ein schnellerer Ausbau der Ladeinfrastruktur
1628 unerlässlich. Investitionen in die Elektromobilität werden wir deshalb stark vorantreiben.

1629

1630 Da wo Menschen mit Behinderungen das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs
1631 nicht nutzen können, werden wir **barrierefreie Mobilitätsangebote ausbauen**, einschließlich
1632 eines besonderen Fahrdienstes, Inklusionstaxis und Begleitdienste. Wir werden uns auf
1633 Bundesebene dafür einsetzen, dass entsprechende Gesetze geändert werden.

1634

1635 **5.1. Ausbau von U- und S-Bahn und Tram vorantreiben**

1636 Wir brauchen ein leistungsfähiges, qualitativ hochwertiges und schnelles Verkehrsnetz, damit
1637 Menschen rund um die Uhr zuverlässig ans Ziel kommen. Wir werden unseren **U-Bahn-Plan**
1638 **u2030 als prioritäres Vorhaben** der SPD durchsetzen. Wir beginnen umgehend mit den
1639 Planungen von vier Linienverlängerungen bei der U-Bahn: U2 nach Pankow Kirche, U3 nach
1640 Mexikoplatz und Anschluss zur S-Bahn und U8 ins Märkisches Viertel. Die Planungen für die
1641 U7 zum Flughafen „Willy Brandt“ und bis Heerstraße Nord werden wir umgehend angehen.
1642 **Ein Hauptstadtflughafen braucht auch eine Hauptstadtanbindung.** Wir werden darüber
1643 hinaus den weiteren U-Bahn-Ausbau dort planen, wo er verkehrlich Sinn ergibt, um Kieze vom
1644 Straßenverkehr zu entlasten und möglichst viele Berliner:innen an das U-Bahn-Netz
1645 anzuschließen.

1646

1647 Auch das Netz der S-Bahn wollen wir im Rahmen des **S- und Regionalbahnausbau-Projekts**
1648 **i2030** gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund bis ins nächste Jahrzehnt ausbauen: Wir
1649 werden den Wiederaufbau der Siemensbahn vorantreiben und die Linie zur Insel Gartenfeld
1650 und bis nach Hakenfelde verlängern. Wir wollen bisher eingleisige Strecken ausbauen (S25
1651 zwischen Schönholz und Tegel mit Verlängerung nach Velten, S2 im Norden und Süden an
1652 den Außenästen, S7 zwischen Griebnitzsee und Wannsee und S1 zwischen Frohnau und
1653 Hohen Neuendorf). Und wir wollen die S3 von Spandau nach Falkensee, die S75 von
1654 Wartenberg nach Norden und die künftige S21 vom Hauptbahnhof nach Süden mit neuem
1655 Halt an der Perleberger Brücke verlängern. Weiterhin setzen wir uns für weitere S-Bahn Halte
1656 ein: Kamenzer Damm, Charlottenburger Chaussee, Malchow Nord, Sellheimbrücke,
1657 Kieffholzstraße, Bucher Straße.

1658

1659 **5.2. Straßenbahnnetz erweitern**

1660 Wir wollen den Straßenbahnausbau mit effektiveren Planungs- und Bauprozessen
1661 beschleunigen und das Zielnetz soll im Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr sowie in
1662 den Flächennutzungsplänen verankert werden. Wir wollen insgesamt den Ausbau der Berliner
1663 Straßenbahn zügig vorantreiben und **neue Kieze an das Liniennetz** anschließen. In der
1664 kommenden Legislaturperiode soll die Straßenbahn vom Hauptbahnhof bis zur Turmstraße
1665 und dann weiter zum Mierendorffplatz eröffnet und mit dem Bau der Straßenbahntangente
1666 Pankow-Heinersdorf-Weißensee begonnen werden.

1667

1668 **5.3. Mehr Verkehr auf die Schiene bringen**

1669 Ein **gut ausgebauter Regional- und Fernverkehr** auf der Schiene ist das beste Mittel gegen
1670 Staus. Wir setzen auf den **Streckenausbau** von Spandau nach Nauen, auf den Ausbau der
1671 Heidekraut- und Nordbahn und wollen die Potsdamer Stammbahn reaktivieren sowie die
1672 Elektrifizierung des Berliner Südrings für den Regionalverkehr mit zusätzlichem Bahnsteig am
1673 Südkreuz umsetzen. Generell hat die **Elektrifizierung aller Berliner Bahnstrecken** für uns
1674 Priorität. Für die rasche Umsetzung werden wir die Beschleunigungsgesetze des Bundes
1675 konsequent anwenden. Wir setzen uns für den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung
1676 der Ostbahn ein und für **mehr Nachtzugangebote** von Berlin in europäische Metropolen. Zur
1677 schnelleren Realisierung wollen wir einen Finanzierungs- und Errichtungsvertrag zwischen
1678 allen Partnern besiegeln.

1679

1680 **5.4. Brücken, Tunnel und Wege sanieren und bauen**

1681 Eine Verkehrswende hin zu mehr Bus-, Bahn-, Fuß- und Radverkehr bedeutet auch, dass wir
1682 Brücken, Tunnel und Wege instandhalten. Dies muss wieder eine Kernaufgabe der
1683 Verkehrspolitik werden. Wir werden deshalb eine **Task-Force für die Sanierung von**
1684 **Brücken, Tunneln und Wegen** einrichten und die Baustellenkoordinierung verbessern,
1685 sodass es nicht zu Mehrfacheinschränkungen für einzelne Gebiete kommt. Mit der
1686 stellenweisen Überbauung der westlichen Stadtautobahn wollen wir neue Stadträume
1687 erschließen und die Luftbelastung verringern. Wir werden die Planungen und den Bau der
1688 Tangentialverbindung Ost (TVO) voranbringen, um für Entlastung in den östlichen Bezirken zu
1689 sorgen.

1690

1691

1692

1693 **TEIL III – Bildung und Wissenschaft**

1694 Chancengerechtigkeit ist für uns das zentrale Ziel, nach dem wir unsere Bildungspolitik
1695 ausrichten. Den Weg zu **gerechten und fair verteilten Bildungschancen** für alle wollen wir
1696 weitergehen: Mit Strukturen, die soziale Ungleichheit verhindern und Wert auf gemeinsames
1697 Lernen legen. Mit einer bedarfsgerechten Ressourcensteuerung, die bei der Verteilung von
1698 Personal-, Finanz- und Sachmitteln die besonderen Herausforderungen in Kitas und Schulen
1699 berücksichtigt. Wir setzen uns für Bildungsorte ein, die inklusiv sind und niemanden
1700 ausgrenzen. Wir wirken aktiv Mobbing und Gewalt an unseren Schulen entgegen.

1701

1702 Für die SPD war und ist das Thema **Bildung ein wesentlicher Schwerpunkt**, für den wir
1703 **überdurchschnittlich hohe finanzielle Mittel einsetzen**. Deshalb haben wir die Kitas
1704 gebührenfrei gemacht. Deshalb bauen wir unsere Kitaplätze weiter aus, damit wir jedem Kind
1705 einen Platz garantieren können. Deshalb sorgen wir dafür, dass unsere Schulen eigenständig,
1706 digital und datenbasiert arbeiten können. Deshalb sorgen wir für gerecht bezahlte
1707 pädagogische Teams in ausreichender Anzahl, die die vielfältigen Herausforderungen des
1708 Schulalltags gestalten. Deshalb schaffen wir eine Bildungslandschaft mit einer exzellenten
1709 beruflichen Ausbildung an unseren Oberstufenzentren und einer Ausbildungsperspektive für
1710 alle Jugendlichen, die sich für diesen Weg entscheiden.

1711

1712 Chancengerechtigkeit in der **Bildung bedeutet Teilhabe**. Deshalb investieren wir in Grund-,
1713 Jugend- und Erwachsenenbildung. Wir unterstützen das Lebenslange Lernen – von der
1714 Alphabetisierung, über die Weiterqualifizierung bis hin zum Nachholen von Abschlüssen und
1715 Zweitstudium. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen, wenn Menschen sich weiter
1716 qualifizieren wollen oder einfach Interesse daran haben, Neues zu lernen – egal in welcher
1717 Lebensphase und Lebenslage sie sind.

1718

1719 Die Herausforderungen der Pandemie haben wie ein Brennglas aufgezeigt, welche Bedeutung
1720 gute Bildung und Betreuung für uns als Gesellschaft haben. Für uns ist Bildung das
1721 Versprechen für ein gerechtes Berlin.

1722

1723

1724 **Kapitel 1: Digitales Lehren und Lernen auf allen Ebenen voranbringen**

1725 Die digitale Bildung ist durch die Corona-Pandemie zum Top-Thema geworden. Aber auch
1726 unabhängig davon ist das digitale Lehren und Lernen ein Grundpfeiler dafür, dass wir **auch in**
1727 **Zukunft erfolgreiche Bildungsbiografien für alle ermöglichen**. Wir wissen, dass 65
1728 Prozent der Kinder, die heute die Grundschule besuchen, einmal in Jobs arbeiten werden, die
1729 wir heute noch gar nicht kennen. Wir nehmen diese Aufgabe an, unsere Kinder und jungen

1730 Menschen – aber auch Fach- und Lehrkräfte sowie Pädagog:innen – darauf angemessen
1731 vorzubereiten.

1732

1733 Wir wollen **digitale Bildung in allen unseren Bildungseinrichtungen verankern** – von Kitas
1734 und Schulen über Jugendeinrichtungen und Volkshochschulen bis hin zu Bibliotheken,
1735 anderen außerschulischen Lernorten, Berufs- und Hochschulen. Wir nehmen dabei alle
1736 Aspekte der Digitalisierung in den Blick: von der sicheren Mediennutzung und Vermittlung von
1737 Medienkompetenz für junge Menschen und Lehrkräfte, über die Ausstattung mit digitalen
1738 Geräten, den Einsatz digitaler Lehr- und Lerninhalte im Unterricht und in der Fachkräfteaus-
1739 und -fortbildung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausstattung in Kitas, Schulen, in der
1740 Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit zukünftig mit den Anforderungen einer digitalen Welt
1741 Schritt halten kann.

1742

1743

1744 **Kapitel 2: Gute Kita für alle – mit hoher Qualität in der frühkindlichen Bildung**

1745 **2.1. Bedarfsgerechte Angebote**

1746 Wir sorgen für gute Betreuung von Anfang an und bauen dafür weiter Kitaplätze aus. Wir
1747 garantieren auch in Zukunft jedem Kind einen Kitaplatz. Wir sind der Überzeugung, dass ein
1748 regelmäßiger, kontinuierlicher Besuch der Kita die beste Vorbereitung auf die Schule ist. Über
1749 90 Prozent der über Dreijährigen und über 70 Prozent der über Zweijährigen Berliner Kinder
1750 besuchen bereits eine Kita. Wir wollen diese Zahlen weiter steigern. Mit einer qualitativ
1751 hochwertigen Kindertagesbetreuung entlasten wir Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und
1752 Beruf und schaffen mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir verbessern die Angebote für Eltern mit
1753 Kindern, die einen komplexen Unterstützungsbedarf haben, behindert oder von einer
1754 Behinderung bedroht sind. Wir sorgen für kindgerechte Räume und unterstützen Netzwerke
1755 für mehr Qualität.

1756

1757 **2.2. Aufwertung der Erziehungsberufe und qualifizierte Fachkräfte**

1758 Wir werten die Erziehungsberufe auf, setzen uns für eine **bessere Bezahlung** ein und geben
1759 einen finanziellen **Anreiz für Fachkräfte in belasteten Sozialräumen**. Wir unterstützen
1760 Kitaträger mit Fachberatung, Coaching und Mentoring. Wir **fördern die praxisintegrierte**
1761 **vergütete Ausbildung**. Wir verbessern die Vergütung in der Kindertagespflege und
1762 entwickeln diese qualitativ weiter. Dazu nutzen wir die **Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz des**
1763 **Bundes** und setzen diese effektiv um. Wir werden den Leitungsschlüssel und den
1764 Betreuungsschlüssel bei den Unter-Dreijährigen weiter senken. Das System zur
1765 Qualitätssicherung in Kitas werden wir durch transparente, verpflichtende und datenbasierte
1766 Evaluation fortführen und weiterentwickeln. Wir unterstützen die Kitaleitung darin, neue

1767 Lerninhalte oder Methoden zu entwickeln. Fachkräfte sollen sich innerhalb des eigenen
1768 Berufsfeldes weiterentwickeln können, auch im Hinblick auf den Umgang mit digitalen Medien.
1769 Fachkräften werden so berufliche Perspektiven innerhalb ihres eigenen Berufsfeldes und bei
1770 der professionellen Weiterentwicklung das Bildungsangebotes der Kita geboten.

1771

1772 **2.3. Sprachliche Bildung als Schwerpunkt**

1773 Wir entwickeln aktuelle Instrumente zur Sprachstanderhebung und Sprachlerndokumentation
1774 weiter, um insbesondere auf die **besondere Bedeutung der Sprachenvielfalt** in Berlin
1775 besser eingehen zu können. Mehrsprachig aufwachsende Kinder müssen beim Erwerb der
1776 deutschen Sprache besonders unterstützt werden. Kitas in schwieriger Lage werden durch
1777 Modelle der aktivierenden Elternarbeit mit Sozialarbeiter:innen unterstützt. Wo immer es
1778 möglich ist, bauen wir die Angebote der Sprachkitas aus und entwickeln diese zu
1779 Familienzentren weiter.

1780

1781 **2.4. Berliner Kitas – digital und nachhaltig**

1782 Bildung für nachhaltige Entwicklung wird in das Berliner Bildungsprogramm für Kitas und
1783 Kindertagespflege prominent mit aufgenommen. Wir werden **Modellprojekte zur digitalen**
1784 **Dokumentation der pädagogischen Arbeit, Überwindung von Sprachbarrieren und**
1785 **digitalen Sprachbildung** aufsetzen. Durch die Nutzung digitaler Kommunikation verbessern
1786 wir den Austausch und die Zusammenarbeit mit den Familien.

1787

1788 **2.5. Übergänge gut gestalten**

1789 Der Übergang von der Kita zur Schule soll zukünftig besser begleitet und gestaltet werden.
1790 Die Sprachbildung muss ohne Systembrüche zwischen Kita und Schule fortgeführt und
1791 intensiviert werden. Insbesondere wollen wir die Systeme zur Sprachstanderhebung
1792 miteinander verzahnen, damit die Schule auf der in der Kita geleisteten
1793 Bildungsdokumentation aufbauen kann.

1794

1795

1796 **Kapitel 3: Gute Schule in Berlin: baulich intakt, eigenständig, digital**

1797 Wir arbeiten daran, Berlins Schulen zukunftsfähig zu machen und unsere Schüler:innen auf
1798 die Herausforderungen einer immer schneller werdenden digitalen Welt vorzubereiten.
1799 Kritisches Denken, Zusammenarbeit, Kommunikation und Kreativität sollen dabei vermittelt
1800 werden. Wir stellen unsere Schulen dafür gut auf: eigenständig, vernetzt, digital und baulich
1801 intakt.

1802

1803 **3.1. Baulich intakte Schule**

1804 Saubere und baulich intakte Schulen sind eine Grundvoraussetzung für gutes Lernen. Die
1805 SPD hat mit der **Berliner Schulbauoffensive** das größte Investitionsvorhaben des Landes
1806 angestoßen und damit die Schulen an die erste Stelle der Investitionsprioritäten gesetzt. Damit
1807 werden der Sanierungsstau an den Schulen abgebaut, neue Schulen errichtet und Mittel für
1808 die dauerhafte, bauliche Unterhaltung zur Verfügung gestellt. Umfangreiche Baumaßnahmen
1809 sind bereits realisiert worden und haben zu einer großen Verbesserung der Schulinfrastruktur
1810 beigetragen. Daran wollen wir anknüpfen und Neubau, Sanierung und Bauunterhaltung in der
1811 kommenden Legislatur konsequent fortführen, damit unsere Schulen für eine moderne
1812 Pädagogik aufgestellt, nachhaltig und baulich intakt sind. Dazu gehört auch die Ertüchtigung
1813 mit leistungsfähigen Internetanschlüssen und der dazugehörigen erforderlichen Technik.

1814

1815 Darüber hinaus werden wir prüfen, wie die **Berliner Schulreinigung** verbessert werden kann,
1816 sodass ein hoher Reinigungsstandard mit gut bezahlter Arbeit und ausreichendem
1817 Reinigungspersonal an allen Schulen gewährleistet werden kann. Wir prüfen dazu die
1818 schrittweise Einführung eines landeseigenen Unternehmens Berliner Schulreinigung
1819 (BSchuR) analog zur Berliner Stadtreinigung (BSR).

1820

1821 **3.2. Eigenständige Schule**

1822 Berliner Schulen sollen mehr an Eigenständigkeit gewinnen: in ihrer pädagogischen
1823 Ausgestaltung; in ihrer Personalführung und im Einsatz ihrer frei verfügbaren Mittel. So stellen
1824 wir sicher, dass jede Schule den Bedürfnissen ihrer Schüler:innen gerecht werden kann. Die
1825 Schulgemeinschaft legt die Entwicklungsziele der Schule in enger Abstimmung mit der
1826 Schulaufsicht fest. Die Partizipation von Schüler:innen an Entscheidungsprozessen wird dabei
1827 gefördert. Das Zusammenspiel der eigenständigen Schule mit Kontrolle und Beratung der
1828 Schulaufsicht wird durch eine reformierte Schulinspektion ergänzt, die dort einen Schwerpunkt
1829 legt, wo der Bedarf am größten ist.

1830

1831 **3.3. Vernetzte Schule**

1832 Berliner Schulen sind keine pädagogischen Inseln. Sie wirken in ihr schulisches Umfeld hinein
1833 und arbeiten mit Partnern zusammen. Wir werden die Idee der Campus-Schule mit Leben
1834 füllen, indem wir eine Qualitätsoffensive im Ganzttag starten. Unser Ziel ist eine echte
1835 Ganzttagsschule mit einer engen Verzahnung von unterrichtlichen und außerunterrichtlichen
1836 Aktivitäten. Neben der Verbesserung des Personalschlüssels streben wir Schulen mit
1837 möglichst rhythmisiertem Alltag an, die in den Kiez hinein offen sind. Um unsere
1838 eigenständigen Schulen zu motivieren, sich in diese Richtung zu entwickeln, braucht es
1839 Anreize, wie Teamstunden zur Kompetenzentwicklung oder freie Mittel für die Gestaltung des

1840 Ganztags. So entsteht eine echte Bildungslandschaft, in der alle Akteure an einem Strang
1841 ziehen.

1842

1843 **3.4. Datenbasierte Schule**

1844 Es ist Auftrag und Verantwortung der Schule, jungen Menschen einen zuversichtlichen Start
1845 in ein eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen. Wir wollen abbilden, wie gut das
1846 Schulsystem diesem Auftrag gerecht wird und werden die dafür notwendigen Daten erheben.
1847 Unser **Weg zur datenbasierten Schule** führt über verbindliche Schulverträge, die sich an
1848 konkreten Zielen der Schule orientieren. Diese Ziele umfassen sowohl die Stärkung der
1849 Grundkompetenzen der Schüler:innen (zum Beispiel Verbesserungen bei
1850 Sprachstandserhebungen) und die Schaffung von Perspektiven nach der Schule (zum Beispiel
1851 Erhöhung des Anteils der Übergänge in duale Ausbildung), als auch an der Stärkung der
1852 Persönlichkeit (zum Beispiel Stärkung Partizipationsmöglichkeiten für Schüler:innen). In der
1853 kommenden Wahlperiode wollen wir so einen nachweisbaren Erfolg bei der Abkopplung des
1854 Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft erreichen.

1855

1856 **3.5. Digitale Schule**

1857 Unsere Schulen müssen sich zunehmend auf den digitalen Wandel einstellen und
1858 Bildungsabläufe und Lerninhalte umstellen und weiterentwickeln. In einer Welt, in der
1859 Algorithmen über den Zugang zu Informationen bestimmen, rücken kritisches Denken und
1860 kreative Herangehensweisen bei der Lösung von Problemen, personalisiertes Lernen und die
1861 Vernetzung der Lernorte in den Mittelpunkt – bloßes Technikwissen reicht nicht aus. Um
1862 digitale Mündigkeit zu erreichen, gehören Medien- und Informatikkompetenz zur Grundbildung
1863 des 21. Jahrhunderts. Die **Vermittlung von Medienkompetenz** muss deshalb fester
1864 Bestandteil der non-formalen und formalen Bildungsgänge werden. Dafür müssen tragfähige
1865 pädagogische Medienkonzepte und partizipative medienpädagogische Methoden entwickelt,
1866 erprobt, wissenschaftlich begleitet und ständig angepasst werden. Digitale Bildungsinhalte
1867 sollen in jedem Fach verankert sein und zusätzlich der Informatikunterricht gestärkt werden.

1868

1869 Mit einer **Open-Educational-Resources-Strategie** und einem attraktiven Anreizsystem
1870 wollen wir Pädagog:innen motivieren, sich zu vernetzen und ihre digitalen Lerninhalte zu teilen.

1871

1872 Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung des **Digitalpakts Schule** auf Bundesebene und für
1873 seine effiziente Umsetzung im Land Berlin ein, um für alle Schülerinnen und Schüler eine gute
1874 und gleichwertige Ausstattung mit mobilen Endgeräten für das digitale Lernen zu erreichen.
1875 Damit in der Zwischenzeit keine Familie finanziell überfordert wird, entwickeln wir auf
1876 Landesebene ein sozialverträgliches **Finanzierungsmodell „Endgerät-als-Service“**.

1877 Darüber hinaus erhalten alle pädagogischen Mitarbeiter:innen ein mobiles Endgerät, das sie
1878 sowohl für den Unterricht als auch für ihre Verwaltungsaufgaben nutzen können.

1879

1880 Unser landeseigener **Dienstleister für Digitale Bildung in Berlin** eröffnet Freiräume für die
1881 digitale Entwicklung der Schulen, mit denen sie bei der Anschaffung von Hard- und Software
1882 flexibel umgehen können. Wir unterstützen den Ausbau einer datenschutzkonformen Cloud
1883 zur Organisation und Kommunikation der schulischen Prozesse für alle Bildungseinrichtungen.
1884 Gleichzeitig überlassen wir den Bildungseinrichtungen aber die Wahl der für sie geeigneten
1885 Lernplattformen und -software. Die digitalen Kompetenzen der Pädagog:innen werden
1886 systematisch durch Fortbildungen gestärkt, so dass sie ihren Unterricht an den Ansprüchen
1887 einer modernen, digitalen Welt selbständig orientieren können.

1888

1889

1890 **Kapitel 4: Gute Schule in Berlin: Gemeinsam und gerecht**

1891 **4.1. Berliner Schulen – gerecht für alle und gemeinsam**

1892 Wir bekennen uns auch in Zukunft zur verpflichtenden **sechsjährigen Grundschule** in ganz
1893 Berlin, weil längeres gemeinsames Lernen vor allem am Anfang individuelle
1894 Entwicklungsunterschiede ausgleicht. Unsere **Integrierten Sekundarschulen (ISS) und**
1895 **Gemeinschaftsschulen** machen wir stark, indem wir sie weiterhin bei der Entwicklung
1896 eigener Profile und Schwerpunkte unterstützen.

1897

1898 Wir sorgen dafür, dass jede **Integrierte Sekundarschule und Gemeinschaftsschule** einen
1899 Weg zum Abitur bietet - egal ob durch eine eigene oder eine Verbundoberstufe zusammen mit
1900 anderen Schulen. Schulen, die sich zu Gemeinschaftsschulen umwandeln wollen, erhalten
1901 von uns Starthilfen während dieser Transformation. So steigern wir die Anzahl an
1902 Gemeinschaftsschulen parallel zur Neugründung.

1903

1904 Wir unterstützen ebenso die **Gymnasien** in ihrer exzellenten Arbeit für eine gute Bildung
1905 besonders leistungsstarker Schülerinnen und Schüler. Beim Übergang auf das Gymnasium
1906 nehmen wir die individuellen Stärken und Potentiale der Kinder in den Blick und richten das
1907 Verfahren dahingehend aus.

1908

1909 Wir wertschätzen die **Privatschulen** als wichtigen Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft
1910 und streben eindeutige rechtliche Vorgaben an, die allen Einkommensgruppen – wie im
1911 Grundgesetz vorgesehen – Zugang zu Privatschulen in freier Trägerschaft ermöglichen. Beste
1912 Qualität muss auch für Schulen in freier Trägerschaft gelten. Deshalb stärken wir in diesem
1913 Bereich die Aufsicht, insbesondere für berufliche Schulen.

1914 **4.2. Beste Schulen in schwieriger Lage**

1915 Wir wollen allen unseren Kindern gerecht werden. Darum müssen wir die Schulen in sozial
1916 herausforderndem Umfeld zu den besten unserer Stadt machen. Durch **geschärfte**
1917 **Schulprofile und angemessene Ressourcen** steigern wir die Attraktivität dieser Schulen für
1918 alle Familien. Daher stehen wir auch zukünftig zum sozialdemokratischen Ansatz der
1919 Ressourcensteuerung hin zu Schulen in schwieriger Lage – egal ob mehr Lehrkräfte, weiteres
1920 pädagogisches Personal oder zusätzliche finanzielle Mittel. Wir bauen die „**Berlin Challenge**“
1921 aus – unser Modell zur Verknüpfung zwischen Ressourcensteuerung und Schulentwicklung.
1922 Die Anzahl von Schüler:innen nicht-deutscher Herkunftssprache (ndH-Indikator) ist dabei für
1923 uns nicht aussagekräftig. Deshalb ersetzen wir den ndH-Indikator bei der Schulentwicklung
1924 durch soziale Indikatoren.

1925

1926 Die aktuelle **Brennpunktzulage** soll zudem für Entlastungsstunden für Lehrkräfte eingesetzt
1927 und die Klassenfrequenzen möglichst gesenkt werden. So schaffen wir Standorte mit
1928 erstklassigen Arbeitsbedingungen und den besten Pädagog:innen dort, wo sie am
1929 dringendsten gebraucht werden.

1930

1931 **4.3. Inklusive und diskriminierungsfreie Schulen**

1932 Alle Berliner Kinder mit einer Behinderung oder Einschränkung haben einen Anspruch darauf,
1933 an Regelschulen beschult zu werden. Um dies für möglichst viele Kinder zu realisieren, streben
1934 wir weiterhin den Ausbau der **inkluisiven Schwerpunktschulen** an. Sie ermöglichen eine gute
1935 Mischung zwischen besonderer Förderung und inklusiver Beschulung. Die Inklusion an allen
1936 anderen Standorten soll durch den Ausbau pädagogischer Unterrichtshilfen, die Senkung der
1937 Klassenfrequenzen an besonders inklusiven Standorten und auch die Stärkung der
1938 temporären Kleinklassen verbessert werden.

1939

1940 Die Arbeit der **Sonderpädagogischen Förderzentren** wertschätzen wir im Sinne eines
1941 qualitativ hochwertigen Angebots für Kinder, die nicht an einer inklusiven Regelschule lernen
1942 können, und als Wahlmöglichkeit für Eltern und ihre Kinder mit besonders komplexem
1943 Unterstützungsbedarf.

1944

1945 Die Arbeit mit unseren Schüler:innen muss diskriminierungsfrei sein. Die Vielfalt der Berliner
1946 Schüler:innen setzt einen neutralen Staat voraus, der alle gleich behandelt. Deshalb stehen
1947 wir zum Berliner Neutralitätsgesetz und prüfen eine Anpassung im Lichte der aktuellen
1948 Rechtsprechung. Wir setzen uns für eine rassismus- und kolonialsensible Überarbeitung von
1949 Rahmenlehrplan, Schulcurricula und Lehrmaterialien ein. Wir stärken **Fortbildungsmodule**
1950 **zu Diskriminierung, Rassismus** und Postkolonialismus und führen verpflichtende

1951 diskriminierungskritische Module in der Erzieher:innen und Lehrer:innenbildung ein. Die Stelle
1952 des Polizei- und Bürgerbeauftragten beim Parlament wird weiterentwickelt, damit sie auch für
1953 Bildungseinrichtungen als unabhängige Beschwerdestelle agieren kann.

1954

1955

1956 **Kapitel 5: Gute Arbeit und spürbare Entlastung für die Beschäftigten**

1957 **5.1. Ausreichend voll qualifizierte und gerecht bezahlte Lehrkräfte für Berlin**

1958 Wir wollen den **Berliner Lehrkräftebedarf** eigenständig durch **bedarfsgerechte Ausbildung**
1959 decken und Berlin im Bundesvergleich wettbewerbsfähig machen: Keine Lehrkraft soll Berlin
1960 aus finanziellen Gründen verlassen. Durch unser **Berliner Optionsmodell** werden wir so
1961 vielen Lehrkräften wie möglich die Chance auf eine Verbeamtung geben. Wir sorgen für eine
1962 **Beschleunigung bei Stellenbesetzungsverfahren**, insbesondere von Schulleitungs- und
1963 Funktionsstellen und richten eine Überbrückungszulage für kommissarische Tätigkeiten ein.
1964 Die Übernahme von Verantwortung soll sich ab dem ersten Tag finanziell lohnen.

1965

1966 **5.2. Mehr Zeit für pädagogische Arbeit der Lehrkräfte und der Erzieher:innen**

1967 Wir wollen diejenigen, die zusätzliche Aufgaben übernehmen, in ihrer Kernarbeit entlasten.
1968 Neben der individuellen Stundenentlastung stärken wir die Kollegien durch **Ausbau der**
1969 **Vertretungsreserve**, die wir in den schwierigsten Lagen auf bis zu 110 Prozent aufstocken
1970 wollen.

1971

1972 **Ganztagschulen** eignen sich am besten, um die Entwicklung unserer Schüler:innen zu
1973 fördern. Zur Verwirklichung kostenfreier Angebote haben wir in den letzten Jahren den
1974 Ganzttag massiv ausgebaut. Den damit einhergehenden Mehraufgaben muss jetzt eine
1975 **stufenweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels im Bereich der ergänzenden**
1976 **Betreuung** folgen. Auch hier fangen wir mit Schulen in herausforderndem Umfeld an.

1977

1978 **5.3. Bunte Teams für vielfältige Herausforderungen**

1979 Die pädagogische Kernarbeit der Lehrkräfte und Erzieher:innen braucht Unterstützung.
1980 Teamarbeit bedeutet für uns einen **Dreiklang aus pädagogischen Fachkräften,**
1981 **administrativer Unterstützung und durch Personal mit besonderer Expertise.** Dabei
1982 stehen vor allem die Bereiche Gesundheit, Inklusion und IT im Fokus. Daneben soll möglichst
1983 jede Schule mindestens eine fest besetzte Stelle der **Schulsozialarbeit** in ihrem Bestand
1984 haben und auf pädagogische Unterrichtshilfen zurückgreifen können. Die unterschiedlichen
1985 Professionen der schulischen Teams unterstützen sich gegenseitig und nutzen dafür feste
1986 Kooperationszeiten.

1987

1988

1989 **Kapitel 6: Lehrkräftebildung**

1990 **6.1. Lehrkräfte bedarfsgerecht ausbilden**

1991 Fehlt es an Lehrer:innen, fehlt es an Qualität in der Schule. Wir streben ein Bekenntnis des
1992 Landes Berlin zu **bedarfsdeckender Ausbildung der Lehrkräfte** durch formales
1993 Festschreiben der Zielzahl von 4,5 Prozent des Lehrkörpers als Absolvent:innen der Berliner
1994 Universitäten pro Jahr an. Für **multiprofessionelle Teams** bedarf es weiterer Professionen.
1995 Dazu wollen wir den Ausbau der Kapazitäten auch in ergänzenden Professionen unterstützen,
1996 indem wir zum Beispiel die in Gründung befindliche Humanistische Hochschule für Sozialarbeit
1997 stärken.

1998

1999 **6.2. Qualität in Studium, Ausbildung, Praxis, Fort- und Weiterbildung sicherstellen**

2000 Wir wollen die Lehramtsausbildung stärker an der Schulpraxis orientieren. Dazu streben wir die
2001 **Einführung eines „Bachelor of Education“** statt des bisherigen Bachelor of Art/Science mit
2002 Lehramtsoption an. Dies wird begleitet durch die Stärkung der professionsbezogenen
2003 Lehrangebote für alle Lehramtsarten, frühere Praxiserfahrungen und eine stärkere
2004 Verzahnung des Studiums mit dem Referendariat. Gleichzeitig wollen wir die Flexibilität des
2005 bisherigen Modells aufrechterhalten, indem wir Studierenden ermöglichen, durch die Belegung
2006 zusätzlicher Module auch einen fachwissenschaftlichen Abschluss zu erreichen. Um dem
2007 eklatanten Mangel an Interessent:innen für das Berufsschullehramt zu begegnen, streben wir
2008 einen dualen Modell-Studiengang in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen an.

2009

2010 Wir wollen ein eigenes **Berliner Landesbildungsinstitut für Schule** schaffen, dessen
2011 zentrale Aufgabe die Durchführung und Steuerung aller Maßnahmen der Aus-, Fort- und
2012 Weiterbildung für alle Beschäftigten im Berliner Schulsystem ist.

2013

2014 Eine Schlüsselrolle in Referendariat und Quereinstieg nimmt außerdem die Schule als
2015 Ausbildungsstätte ein. Im Rahmen der Begleitung sollen die Referendar:innen und
2016 Quereinsteigenden im Sinne des stärkeren Schulbezugs und der Vermeidung von Abbrüchen
2017 durch eine **neue Funktionsstelle „Ausbildungskoordinator:in“** unterstützt werden. Ein
2018 **Modellversuch „Schwerpunktausbildungsschulen“** nach finnischem Vorbild soll das
2019 Konzept der Ausbildungsschule um eine verstärkte universitäre Verzahnung mit der ersten
2020 Phase erweitern. Eine qualitative Ausbildung kann nur gewährleistet werden, wenn
2021 Referendar:innen und Quereinsteigende gut und bedürfnisgerecht am „Studienzentrum für
2022 Erziehung, Pädagogik und Schule“ (StEPS) begleitet werden. Wir wollen Anreize für
2023 Sekundarschulen schaffen, Kolleg:innen als Fachseminarleiter:innen freizustellen.

2024

2025 **6.3. Aus-, Fort- und Weiterbildung an die Herausforderungen von heute anpassen**

2026 In einer immer diverseren Schule haben sich die Anforderungen an Lehrkräfte stark verändert.
2027 Dieser Entwicklung muss eine **moderne Lehrkräftebildung** Rechnung tragen. Viel früher
2028 sollen Studierende etwas über die Themen Sprachbildung, (digitale) Didaktik,
2029 Medienpädagogik, außerschulische Lernorte oder diskriminierungskritische Arbeit lernen.
2030 Zudem wollen wir alle Lehrkräfte stärker sonderpädagogisch ausbilden, um unserem Ziel einer
2031 inklusiven Schule näher zu kommen. Auch im Bereich der **Fortbildung von Lehrkräften**
2032 sehen wir den Bedarf der Anpassung an heutige Herausforderungen. Darum setzen wir uns
2033 für bessere Fortbildungsmöglichkeiten in den Bereichen Diversität, Heterogenität, digitale
2034 Bildung, Sprachbildung, Demokratiebildung und Didaktik ein. Gemeinsam mit den
2035 Hochschulen und Fort- und Weiterbildungseinrichtungen starten wir eine **Offensive „Schlau**
2036 **im Netz“** zur kompetenten, pädagogisch wirksamen und sicheren Mediennutzung.

2037

2038

2039 **Kapitel 7: Jugend eigenständig denken**

2040 **7.1. Politische Bildung, Freiwilliges Engagement und Weltoffenheit stärken**

2041 Wir sehen junge Menschen als Expert:innen ihrer Lebensrealität und gesellschaftlicher
2042 Entwicklung und wollen sie darum stärker in die weitere Gestaltung Berlins einbeziehen. Wir
2043 setzen uns für ein **aktives Wahlrecht ab 16 Jahren** ein und ermöglichen durch die **Stärkung**
2044 **der Jugendbildungsstätten und der Landeszentrale für politische Bildung** mehr und
2045 hochwertige Angebote der politischen Bildung. Wir verzahnen diese Angebote mit den
2046 "Häusern für Bildung und Demokratie". Wir werden dem **Jugenddemokratiefonds** weitere
2047 Perspektiven eröffnen und ihn ausbauen. Viele Jugendliche engagieren sich bereits heute in
2048 ihrer Freizeit.

2049

2050 Freiwilliges Engagement bedarf mehr gesellschaftlicher Anerkennung. Darum werden wir das
2051 **Freiwillige Soziale Jahr attraktiver gestalten** und mehr Plätze schaffen. Wir unterstützen
2052 die **Jugendverbände als „Werkstätten der Demokratie“** und bauen die Förderung von
2053 außerschulischen Kursen und Ferienfahrten aus. Zur Stärkung internationaler Lern- und
2054 Lebenserfahrungen wollen wir auch jungen Menschen ohne Abitur **mehr**
2055 **Auslandserfahrungen ermöglichen** und entwickeln mit unseren europäischen Nachbarn
2056 Kooperationen des internationalen Jugendaustausches. Längere Auslandsaufenthalte in der
2057 Bildungs- und Ausbildungsphase unterstützen wir mit Stipendien.

2058

2059 **7.2. Jugend braucht Freiräume für Bildung, Kultur und Bewegung**

2060 Bildung ist mehr als Schule, denn gelingende Bildungsbiografien brauchen vielfältige
2061 Lernwelten. Wir sichern in allen Stadtteilen eine verlässliche Infrastruktur an **Angeboten**
2062 **kreativer und demokratiebildender Jugendarbeit** und stellen dafür mehr Räume bereit. Wir
2063 ermöglichen direkte Beteiligung und stärken die Widerstandsfähigkeit junger Menschen gegen
2064 Gewalt, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie jede Art von Extremismus.

2065

2066 Weil Spielen schlaue macht und Bewegung gesund hält, unterstützen wie die Bezirke dabei, bei
2067 der **Gestaltung des öffentlichen Raums die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen**
2068 **besonders zu berücksichtigen**. Spielflächen werden altersübergreifend noch kreativer
2069 gestaltet, saniert und erweitert.

2070

2071 **7.3. Den Start in ein eigenständiges Leben wirkungsvoll unterstützen**

2072 Kinder haben ein Recht auf ein sicheres Zuhause und eine gewaltfreie Erziehung. Wir
2073 brauchen **guten Kinderschutz** und bauen Beratungs- und Unterstützungsangebote aus. Die
2074 besonderen Herausforderungen der Jugendphase müssen in allen Hilfen besonders
2075 berücksichtigt werden. Dafür tragen Jugendämter eine große Verantwortung. Ihre Arbeit
2076 werden wir technisch, personell und finanziell so absichern, dass der Kinderschutz
2077 gewährleistet werden kann, junge Menschen in Not immer geeignete Ansprechpartner finden
2078 und die **Kinder- und Jugendhilfe** insgesamt gestärkt wird.

2079

2080

2081 **Kapitel 8: Berufliche Bildung**

2082 **8.1. Berufliche Bildung sichtbar machen, berufliche Schulen stärken**

2083 Für die wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Stadt ist die Stärkung der beruflichen
2084 Bildung unabdingbar - sie ist kein Berufsweg zweiter Wahl. Zu viele Schüler:innen und die sie
2085 beratenden Eltern erkennen nicht das Potential der beruflichen Bildung für ein selbstbestimmtes
2086 und eigenverantwortliches Leben. Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne
2087 Abschluss oder brechen ihre Ausbildung ab. Wir wollen allen Jugendlichen eine zukunftsfähige
2088 **berufliche Ausbildung** ermöglichen und die **Fachkräftesicherung** für das Handwerk und das
2089 Dienstleistungsgewerbe **fördern**. Wir **entwickeln die Jugendberufsagentur weiter**, denn
2090 Qualifizierung und Ausbildung sollen für alle jungen Menschen zu einem erfolgreichen
2091 Abschluss führen.

2092

2093 **8.2. Alle Jugendlichen mitnehmen beim Übergang von Schule zum Beruf**

2094 Die Vorbereitung für den richtigen Beruf fängt sehr früh an. Eltern und Schüler:innen sollen
2095 schon am Ende der Grundschule einen Einblick in die Chancen und Perspektiven der

2096 beruflichen Bildung neben der akademischen Hochschulbildung erhalten. Wir sorgen für
2097 Transparenz in der Darstellung individueller Anschlussperspektiven und
2098 Bildungsmöglichkeiten. Allgemeinbildende Schulen übernehmen die Verantwortung für den
2099 Übergang in akademische oder berufliche Bildung. Die Teams zur **Berufs- und**
2100 **Studienorientierung** (BSO-Teams) in den Schulen sollen weiter ausgebaut und Projekte in
2101 Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft nachhaltig gestärkt werden. Dadurch stellen wir
2102 sicher, dass die duale Ausbildung eine echte Perspektive im Rahmen der Berufs- und
2103 Studienorientierung wird.

2104

2105 Um die Übergänge auch nach dem Verlassen der Allgemeinbildung zu stärken, prüfen wir die
2106 Einführung des 11. Schuljahres als Schuljahr zur Berufsqualifikation. Außerdem wollen wir
2107 Schüler:innen mit Förderbedarf und aus Willkommensklassen im Bildungsgang der
2108 **Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung** (IBA) eine verlängerte Bildungszeit
2109 ermöglichen.

2110

2111 **8.3. Ausbildungsperspektiven für alle Jugendlichen**

2112 Wir wollen einen Ausbildungsplatz für alle jungen Menschen in Berlin sichern. Dabei hat die
2113 duale Ausbildung für uns Priorität gegenüber vollschulischen Ausbildungsgängen und ist
2114 zudem dem Weg zum Abitur gleichberechtigt. Wir werden die Branchen dahingehend
2115 unterstützen, mehr jungen Menschen den Weg in die **duale Ausbildung** zu ebnen, indem wir
2116 die Instrumente der Einstiegsqualifikation oder des Berliner Ausbildungsmodells (BAM)
2117 verstärkt und wirkungsvoll implementieren. Branchen, die vom Nachwuchskräftemangel
2118 betroffen sind, unterstützen wir durch eine **Ausbildungsplatzumlage** zur Sicherung der
2119 Ausbildung des Fachkräftenachwuchses. Wir unterstützen verstärkt junge Menschen mit
2120 Förderbedarf auf dem Weg in die duale Ausbildung und stellen so den Inklusionsauftrag in den
2121 beruflichen Schulen in den Mittelpunkt.

2122

2123 Berliner Auszubildende brauchen **gut ausgestattete Berufsschulen**. Dazu gehören gut
2124 qualifizierte Lehrkräfte und eine faire Vergütung. Die Berufsschulen müssen die
2125 Auszubildenden angemessen auf die digitalisierte Arbeitswelt vorbereiten. Wir wollen die
2126 räumliche und technische Ausstattung verbessern. In Lehrplänen soll überdies über
2127 betriebliche Mitbestimmungsrechte aufgeklärt werden. Zudem muss Gewerkschaften der
2128 Zugang zu Berufsschulen vereinfacht werden.

2129

2130 Bei den vollschulischen Bildungsangeboten wollen wir insbesondere die öffentlichen Angebote
2131 in den Bereichen des **Sozialwesens, der Pflege und der erneuerbaren Energien sowie**

2132 **beim Klimaschutz** ausbauen. Wir werden prüfen, inwieweit die Ausbildungsplätze im
2133 **Gesundheitswesen** für Auszubildende kostenfrei angeboten werden können.

2134

2135 **8.4. Fort- und Weiterbildung, akademische und höherqualifizierende Berufsbildung**

2136 Wir werden den Bedarf an qualifizierten Fachkräften in der mittleren Führungsebene der
2137 Berliner Wirtschaft durch die Weiterentwicklung der Bildungsgänge der Weiterbildung an den
2138 **Berliner Oberstufenzentren** sichern. Außerdem bauen wir das Angebot des Dualen
2139 Studiums an den Berliner Oberstufenzentren weiter aus, um unter anderem die Verbindung
2140 von beruflicher und hochschulischer Bildung sichtbar zu machen. Wir werden so die
2141 Gleichberechtigung von beruflicher und allgemeiner Bildung in Berlin voranbringen.

2142

2143

2144 **Kapitel 9: Lebenslanges Lernen**

2145 **9.1. Erwachsenenbildung fördern, Demokratie stärken**

2146 Die Stärkung der demokratischen Teilhabe und die Förderung einer demokratischen Kultur
2147 sind eine untrennbare Einheit. Wir knüpfen daran an und verzahnen die Einrichtungen der
2148 Erwachsenenbildung mit freiwilligem Engagement, demokratischer Beteiligung und kultureller
2149 Bildung für alle Menschen in der Stadt. Unsere bezirklichen **Volkshochschulen** und
2150 **Bibliotheken** sind mit ihren vielfältigen Angeboten die wichtigsten dezentralen Orte dafür. Wir
2151 schaffen tragfähige **Netzwerke des lebenslangen Lernens** und festigen die
2152 eigenverantwortliche Gestaltung der Lebens- und Arbeitswelt. Wir wollen die vielfältigen
2153 **Angebote der Erwachsenenbildung erhalten und ausbauen** und sie in der Berliner
2154 Verfassung verankern. Die **Alphabetisierung und Grundbildung** für erwachsene funktionale
2155 Analphabeten und Menschen mit einer Lese-Rechtschreib-Schwäche wollen wir mit einer
2156 Landeskonzepktion und entsprechenden Maßnahmen stärken. In der Erwachsenenbildung
2157 streben wir ebenso neue Angebote zur **Stärkung der Medien- und Informatikkompetenz** für
2158 die speziellen Zielgruppen an.

2159

2160 **9.2. Räume für Bildung und Demokratie – im Kiez und für die ganze Stadt**

2161 Wir setzen ein starkes Zeichen für eine offene, auf die Bürger:innen ausgerichtete Metropole
2162 Berlin und öffnen Bildungsangebote für alle Menschen. Wir fördern „**Räume für Bildung und**
2163 **Demokratie**“, die von Menschen aus der Nachbarschaft besucht und genutzt werden können.
2164 Diese Orte bieten Möglichkeiten zum (Weiter-)Lernen, zur Organisation gemeinsamer
2165 Aktivitäten und zur demokratischen Beteiligung. Wir beziehen die Volkshochschulen, die
2166 Landeszentrale für politische Bildung, Familien- und Stadtteilzentren, Bibliotheken und
2167 Freiwilligenagenturen darin mit ein. Im Fokus stehen dabei besonders Quartiere zwischen
2168 Stadtgrenze und S-Bahn-Ring.

2169 Wir errichten mit der vom Bund geförderten Sanierung und **Entwicklung der Urania Berlin**
2170 **als „Berliner Haus für Bürgerbeteiligung, Wissensvermittlung, demokratische und**
2171 **digitale Bildung“** einen Leuchtturm für die Stadt und darüber hinaus. Das Haus stößt mit
2172 einem eigenen Programm und einem Kompetenzzentrum „Digitale Bildung“ Innovationen in
2173 der Erwachsenenbildung und Beteiligung an und treibt sie voran.

2174

2175 Engagement und Beteiligung der Bürger:innen sind für eine Demokratie systemrelevant. Um
2176 dafür ein starkes Fundament zu schaffen, nutzen wir die Fördermöglichkeiten aus dem
2177 Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ für Berlin, entwickeln unsere 16 Partnerschaften für
2178 Demokratie weiter. Die Stärkung der **kommunalpolitischen Bildungswerke** und die
2179 Weiterentwicklung des **„Landesprogramms für Demokratie. Vielfalt. Respekt“** bringen wir
2180 ebenso voran.

2181

2182 **9.3. Volkshochschulen stärken**

2183 Wir stärken die **Qualität** und Vielfalt der Bildungs- und Weiterbildungsarbeit der zwölf Berliner
2184 Volkshochschulen und unterstützen sie bei der **Digitalisierung**. Dafür werden wir den
2185 **Personalausbau** an den Volkshochschulen kontinuierlich befördern und die Honorare der
2186 freiberuflichen Lehrkräfte anheben. Wir setzen uns für die Festanstellung von
2187 arbeitnehmerähnlich beschäftigten Dozierenden an Volkshochschulen ein und legen einen
2188 **Investitionsfonds Digitalisierung** in der Erwachsenenbildung auf, der die Stärkung der
2189 digitalen Infrastruktur finanziert. Auch den **Aus- und Neubau der Volkshochschulstandorte**
2190 werden wir vorantreiben, um gute Bedingungen für lebenslanges Lernen zu schaffen.

2191

2192

2193 **Kapitel 10: Wissenschaft und Forschung – Brain City**

2194 Die Stärkung unseres weltweit herausragenden Wissenschaftsstandorts ist für uns ein
2195 zentrales Anliegen bei der Entwicklung der Stadt und der Region. Sie unterstützt bei der
2196 Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen – ob Pandemie oder
2197 Gesundheit, Klimawandel oder Mobilität.

2198

2199 **10.1. Förderung von Studium und Lehre**

2200 Berlin braucht hoch qualifizierte, kreative junge Menschen für Wirtschaft, öffentliche Aufgaben
2201 und als Start-up-Metropole. Wir wollen das hohe Niveau von fast 200.000 Studierenden und
2202 die **Gebührenfreiheit im Erststudium** erhalten. Außerdem wollen wir das **duale Studium,**
2203 **die universitäre Weiterbildung und das Teilzeitstudium** weiter ausbauen. Gegenüber dem
2204 Bund setzen wir uns für ein modernisiertes alters- und elternunabhängiges BAföG ein.

2205

2206 Zur Förderung der Qualität der Lehre wollen wir das **Berliner Zentrum für Hochschullehre**
2207 **(BZHL) als gemeinsame Institution für Berliner Hochschulen stärken**, die Forschung zu
2208 Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsforschung mit Transfer in die Hochschulen verbindet.
2209 Ziel ist es, darüber Weiterbildungsmöglichkeiten zu guter Hochschullehre für Mitglieder der
2210 Berliner Hochschulen zu ermöglichen.

2211

2212 Wir wollen allen, die es anstreben, ein Studium ermöglichen, ob Arbeiterkind oder
2213 Geflüchtetem. Dazu unterstützen wir die Hochschulen dabei, **Programme wie „firstgen“** (first
2214 generation students programme) und **„Arbeiterkind“** umzusetzen.

2215

2216 **10.2. Gute Arbeit in der Wissenschaft**

2217 Hervorragende Wissenschaft ist nur mit hervorragenden Wissenschaftler:innen möglich, die
2218 wir durch **gute Beschäftigungsbedingungen** für Berlin gewinnen und hier halten wollen.
2219 Promovierende brauchen eine Trennung von Betreuung, Bezahlung und Bewertung. Sie sollen
2220 von Promotionskomitees begleitet werden. Promotionsstellen sollen der Dauer der
2221 durchschnittlichen Promotionszeit angepasst und bei 100 Prozent Arbeitszeit auch zu 100
2222 Prozent bezahlt werden.

2223

2224 Um die lange Phase der Unsicherheit akademischer Karrieren abzumildern, wollen wir die
2225 Schaffung von **Tenure-Track-Professuren** als regulären Karriereweg zur
2226 Lebenszeitprofessur an Universitäten und Hochschulen und damit bessere Perspektiven für
2227 den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern. Wir werden Institute, die sich für die Einführung
2228 einer Departmentstruktur mit mehr unbefristeten Beschäftigungsperspektiven entschließen,
2229 beim Strukturwandel unterstützen. Gegenüber dem Bund setzen wir uns für die Abschaffung
2230 des derzeitigen Wissenschaftszeitvertragsgesetzes und für die Schaffung eines neuen
2231 Gesetzes für Perspektiven in der wissenschaftlichen Laufbahn ein. Das
2232 **wissenschaftsunterstützende Personal** muss angemessen eingruppiert und bezahlt
2233 werden.

2234

2235 Wir prüfen die Errichtung einer **Akademie für Wissenschaftsmanagement**, um Karrierewege
2236 zu professionalisieren. Wir brauchen professionelle Personalentwicklung und demokratische
2237 Hochschulen mit Möglichkeiten der Partizipation bei der Ausgestaltung und Entwicklung der
2238 Hochschule für alle Mitglieder, um die Vielfalt der Perspektiven zum Nutzen der Hochschulen
2239 einzubeziehen.

2240

2241 **10.3. Förderung von Forschung zu gesellschaftlichen Herausforderungen**

2242 Kooperation ist eine der Stärken Berlins und das Merkmal unserer „Berlin University Alliance“,
2243 die wir weiter entwickeln wollen. Ebenso wollen wir das außeruniversitäre
2244 Forschungsnetzwerk „Berlin Research 50“ und die **Kooperation im Wissenschaftsraum**
2245 **Berlin-Brandenburg** international stärken. Inter- und transdisziplinäre Forschungsverbünde
2246 wollen wir fördern und gesellschaftlichen Entwicklungen und Fragestellungen beispielsweise
2247 durch die Etablierung von Black Studies, Bioethik und Stärkung pluraler Ökonomik sowie
2248 Künstlicher Intelligenz oder Wasserstofftechnologie.

2249

2250 Wissenschaft muss als Citizen Science auch in Zusammenarbeit mit den Bürger:innen der
2251 Stadt Raum finden, wie dies am neuen **Wissenschaftscampus für Natur und Gesellschaft**
2252 vom Museum für Naturkunde und der Humboldt-Universität stattfindet. Wir brauchen moderne
2253 **Wissenschaftskommunikation** und Open Science, also den freien Zugang zu Wissen und
2254 Überprüfbarkeit wissenschaftlicher Ergebnisse.

2255

2256 Wir stellen weiterhin durch Hochschulverträge eine auskömmliche Finanzierung der
2257 Hochschulen sicher, um die Grundlagenforschung ebenso zu ermöglichen, wie die
2258 Generierung von unmittelbar anwendbarem Wissen für die Menschen dieser Stadt. Dabei
2259 leiten uns die Ziele guter nicht-hierarchischer Steuerung (Governance),
2260 Diskriminierungsfreiheit und Diversität. Das **Berliner Chancengleichheitsprogramm** für
2261 Frauen werden wir mit dem Ziel fortsetzen, die Hälfte aller Professuren und
2262 Führungspositionen mit Frauen zu besetzen.

2263

2264 Wir entwickeln **Berlin als führende Gesundheitsstadt** weiter, um den Menschen die beste
2265 Gesundheitsversorgung zu bieten. Dafür werden wir die international renommierte **Charité**
2266 weiter in ihrem erfolgreichen Kurs unterstützen und insbesondere ihre vier Standorte (Campus
2267 Berlin Buch, Campus Charité Mitte, Campus Virchow-Klinikum, Campus Benjamin Franklin)
2268 weiterentwickeln. Nach der erfolgreichen Integration des **Berliner Instituts für**
2269 **Gesundheitsforschung** in die Charité werden wir die **Errichtung des Deutschen**
2270 **Herzzentrums** an der Charité umsetzen, die Pläne für ein Tumorzentrum vorantreiben und die
2271 Initiative von Charité und dem Max Delbrück Centrum zur Entwicklung der zellbasierten
2272 Medizin unterstützen.

2273

2274 Wir werden weiterhin über die Finanzierung der „**Einstein Stiftung Berlin**“ innovative und
2275 vielfältige wissenschaftliche Projektvorhaben unterstützen. Den Wissens- und
2276 Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, zum Beispiel im **Institut für**
2277 **angewandte Forschung Berlin (IFAF)** wollen wir weiterentwickeln.

2278 **10.4. Investitionen in die Hochschulinfrastruktur**

2279 Auch die Hochschulen brauchen einen **verlässlichen Investitionsplan**. Mittelfristig sollen alle
2280 Campi der Hochschulen saniert und entwickelt sein, das betrifft die Hochschule für Wirtschaft
2281 und Recht, die Hochschule für Technik und Wirtschaft, die Alice Salomon Hochschule, den
2282 Beuth-Campus ebenso wie die Planungen der Charité und die Investitionsbedarfe der
2283 Universitäten. Im Hochschulbau können **innovative Technologien** direkt für nachhaltiges
2284 Bauen genutzt werden. Außerdem wollen wir mehr Vielfalt der Wohnformen für Studierende
2285 und Gastwissenschaftler:innen verwirklichen und Wohnen bei der Campus-Entwicklung
2286 mitdenken. Mit einem „**Zukunftsfond Digitalisierung**“ unterstützen wir die Hochschulen
2287 dabei, innovative Lehr- und Lernformen zu entwickeln.

2288

2289

2290 **TEIL IV – Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen Stadt**

2291

2292 **Kapitel 1: Wirtschaft, Innovation, Technologie – Zukunft „made in Berlin“**

2293 Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte Berlin **seit über 15 Jahren im**
2294 **Bundesvergleich das höchste Wirtschaftswachstum.** Die von der Dienstleistungs-, Kultur-
2295 und Tourismusbranche geprägte Berliner Wirtschaft ist von den Auswirkungen der Pandemie
2296 besonders hart getroffen. Unser Ziel ist, dass die **Wirtschaft wieder auf Erfolgskurs kommt**
2297 **und zu ihrer alten Stärke zurückfindet.**

2298

2299 Wir haben bislang in Berlin auf eine Ansiedlungspolitik gesetzt, die auf Start-Ups, Automotive,
2300 Kultur- und Kreativ- sowie Gesundheitswirtschaft als Schwerpunkte setzt. Das wollen wir auch
2301 künftig ausbauen und industriepolitische Ansätze, insbesondere im Bereich der Umwelttechnik
2302 sowie der Mobilitäts- und Gesundheitswirtschaft stärken. Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik
2303 sehen wir im Anregen einer engen Verflechtung von moderner Industrie mit
2304 anwendungsorientierter Wissenschaft und Forschung. Unser Ziel ist die Vertiefung von
2305 Wertschöpfungsketten, damit Berlin Entwicklungs- und Produktionsort zugleich ist.

2306

2307 **1.1. Innovationscluster Berlin-Brandenburg weiterentwickeln**

2308 Gemeinsam mit Brandenburg wollen wir die Hauptstadtregion zu einer der spannendsten
2309 Wirtschaftsregionen Europas entwickeln und die Potenziale beider Bundesländer heben. Dazu
2310 wird auch der **Flughafen BER** mit Flugverbindungen in die ganze Welt beitragen. Nach der
2311 Pandemie wird der Flughafenbetrieb auf Normalniveau dem wirtschaftlichen Aufschwung der
2312 Region zusätzlichen Schwung geben und weitere Investitionen auslösen. Die finanzielle
2313 Sanierung des Flughafens werden wir gemeinsam mit dem Bund und Brandenburg
2314 konsequent vorantreiben.

2315

2316 Wir wollen die gemeinsame **Innovations- und Clusterstrategie (innoBB 2025) mit**
2317 **Brandenburg** ausbauen und Berlin-Brandenburg zusammenhängend weiterentwickeln. Das
2318 schließt Stadtentwicklung und Infrastrukturplanung genauso mit ein wie Mobilitätskonzepte
2319 und Abfallwirtschaft. Zudem sollen wirtschaftsfördernde Institutionen wie Berlin Partner und
2320 Visit Berlin mit ihren Brandenburger Partnern enger kooperieren können.

2321

2322 Mit der **Berliner Reallabor-Strategie** wollen wir mehr Innovationsräume in der Stadt schaffen
2323 und dabei auch die Kieze zu Orten der Erprobung machen. Mit Unterstützung von
2324 Innovationslotsen wollen wir Spielräume schaffen, damit sich junge wie etablierte
2325 Unternehmen in räumlich begrenzten Bereichen ausprobieren können. Dabei wollen wir Start-
2326 Ups mit der starken Berliner Wissenschaftslandschaft vernetzen und Berlin zu einem

2327 einzigartigen Denk- und Produktionsort machen. Bei der IBB möchten wir einen **Innovations-**
2328 **Fonds auflegen**, der Unternehmen dabei unterstützt, neue klimafreundliche Technologien zur
2329 Marktreife zu bringen. Zugleich wollen wir die öffentlichen Infrastrukturen und Unternehmen
2330 dazu nutzen, innovative Produkte zu unterstützen, indem wir auf allen Ebenen Pilotprojekte
2331 ermöglichen. Hierzu möchten wir die **Berliner Start-Up-Agenda** erneuern und die
2332 Möglichkeiten der Wachstumsfinanzierung zusammen mit der IBB ausbauen. Dazu werden
2333 wir den Steuerungskreis Industriepolitik und den Masterplan Industrie weiterentwickeln und mit
2334 Hilfe einer Investitionsoffensive für zukunftsfähige Infrastrukturen sorgen. Berlin Partner soll
2335 im Rahmen seiner Kernaufgaben verstärkt für die proaktive und strategische Ansiedlung von
2336 innovativen Unternehmen(sbereichen), Leitevents sowie die Teilnahme an (inter)nationalen
2337 Calls und Wettbewerben eingesetzt werden und geeignete Maßnahmen verankern, um eine
2338 vielfältige Zielgruppe zu adressieren. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen dafür, dass
2339 Berliner Start-Ups auch in Berlin bleiben.

2340

2341 Wir setzen uns für gleiche Chancen für **Gründerinnen** ein. Dazu wollen wir sie stärker mit
2342 Innovationstreibern und Politik vernetzen und mit einem **zentralen Fördernavigator** und
2343 einem **Chancen-Fonds** den Zugang zu Fremdkapital erleichtern. Zudem soll gemeinsam mit
2344 Brandenburg ein regelmäßiger Gründerinnen-Report erstellt werden.

2345

2346 Mit 11 Prozent aller Erwerbstätigen weist Berlin einen sehr hohen Anteil an Soloselbständigen
2347 auf. Sie wurden von der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen
2348 weitaus stärker getroffen als die Gruppe der sozialversicherten Beschäftigten. Wir wollen alle
2349 Selbständigen in Berlin dabei unterstützen, verfügbare Bundes- und Landesmittel zur
2350 Überwindung der coronabedingten Geschäftsausfälle und -einbrüche auch abzurufen. Parallel
2351 wollen wir Soloselbständige mit Coaching-Programmen unterstützen, um sie in Sachen
2352 Steuerrecht und Buchhaltung besser aufzustellen. Mit **Mindestvergütungen bei Vergaben**
2353 **von Aufträgen an Soloselbständige** wollen wir diese vor einer Selbstaussbeutung schützen
2354 und bei Ausschreibungen der Öffentlichen Hand (zum Beispiel durch kleinteiligere Vergaben)
2355 einen besseren Zugang ermöglichen.

2356

2357 Wir wollen Unternehmer:innen außerdem im Verbund mit Gewerkschaften, Industrie- und
2358 Handelskammer (IHK), Handwerkskammer, den Unternehmensverbänden Berlin-
2359 Brandenburg (UVB), dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) und
2360 Branchenverbänden helfen.

2361

2362 **1.2. Bessere Zusammenarbeit für wirtschaftliches Wachstum**

2363 Als Berliner SPD stehen wir für den Wirtschaftsstandort Berlin. Die Stadt und ihre Verwaltung
2364 sollen sich dazu stärker als bisher als Partnerinnen und Unterstützerinnen von Wirtschaft und
2365 Innovation verstehen und entsprechend handeln. Konkret wollen wir, dass Haupt- und
2366 Bezirksverwaltungen besser zusammenarbeiten und als verantwortungsbewusste Teams
2367 agieren. Ermessensspielräume wollen wir stärker nutzen und im Sinne einer guten
2368 Fehlerkultur nicht nach Argumenten suchen, warum etwas nicht geht, sondern Dinge
2369 ermöglichen. Dazu gehören klare Kommunikationsregeln zwischen Verwaltung und
2370 Stadtgesellschaft, unter anderem ein **Anspruch auf eine schnelle Reaktion**. Zudem wollen
2371 wir die **bezirklichen Wirtschaftsförderungen als Ansprechpartner für Kleine und Mittlere**
2372 **Unternehmen (KMU)** stärken und sie stärker in Entscheidungen auf Landesebene einbinden.

2373
2374 Die Bedarfe der Wirtschaftsverkehre wollen wir mit unseren klima- und stadtpolitischen Zielen
2375 in Einklang bringen. Dazu wollen wir im Rahmen eines **Wirtschaftsverkehrskonzepts**
2376 zusammen mit Planer:innen, Innovator:innen und Unternehmen intelligente Lösungsansätze
2377 entwickeln und erproben. Hierzu zählen der emissionsarme Transport von Waren über
2378 Verteilerpunkte, innovative Nutzungen und Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs
2379 (ÖPNV), Förderung von Lastenfahrrädern und emissionsfreien Kleintransportern ebenso wie
2380 bedarfsgerechte Kurzzeit-Parkmöglichkeiten für Gewerbetreibende wie Handwerker oder
2381 Pflegekräfte. Für größere, insbesondere industrielle Gewerbegebiete sichern wir die
2382 verkehrliche Erschließung und eine Anbindung an den ÖPNV.

2383
2384 **1.3. Öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge ausbauen**

2385 Öffentliche Daseinsvorsorge durch kommunale Unternehmen ist die Basis für eine erfolgreiche
2386 Wirtschaft und zugleich ein Teil von ihr. Als Unternehmerin sollte sich Berlin Ziele setzen:
2387 **Überschüsse kommunaler Unternehmen** sollen nicht privaten Investoren zufließen.
2388 Außerdem sollen kommunale Unternehmen stärker miteinander verzahnt werden:
2389 Beschaffungen der Beteiligungsunternehmen wollen wir stärker für die Erreichung unserer
2390 strategischen Zielsetzungen (Innovationskraft, Klimaneutralität etc.) nutzen. Für die Berliner
2391 Wohnungsbaugesellschaften unterstützen wir eine Kooperation mit den Berliner Stadtwerken
2392 bei Solar- und anderen Energieprojekten.

2393
2394 Ein weiteres Ziel ist die Umsetzung der Rekommunalisierung des Berliner Stromnetzes.
2395 Unsere Bemühungen zur Rekommunalisierung des Gasnetzes setzen wir fort. Zur
2396 Grundversorgung Berlins zählen wir neben den Energienetzen unter anderem auch unser
2397 Berliner Stadtwerk, die Wasserversorgung oder unsere Bäderbetriebe. Wir werden prüfen, ob

2398 in diesem Bereich strukturelle Maßnahmen, wie beispielsweise Zusammenführungen oder
2399 Kooperationen möglich sind.

2400

2401 **1.4. Berlin als Smart City etablieren – sozial und ökologisch**

2402 Die Zukunft der großen Städte liegt in starken Kiezen und Quartieren, sei es bei Fragen
2403 klimaneutraler Versorgung, umweltschonender Mobilität oder ressourcenschonender
2404 Kreislaufwirtschaft. Wie wollen **Berlin als Smart City etablieren** und den Europäischen Green
2405 Deal im Sinne einer sozial-ökologischen Wende zu einem **Social Green Deal** erweitern.

2406

2407 Dafür möchten wir das **Berliner Stromnetz zum Reallabor für innovative Technologien der**
2408 **urbanen Energie machen** und hierzu in einem „Beirat Stromnetze“ über die wirtschaftlichen
2409 und technischen Möglichkeiten modernen Netzausbaus beraten. Im Rahmen einer Berliner
2410 Wasserstoff-Strategie wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen, den Verbänden der
2411 Berliner Wirtschaft und den Betreibern der Energienetze ein Kompetenz- und
2412 Anwendungscluster Wasserstoff gründen.

2413

2414 Beim Thema **umweltschonende Mobilität** ist die Umstellung auf emissionsfreie
2415 Antriebskonzepte zentral. Die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität werden wir daher massiv
2416 ausbauen, die Errichtung durch private Anbieter unterstützen und insbesondere bürokratische
2417 Hemmnisse und rechtliche Hürden abstellen. Damit schaffen wir die Basis für die weitere
2418 Entwicklung Berlins zum Zentrum für Urbane Mobilität, von der Ladeinfrastruktur über
2419 Fahrzeuge bis hin zu modernen digitalen Mobilitätskonzepten.

2420

2421 Zudem ist die Entwicklung zu einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft essentiell. Diese
2422 wollen wir mit einer Vielzahl von Projekten unterstützen: die Förderung von Reparatur-Cafés
2423 in den Kiezen, angewandte Forschung und Entwicklung im Wirtschaftszweig
2424 Kreislaufwirtschaft – auch in Zusammenarbeit mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) – und
2425 innovative Sharing Plattformen und Geschäftsmodelle (zum Beispiel „Produkt als
2426 Dienstleistung“). Gemeinsam mit Brandenburg soll Berlin sich den europäischen Initiativen
2427 **„Intelligent Cities Challenge“** sowie „Kreislauforientierte Städte und Regionen“ anschließen.

2428

2429 **1.5. Innovationen „made in Berlin“ ermöglichen**

2430 Wir wollen unsere Stadt zum Anker einer wirtschafts- und wissensbasierten Innovationspolitik
2431 mit weltführenden Produkten „Made in Berlin“ machen. Mit der Eröffnung des Flughafens BER
2432 und der Ansiedlung von Tesla in Grünheide ist im Südosten Berlins ein neuer wirtschaftlicher
2433 Hot Spot entstanden. Diesen verbinden wir mit Adlershof und Schöneeweide zu einem

2434 Innovationskorridor. Gleiches planen wir im Nordwesten mit der **Entwicklung von**
2435 **Siemensstadt 2.0** und **TXL – Urban Tech Republic**.

2436

2437 Wir wollen die **Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft** ausbauen.
2438 Dafür möchten wir Impulse für private Investitionen in Forschung, innovative Technologien und
2439 Produktion setzen, die dafür notwendige Infrastruktur schaffen und rasche
2440 Baugenehmigungsverfahren ermöglichen. Ein wichtiges Projekt ist die komplette Ansiedlung
2441 der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Oberschöneweide. Ein weiteres Projekt ist die
2442 Verschmelzung des Innovationsparks Wuhlheide und des Technologie- und Gründerzentrums
2443 Schöneweide zu einem gemeinsamen Zukunftsort mit Adlershof.

2444

2445 **1.6. Lebendige Berliner Mischung erhalten – Handwerk, Handel, Gewerbe**

2446 Mit dem Stadtentwicklungsplan Wirtschaft 2030 haben wir eine Roadmap entwickelt: Wir
2447 wollen vorhandene, noch nicht aktivierte Gewerbeflächen schnellstmöglich ertüchtigen. Das
2448 soll zum Beispiel über Erbpachtverträge geschehen, die kleine und mittlere Unternehmen
2449 (KMU) schnell und unbürokratisch mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM)
2450 abschließen können. Wir wollen die planungsrechtliche Sicherung bestehender
2451 Gewerbegebiete unterstützen und die von uns entwickelte Nutzungskategorie „Urbanes
2452 Quartier“ häufiger im Sinne der Wirtschaft anwenden.

2453

2454 Wir wollen die Aufenthaltsqualität und **Attraktivität von Einkaufsstraßen steigern**, um sie
2455 gegenüber dem reinen Online-Handel zu profilieren: durch Hybride Modelle von stationärem
2456 und online-gestützten Handel, unterstützt durch städtebauliche Maßnahmen (zum Beispiel
2457 Pickup-Stationen), durch Weiterbildung der Beschäftigten und der kleinen und mittleren
2458 Unternehmen selbst (Digitalisierungslotsen) und durch lokale Marktplätze (Online-
2459 Plattformen), auf denen der Einzelhandel seine Produkte anbieten kann und die mit der
2460 Tourismusförderung und dem Stadtmarketing verzahnt werden. Den dafür notwendigen
2461 Ausbau der Logistik werden wir unterstützen. Dazu gehört auch, dass Kooperationsformen wie
2462 Zusammenschlüsse von Händler:innen zu „Einkaufsstraßen-AGs“ sowie Genossenschaften
2463 für die Förderung als Business Improvement Districts (BIDs) zugelassen werden – auch kleine,
2464 finanzschwache Händlergemeinschaften sollen Business Improvement Districts errichten
2465 können und die bezirkliche Wirtschaftsförderung künftig ein eigenes Initiativrecht erhalten, um
2466 ein Business Improvement District auf den Weg zu bringen. Gleichzeitig wollen wir die
2467 derzeitigen Förderprogramme der Investitionsbank Berlin dahingehend optimieren, dass sie
2468 für die Anforderungen des sich digitalisierenden Einzelhandels passend sind.

2469

2470 Wir wollen Handwerksbetriebe und ihre Flächen schützen und für den Nachwuchs attraktiv
2471 machen. Deshalb möchten wir das **Aktionsprogramm Handwerk fortführen** und die
2472 sogenannten Meistermeilen in Berlin erproben. Wir wollen gerade die Meisterausbildung von
2473 Frauen und anderen unterrepräsentierten Gruppen stärker unterstützen. Wir wollen unsere
2474 Städtepartnerschaften mit dem Globalen Süden, vornehmlich Windhoek (Namibia), Jakarta
2475 (Indonesien) und ggf. Mexiko City nutzen, um Handwerkspartnerschaften mit den Berliner
2476 Handwerkskammern zu initiieren.

2477

2478 **1.7. Kultur- und Kreativwirtschaft stärken**

2479 Die Kultur- und Kreativbranche trägt in erheblichem Maße zur Attraktivität des
2480 Wirtschaftsstandortes Berlin bei und ist eine der größten Branchen der Stadt. Solange
2481 Kulturschaffende und Institutionen pandemiebedingt nicht arbeiten können, müssen die
2482 Soforthilfeprogramme des Landes fortgesetzt und hinsichtlich der Zielerreichung ggf.
2483 angepasst werden. Längerfristig kommt es der SPD darauf an, **Berlin als Standort der**
2484 **Kulturproduktion, der Verlage, der Games-, Musik- und Filmwirtschaft zu stärken**. Berlin
2485 muss sich beim Bund dafür einsetzen, dass Clubs als Kulturorte baurechtlich definiert werden,
2486 um sie besser vor Verdrängung zu schützen. Berlin benötigt darüber hinaus wieder eine
2487 internationale Kunstmesse, sowie eine Leitveranstaltung der Games-Industrie. Die
2488 Vernetzung der Branche wollen wir weiter unterstützen (insbesondere in Form der Arbeit des
2489 medianet berlin/brandenburg).

2490

2491 **1.8. Tourismus fördern**

2492 Der Tourismus ist eine wichtige Säule der Berliner Wirtschaft, stärkt Kultur und Infrastruktur
2493 und trägt maßgeblich zum Wirtschaftswachstum bei. Die Pandemie hat auch diese Branche
2494 besonders hart getroffen. Hinzu kommen Veränderungen durch die zunehmende
2495 Digitalisierung des Kongress- und Messegeschäfts. Wir wollen Hoteliers und die Messe Berlin
2496 bei der Entwicklung hybrider Veranstaltungen unterstützen.

2497

2498 Mit einer gezielten Förderung der vielfältigen Tourismuslandschaft in Berlin und der
2499 gleichzeitigen Unterstützung von VisitBerlin und den regionalen bezirklichen Akteur:innen
2500 wollen wir den **Tourismus wiederbeleben**. Hierbei wollen wir ganz Berlin inklusive seiner
2501 dezentralen Highlights stärker in den Blick nehmen. Wir unterstützen den Beitritt von Visit
2502 Berlin in den Deutschen Tourismusverband.

2503

2504 Die Kultur als entscheidender Faktor im Berlin-Tourismus soll künftig ein besonderer
2505 Schwerpunkt der Berlin-Kommunikation sein. Darüber hinaus wollen wir den Club-,

2506 Gesundheits- und Sporttourismus sowie den nachhaltigen Tourismus als Wachstumsbereiche
2507 unterstützen.

2508

2509

2510 **Kapitel 2: Arbeit mit Zukunft – Arbeit von Morgen**

2511 **Gute Arbeit ist für uns der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe.** Wir wollen, dass
2512 alle an Erwerbsarbeit teilhaben und diese mit den anderen Bereichen ihres Lebens
2513 vereinbaren können. Die Corona-Pandemie aber auch der gegenwärtige Strukturwandel
2514 zeigen sehr deutlich, dass mehr denn je ein System der sozialen Sicherung nötig ist. Es muss
2515 alle Menschen über alle Lebensphasen hinweg absichern und im Bedarfsfall neue Chancen
2516 bieten. Gute Arbeit heißt für uns, dass gerechte und existenzsichernde Löhne gezahlt werden.
2517 Werkverträge, befristete Arbeitsverträge, Minijobs und Leiharbeit müssen die Ausnahme sein.
2518 Unser Ziel ist die konsequente Vermeidung dieser Arbeitsmodelle und der **Abbau prekärer**
2519 **Beschäftigung.** Es müssen auch wieder mehr Betriebe tariflich gebunden sein und
2520 Tarifverträge als allgemein verbindlich erklärt werden.

2521

2522 Wir wollen den negativen Auswirkungen durch die Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt
2523 spürbar entgegenwirken und mit gezielten Maßnahmen neue Chancen für alle schaffen, zum
2524 Beispiel mit der **Task-Force „Arbeit und Ausbildung“.** Senat, Gewerkschaften, Kammern,
2525 Betriebe und Verbände sollen gemeinsam an einem Tisch erarbeiten, wie kurzfristig Aus- und
2526 Weiterbildungskapazitäten geschaffen werden können. Um den rasanten Änderungen am
2527 Berliner Arbeitsmarkt gerecht zu werden, wollen wir mit **präventiver Arbeitsmarktpolitik**
2528 Menschen gezielt fördern, die ihre Branche wechseln und den Wunsch haben, einen
2529 Engpassberuf etwa im Bereich des Handwerks zu erlernen.

2530

2531 **2.1. Vollbeschäftigung als Ziel – unbefristet, tarifgebunden und sozial abgesichert**

2532 Arbeitslosigkeit muss durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik in enger Abstimmung zwischen
2533 Land, Bund und Bundesagentur für Arbeit bekämpft werden. Oberstes Ziel ist und bleibt es,
2534 Menschen aus der Grundsicherung heraus in Arbeit zu bringen. Deswegen wollen wir mehr
2535 **Möglichkeiten und Anreize für Weiterbildung und Qualifizierung** in der Grundsicherung
2536 anbieten und fördern. Dafür wollen wir verstärkt auf den **Weiterbildungsbonus** und die
2537 **Förderung der dreijährigen Ausbildung** durch den Bund zurückgreifen. Wir wollen
2538 außerdem die Möglichkeiten des Teilhabechancengesetzes und des solidarischen
2539 Grundeinkommens nutzen, um (langzeit-)arbeitslose Menschen über den sozialen
2540 Arbeitsmarkt wieder in Arbeit zu bringen.

2541

2542 Die Mitarbeiter:innen in den Agenturen für Arbeit und Jobcentern leisten gerade auch in der
2543 Corona-Pandemie wichtige Arbeit. Im Bund setzen wir uns deshalb für eine Angleichung der
2544 Gehälter der kommunalen Angestellten an die der Bundesagentur für Arbeit ein.

2545 Überall dort, wo wir in Land und Bezirk Verantwortung tragen, wollen wir für gute
2546 Arbeitsbedingungen und die Befolgung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
2547 sorgen. Innerhalb von Landesunternehmen sind branchenübliche Tarifverträge wie der
2548 Tarifvertrag des Landes (TVL) und der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD)
2549 maßgeblich. Dazu gehört die Verbesserung der Mitbestimmung im Personalvertretungsgesetz
2550 des Landes Berlin. Wir möchten die Tariftreueregelung weiterentwickeln und den Vergabe-
2551 und **Landesmindestlohn auf mindestens 13 Euro anheben**. Zusätzlich wollen wir
2552 Tariftreueregelungen und die Kriterien für gute Arbeit in der Wirtschaftsförderung und den
2553 Europäischen Strukturfonds umsetzen. Wir lehnen Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben
2554 zum Zwecke der Tariffucht und des Lohndumpings ab und werden keine weiteren zulassen.
2555 Dort, wo sie zu solchen Zwecken stattgefunden haben, setzen wir uns für eine Rückführung
2556 ein.

2557

2558 Bei unseren Zuschuss- und Zuwendungsempfängern wirken wir darauf hin, dass die
2559 zweckgebundenen öffentlichen Mittel für Personalkosten bei den Arbeitnehmer:innen
2560 ankommen. Die **Entgeltgleichheit** zwischen Frauen und Männern ist für uns zwingend. Dafür
2561 möchten wir in den landeseigenen Betrieben einen Entgelt-Check einführen, der mögliche
2562 Ungleichbehandlungen sichtbar macht und gezielte Maßnahmen ergreifen, dem
2563 entgegenzuwirken. Außerdem setzen wir uns für die Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit
2564 von Tarifverträgen ein.

2565

2566 Wir wollen uns im Bund dafür einsetzen, dass Soloselbständige in allen Zweigen der sozialen
2567 Sicherung besser unterstützen. Wir setzen uns für **Mindestvergütungen für**
2568 **Soloselbständige** bei öffentlichen Aufträgen ein. Wir wollen im Dialog mit den
2569 Soloselbständigen hierzu konkrete Maßnahmen entwickeln, die auch ihre Weiterbildung mit
2570 im Blick behält.

2571

2572 Weiter setzen wir uns für einer **Überführung der Minijobs in sozialversicherte**
2573 **Beschäftigung**, auch mit Hilfe gezielter Projekte, ein. Auch im Bereich der haushaltsnahen
2574 Dienstleistungen schaffen wir gute Arbeit. **Ausbeutung am Arbeitsmarkt wollen wir**
2575 **beenden**. Wir wollen das „Berliner Beratungszentrum für Migration und gute Arbeit“ analog
2576 zum Bundesprogramm „Faire Mobilität“ institutionell verstetigen. Wir möchten illegale
2577 Beschäftigung und die damit verbundene Arbeitsausbeutung weiter bekämpfen.

2578

2579 Über Branchen hinweg möchten wir den **Vollzug der Arbeitsschutzgesetze verbessern**. Wir
2580 wollen eine deutliche Steigerung der Betriebsbesichtigungen erreichen. Dazu wird eine
2581 Beschwerde- und Informationsstelle eingerichtet, die sich an Beschäftigte sowie Betriebsräte
2582 richtet (Arbeitsschutz-Hotline). Wir starten einen Dialog „Neue Arbeit“ (mobile Arbeit) mit dem
2583 Landesamt für Arbeits- und Gesundheitsschutz, den Unfall-, Kranken- und
2584 Rentenversicherungen, mit dem Ziel einer Beratungs- und Unterstützungsstruktur für die
2585 Betriebsparteien.

2586

2587 **2.2. Ausbildung, Berufsorientierung und Arbeitsmarktintegration fördern**

2588 Alle Schüler:innen sollen den Beruf ihrer Wahl erlernen können. An den Schulen, an denen
2589 ein Übergang bislang seltener gelingt, wollen wir Angebote zur **Berufsorientierung**
2590 **verstärken**. Die Jugendberufsagenturen entwickeln wir weiter und forcieren eine verbesserte
2591 Zusammenarbeit von Schulen, Betrieben und Universitäten für Praktika.

2592

2593 Wir wollen die Berliner Ausbildungs-Offensive ins Leben stärken. Das Land Berlin muss dabei
2594 vorangehen und mehr Ausbildungsplätze schaffen. Wir möchten das Angebot
2595 „Verbundberatung Duale Berufsausbildung in Berlin“ weiter unterstützen und ausbauen. Das
2596 Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP) wird weitergeführt. Besonders Alleinerziehende
2597 brauchen unsere Unterstützung, in Kooperation mit der Wirtschaft wollen wir gezielt
2598 alleinerziehende junge Mütter und Väter in eine Teilzeitausbildung vermitteln.

2599

2600 Wir unterstützen die Wirtschaft dabei, ihrer Verpflichtung nachzukommen, ausreichend duale
2601 Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und zu finanzieren.

2602

2603 Wir möchten einen inklusiven Arbeitsmarkt, der keinen Menschen ausschließt. Wir
2604 unterstützen Unternehmen, Institutionen und die Berliner Verwaltung dabei, Menschen mit
2605 Behinderungen zu beschäftigen.

2606

2607 Eltern wollen wir den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern und das berufliche **Fortkommen**
2608 **von Menschen mit Familienverantwortung nachhaltig verbessern**. Hierfür wollen wir die
2609 bisherigen Maßnahmen zu familienorientierten Personalstrategien ausbauen. Dazu gehören
2610 etwa eine kostenfreie, mehrsprachige Beratung zu Elternzeit und Pflege von Angehörigen
2611 sowie kostenfreie Maßnahmen zum Qualifikationserhalt und zur Rückkehr in den Beruf.

2612

2613 Die **Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten** muss verbessert werden. Der Aus- und
2614 Weiterbildung, der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen sowie die
2615 berufsbezogene Sprachförderung kommt dabei neben gezielter Beratung eine wichtige Rolle

2616 zu. Bestehende Arbeitsverbote für geduldete Menschen wollen wir beenden und somit den
2617 Zugang zur Erwerbstätigkeit ermöglichen. Ziel aller Maßnahmen ist eine sichere und anständig
2618 bezahlte Beschäftigung.

2619

2620

2621

2622

2623

2624 **TEIL V – Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt**

2625

2626 **Kapitel 1: Die Berliner Verwaltung als Dienstleister für die Stadt**

2627 **1.1. Bürgernahe und effizienter Verwaltungsservice**

2628 Eine gute Verwaltung ist die Basis für das Funktionieren einer Großstadt. Der Öffentliche
2629 Dienst ist der Garant für Stabilität und eine tragende Säule unserer Demokratie. Die
2630 Berlinerinnen und Berliner und alle in Berlin Ansässigen vertrauen nicht nur in Krisenzeiten
2631 einem verlässlichen starken Staat, der sich mit seinen vielfältigen Angeboten als Dienstleister
2632 für die Menschen in Berlin versteht.

2633

2634 **Wir wollen, dass die Bewohner:innen und Unternehmen unserer Stadt die Berliner**
2635 **Verwaltung bürgerorientiert, schnell und effizient erleben.** Es macht dabei keinen
2636 Unterschied, ob die Menschen die erforderlichen Dienstleistungen digital oder persönlich vor
2637 Ort erledigen wollen. Die Mitarbeiter:innen der Berliner Verwaltung kümmern sich
2638 gewissenhaft, zuverlässig und zügig um deren Anliegen. Leistungen der Bürger- und
2639 Standesämter, der Jugend- und Sozialämter, die Anmeldung der Kinder an einer Schule oder
2640 auch die Genehmigung für die Sondernutzung von Straßenland für eine Gaststätte sind in
2641 Hellersdorf und Spandau dieselben wie in Karlshorst oder Frohnau. Deshalb werden wir
2642 Bürger- und Unternehmensleistungen vereinheitlichen und vor allem **Doppelzuständigkeiten**
2643 **systematisch weiter abbauen.**

2644

2645 Die SPD Berlin will, dass die Verwaltung als Teil der so wichtigen öffentlichen Daseinsvorsorge
2646 für die Menschen da ist. Sie wird die technischen Voraussetzungen für digitale Angebote weiter
2647 ausbauen und gleichzeitig die Vor-Ort-Präsenz stärken. Wir werden in Ergänzung zu den
2648 Bürgerämtern **ämterübergreifende Kiezbüros oder mobile Bürgerämter** einrichten und
2649 damit eine neue Generation von Ämtern als serviceorientierte Anlaufstellen schaffen, die nach
2650 dem One-Stop-Office-Prinzip arbeiten: Ein Schreibtisch, alle Leistungen, inklusive Beratung
2651 bei komplizierten Sachverhalten. In Kiezbüros ist der Staat für seine Bürger:innen in direkter
2652 Nachbarschaft ansprechbar. Kiezbüros können darüber hinaus auch als Kieztreffs dienen und
2653 Versammlungsorte engagierter Bewohner:innen werden.

2654

2655 **1.2. Zwölf starke Bezirke und eine starke Stadt**

2656 Der **Zukunftspakt Verwaltung**, den der Senat und alle Bezirksbürgermeister:innen
2657 geschlossen haben, stellt die Weichen für eine **klare Verantwortung und konstruktive**
2658 **Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken.** Die SPD will darauf aufbauen und den
2659 nächsten Schritt gehen, indem wir über eine **Verfassungsänderung** zeitgemäße Steuerung
2660 und klare und effiziente Strukturen verankern.

2661 In einem parteiübergreifendem **Verfassungskonvent** werden wir das künftige **Verhältnis**
2662 **zwischen Senat und Bezirken neu definieren**. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung
2663 der Bezirksverwaltungen und der Senatsverwaltungen müssen eindeutig geregelt und
2664 zugeordnet werden. Dies gilt auch und vor allem für die politische Verantwortung in den
2665 Bezirksämtern, bei den Bezirksbürgermeister:innen und den
2666 Bezirksverordnetenversammlungen.

2667

2668 Für die Menschen in unserer Stadt ist es Normalität, Waren online zu bestellen,
2669 Dienstleistungen per App abzurufen oder Bankgeschäfte übers Handy abzuwickeln. Diesen
2670 Komfort wollen wir auch für die **Leistungen der Verwaltung zum Standard machen**. Über
2671 120 Verwaltungsleistungen stehen bereits heute für Unternehmen und Bürger:innen online zur
2672 Verfügung. Das Serviceportal www.service.berlin.de und die Berlin.de Service-App werden wir
2673 nutzerfreundlich weiterentwickeln, stetig aktualisieren und mit dem Servicekonto Berlin für alle
2674 Bürger:innen sowie Unternehmen verknüpfen. Mit Blick auf die Internationalität der
2675 Einwohner:innen Berlins werden wir das Sprachangebot der verfügbaren Informationen im
2676 Berliner Internetauftritt des Landes ausbauen.

2677

2678 Die SPD will, dass die **Daten laufen – nicht die Bürger:innen**. Berlin ist mit seinen digitalen
2679 Angeboten im Städte-Vergleich bereits gut aufgestellt. Die SPD will das noch verbessern und
2680 wird **für die wichtigsten Verwaltungsleistungen Online-Anwendungen anbieten**. Wir
2681 wollen nach dem „Lebenslagen-Prinzip“ handeln. Das bedeutet, dass wir die unterschiedlichen
2682 Verwaltungsleistungen automatisch bündeln, sodass zum Beispiel bei der Geburt eines Kindes
2683 nur einmal Kontakt zu einer Verwaltung aufgenommen werden muss. Berlin arbeitet bereits
2684 heute mit allen Ländern und dem Bund an einfachen und rechtssicheren Lösungen bei der
2685 Umsetzung. Wir sind vorn mit dabei, wenn es um die praktische Umsetzung geht.

2686

2687 Im Sinne einer bürgernahen und transparenten Verwaltung erweitern wir mit dem **Berliner**
2688 **Transparenzgesetz** die Zugänge zu Informationen aus Verwaltung und Politik. Künftig werden
2689 alle wichtigen Daten auf einem **Berliner Transparenzportal** für alle frei einsehbar zur
2690 Verfügung stehen. Das dafür notwendige Personal stellen wir zur Verfügung.

2691

2692 **Eine moderne Verwaltung braucht Innovation**. Berlin hat mit dem **CityLab** einen vielfach
2693 beachteten Ort, an dem die Berliner Verwaltung in enger und kreativer Zusammenarbeit mit
2694 Vertreter:innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Stadtgesellschaft neue Prozesse und Ideen
2695 entwickeln, diskutieren und ausprobieren kann. Mittelfristig sollen in allen 12 Bezirken eigene
2696 innovationLabs in Verbindung mit den bezirklichen Wirtschaftsförderungen und zur
2697 Weiterentwicklung moderner Bezirksverwaltungen eingerichtet werden.

2698 **1.3. Arbeiten für die beste Stadt der Welt – mit gutem Personal**

2699 In den letzten Jahren wurde in fast allen Verwaltungen zusätzliches Personal eingestellt.
2700 Aktuell arbeiten in den Senats- und Bezirksverwaltungen, Polizei, Feuerwehr und Schulen
2701 über 125.000 Beschäftigte, als Beamtinnen und Beamte oder Tarifbeschäftigte in über 100
2702 Berufen. Die SPD Berlin steht für einen weiteren, moderaten Personalaufbau, wenn wir auch
2703 in Zukunft einen schnellen und verlässlichen Verwaltungsservice sicherstellen wollen.

2704

2705 **Arbeiten für die beste Stadt der Welt ist nicht bloß ein Job.** Es ist eine Aufgabe für
2706 Menschen, die ihre Stadt mitgestalten wollen. Die SPD Berlin steht für eine moderne
2707 Verwaltungskultur, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Diese Haltung setzt eine
2708 **Wertschätzung der Beschäftigten und ihrer beruflichen Interessen** voraus. Das fängt bei
2709 der Bezahlung an. Wir haben die Besoldung und Tarifentgelte in den letzten Jahren
2710 kontinuierlich erhöht und auf ein durchschnittliches Niveau der Länder gebracht. Die **Berlin-**
2711 **Zulage** für alle Beschäftigten des Landes ist ein großer Schritt zur Attraktivitätssteigerung des
2712 öffentlichen Dienstes. Der Beförderungsstau wurde ebenfalls aufgelöst. Diese positive
2713 Entwicklung der letzten Jahre muss gesichert bleiben.

2714

2715 Geld ist aber nicht alles: **Faire Arbeitsbedingungen, konstruktives Miteinander, eine**
2716 **offene und wertschätzende Arbeitsatmosphäre** sind ebenso wichtig für die Zufriedenheit
2717 der Beschäftigten. Hier sind alle Ebenen gefordert und ein Paradigmenwechsel in der Arbeits-
2718 und Führungskultur erforderlich. Wir wollen keine bloßen Vorgesetzten, sondern
2719 verantwortungsbewusste flexible Führungskräfte, die im Zeitalter von Arbeit 4.0 die digitale
2720 Transformation vorantreiben und die Partizipation, Eigenverantwortung und Vielfalt ihrer
2721 Mitarbeiter wertschätzen und fördern. Mit der Gründung einer eigenen
2722 **Führungskräfteakademie** haben wir den Wandel begonnen. Die SPD will gezielte und
2723 moderne Personalentwicklungskampagnen für engagierte, kompetente und motivierte
2724 Beschäftigte aller Verwaltungsebenen durchführen. Gute Politik braucht eine gute Verwaltung.
2725 Und eine gute Verwaltung braucht gute Politik und das beste Personal.

2726

2727 Teil einer guten Personalpolitik sind **familienfreundliche und moderne**
2728 **Arbeitsbedingungen.** Wir wollen daher eine **flexiblere und mobile Arbeitsorganisation,**
2729 **Arbeitsumgebung und Ausstattung** sicherstellen, insbesondere für das Arbeiten im
2730 Homeoffice. Im Sinne einer guten Personalpolitik wollen wir verstärkt in die IT-Infrastruktur, IT-
2731 Ausstattung und in moderne digitale Anwendungen und Kollaborationstools investieren,
2732 insbesondere in den 12 Bezirken. Dabei werden alle IT-Vorhaben standardisiert,
2733 nutzerfreundlich, datenschutzgerecht und barrierefrei gestaltet.

2734

2735 Wertschätzung für Mitarbeitende in der Verwaltung drückt sich auch in der **Gestaltung der**
2736 **Arbeitsräume aus**. Modernes Mobiliar in den Büros oder die Gestaltung innovativer und
2737 flexibel nutzbarer Arbeitslandschaften und unterschiedlich nutzbarer Kommunikationsorte sind
2738 wichtige Bestandteile einer modernen Arbeitsplatzgestaltung. Viele ältere Dienstgebäude sind
2739 für die Bürger:innen und die Beschäftigten nicht mehr ansprechend und modern genug
2740 ausgestattet. Wir werden den hohen Investitionsstau bei der **Sanierung und Modernisierung**
2741 **unserer Verwaltungsgebäude** konsequent auflösen und weiter in das
2742 Gebäudemanagement, vor allem an der so wichtigen Schnittstelle zur IT-Infrastruktur,
2743 investieren. Investitionen in die Bausubstanz sind immer auch Investitionen in die Menschen,
2744 die dort arbeiten.

2745

2746 Angesichts der Pensionierungswelle in den nächsten Jahren ist das Thema
2747 **Personalgewinnung und -entwicklung** zentral. Berlin als Bundeshauptstadt und attraktive
2748 Stadt für Menschen aus dem In- und Ausland steht in einem starken Konkurrenzverhältnis mit
2749 anderen Verwaltungen und Unternehmen. Deshalb müssen wir im Wettbewerb um die besten
2750 Köpfe die besten Arbeitsbedingungen bieten und auch mit der **Verbeamtung der**
2751 **Beschäftigten** konkurrenzfähig sein. Wir werden weiter daran arbeiten, bei der Bezahlung der
2752 Beschäftigten auf allen Ebenen wettbewerbsfähig zu sein. Wir wollen auch die Konkurrenz um
2753 die besser bezahlten Positionen innerhalb der Berliner Verwaltungen beenden und noch mehr
2754 Flexibilität sowie Durchlässigkeit schaffen. Das öffentliche Dienstrecht muss an die sich
2755 verändernden Rahmenbedingungen angepasst und modernisiert werden, um den Zugang für
2756 Quereinsteiger:innen zu vereinfachen.

2757

2758 Durch eigene **Ausbildungsprogramme, duale Studienangebote oder**
2759 **Nachwuchskräfteprogramme, schnelle und gebündelte Einstellungsverfahren**, den
2760 Ausbau von Wohnraum für Anwärter:innen, Auszubildenden und dual Studierende, attraktive
2761 Arbeitsbedingungen sowie gezielte, individuelle Entwicklungsperspektiven werden wir auch in
2762 Zukunft qualifizierte Bewerber:innen als künftige Kolleg:innen für die vielfältigen Aufgaben in
2763 der Berliner Verwaltung gewinnen und binden. Zugleich wollen wir für die Mitarbeiter:innen in
2764 der Verwaltung eine digitale Qualifizierungsoffensive starten.

2765

2766 Eine Stärke Berlins ist die große Vielfalt der Menschen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass sich
2767 diese Vielfalt noch stärker in der Verwaltung widerspiegelt. Mehrsprachigkeit und
2768 interkulturelle Kompetenz sind für die Arbeit in unseren Senatsverwaltungen und
2769 Bezirksämtern, der Polizei und Feuerwehr mindestens genauso wichtig wie gute Noten. Dafür
2770 machen wir uns stark und werben für einen höheren Anteil von Beschäftigten mit
2771 Migrationsgeschichte in der Berliner Verwaltung, auch in Führungspositionen. Menschen mit

2772 Migrationsgeschichte in Leitungsfunktionen sind ein starkes Signal in die migrantisch
2773 geprägten Communities und haben Vorbildcharakter.

2774

2775 Insbesondere für Führungskräfte und Mitarbeitende unserer Sicherheitsbehörden wird es
2776 regelmäßige Schulungen, Fort- und Weiterbildungen zu interkultureller Kompetenz und
2777 Demokratiebildung geben. Wir brauchen darüber hinaus eine verstärkte Sensibilisierung von
2778 Behördenmitarbeiter:innen im Umgang mit Bürger:innen, aber auch Kolleg:innen, die
2779 Verschwörungsmymen verbreiten oder sich rassistisch oder extremistisch äußern.

2780

2781

2782 **Kapitel 2: Digitalpolitik für eine „smarte“ Stadt Berlin**

2783 **2.1. Digitalisierung der Verwaltung**

2784 Wir wollen mit den digitalen Möglichkeiten das Leben der Menschen positiv verändern. Eine
2785 **moderne, standardisierte, leistungsstarke und professionell betriebene IT-Infrastruktur**
2786 des Landes Berlin ist Voraussetzung für einen schnellen und bürgernahen
2787 Verwaltungsservice. Mit einer **gemeinsamen Digitalisierungsstrategie für die Verwaltung**
2788 sorgen wir für eine einheitliche Steuerung und dafür, dass Digitalisierung in allen Bereichen
2789 Priorität hat. Für diese Steuerung ist eine landesweite Verantwortlichkeit vorgesehen, die in
2790 der Lage ist, die Digitalisierungsaktivitäten der Senats- und Bezirksverwaltungen
2791 zusammenzuführen sowie die übergeordnete Strategie zu koordinieren. Darüber hinaus soll
2792 **in jeder Behörde eine „Stabstelle Digitalisierung“** eingerichtet werden. Die Investitionen in
2793 die Modernisierung und Standardisierung der Technik der Berliner Verwaltung werden in den
2794 nächsten fünf Jahren verstärkt. Im Zentrum einer verantwortungsvollen Berliner Digitalpolitik
2795 steht außerdem der Schutz privater und öffentlicher Daten. Berlin ist sich seiner
2796 **Verantwortung für Datenschutz und Datensicherheit** bewusst und handelt entsprechend.

2797

2798 **2.2. Digital auf dem Weg in das smarte Berlin**

2799 Die SPD wird die Digitalisierung unserer Stadt weiter aktiv gestalten und vorantreiben. Als
2800 Modellprojekt des Bundes werden wir die **Berliner Smart-City-Strategie formulieren und**
2801 **umsetzen**. Wir wollen, dass von bestehenden und zukünftigen digitalen Techniken nicht
2802 primär Technologieunternehmen profitieren, sondern vor allem die Berliner:innen. Wir wollen,
2803 dass **Gemeinwohl, Nachhaltigkeit und Teilhabe die Maßstäbe für die Digitalisierung der**
2804 **Stadt** sind.

2805

2806 Wir werden dafür gemeinsam mit starken Partnern nach den besten Lösungen suchen – mit
2807 der Berliner Wirtschaft, der Berliner Wissenschaft, den großen Technologieunternehmen und
2808 der Stadtgesellschaft. Wir haben das beste Know-How in unserer Stadt, mit dem wir die

2809 Chancen der Digitalisierung nutzen wollen. Dieser Prozess muss zentral und in
2810 Zusammenarbeit mit erfahrenen Expert:innen geführt werden.

2811

2812 **2.3. Breitband-Infrastrukturausbau beschleunigen**

2813 Auch wichtige Bereiche der digitalen Infrastruktur sehen wir als Teil der öffentlichen
2814 Daseinsvorsorge in unserer Stadt. Wir werden uns in Bund und Land für eine **Gigabit-**
2815 **Strategie** einsetzen, um den bisher stockenden Breitband-Infrastrukturausbau zu
2816 beschleunigen und möglichst allen Unternehmen und allen Bürger:innen einen
2817 Glasfaseranschluss zu ermöglichen. Auch den Zugang zur 5G-Infrastruktur wollen wir so
2818 vorantreiben. Wir werden die Gründung eines Berliner Infrastrukturbetriebes zum Ausbau und
2819 Betrieb von modernen Infrastruktur-Netzen prüfen.

2820

2821

2822 **Kapitel 3: Kommunale Unternehmen als wichtige Stützen der Daseinsfürsorge**

2823 Wir wollen in Berlin eine ansprechende, saubere, moderne und sichere öffentliche
2824 Infrastruktur. Auch das ist Aufgabe der Berliner Verwaltung. Deshalb werden wir die
2825 unterschiedlichen Zuständigkeiten in der Stadt weiter an unserem Ziel einer bürgernahen
2826 Verwaltung und lebenswerten Umwelt ausrichten.

2827

2828 **Öffentliche Daseinsvorsorge braucht starke kommunale Unternehmen.** Sie ermöglichen
2829 ein gerechtes, gesichertes und hochwertiges Angebot an gemeinwohlorientierten Leistungen
2830 für Unternehmen und Bürger:innen in Berlin. Dazu zählen vor allem die Versorgung mit
2831 Energie, die Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereitstellung von günstigem
2832 Wohnraum, die Gesundheitsversorgung sowie Bäder, öffentlicher Verkehr und bestimmte
2833 digitale Infrastrukturen. Gleichzeitig sind die landeseigenen Unternehmen und Betriebe ein
2834 wesentlicher Teil der Berliner Wirtschaft und tragen erheblich zur weiteren Entwicklung Berlins
2835 bei. So fließen die Gewinne der Landesunternehmen nicht in private Kassen, sondern bleiben
2836 in öffentlicher Hand und ermöglichen so Investitionen und Innovationen für die Menschen in
2837 unserer Stadt.

2838

2839 Wir streben die noch stärkere **Aktivierung der kommunalen Unternehmen für eine aktive**
2840 **Wirtschafts- und Stadtpolitik** an. Heute schon beschließt der Berliner Senat für alle
2841 Landesunternehmen Zielbilder. Diese werden wir überprüfen und weiterentwickeln. Wir wollen,
2842 dass die öffentlichen Unternehmen aktiv politische und gesellschaftliche Ziele unterstützen, so
2843 etwa bei der ganzheitlichen Planung neuer Stadtteile, dem Ausbau des Verkehrsnetzes oder
2844 im Gesundheitswesen sowie bei den Herausforderungen des Klimawandels für unsere Stadt.
2845 Die jährlichen Beschaffungen durch die Landesunternehmen in Milliardenhöhe wollen wir

2846 stärker für die Erreichung unserer strategischen Zielsetzungen wie Innovationskraft oder
2847 Klimaneutralität einsetzen.

2848

2849 **Kapitel 4: Verantwortungsvolle und verlässliche Finanz- und Haushaltspolitik**

2850 Die SPD hat die Berliner Finanz- und Haushaltspolitik der letzten Jahrzehnte erfolgreich
2851 geprägt. Nach dem plötzlichen Wegfall der Bundesförderungen in beiden ehemaligen
2852 Stadthälften und dem Berliner Bankenskandal war unsere Stadt praktisch handlungsunfähig.
2853 Berlin musste zusätzlich den Wegfall von jährlich zwei Milliarden Euro aus Solidarpaktmitteln
2854 verkraften. Zugleich waren zahlreiche schmerzhaft Konsolidierungsentscheidungen
2855 Gegenstand des politischen und gesellschaftlichen Konsenses. Wir haben mit unserer
2856 ausgewogenen und vorausschauenden Finanzpolitik dafür gesorgt, dass Berlin in finanziell
2857 besseres Fahrwasser kommt, indem wir **konsolidieren und investieren**.

2858 Wir haben den erzwungenen Personalabbau gestoppt und mit einem behutsamen
2859 **bedarfsgerechten Personalaufbau** umgesteuert. Wir investieren wieder in unsere
2860 Infrastruktur. Heute liegt die Investitionsquote statt auf dem bundesweit letzten, auf einem
2861 vorderen Platz, die Stadt fährt nicht mehr auf Verschleiß. Unsere politische
2862 Priorisierungsentscheidung für die **Schulbauoffensive** steht stellvertretend für dieses
2863 Umsteuern. Wir haben nicht nur Privatisierungen gestoppt, sondern zum Beispiel mit den
2864 Berliner **Stromnetzen**, umfangreichen Gebäude- und Wohnungsbeständen oder den
2865 **Wasserbetrieben kommunalisiert**. Zugleich konnten wir die **Wasserpreise** nicht nur
2866 stabilisieren, sondern mehrfach **senken**. Unsere Politik entlastet den Berliner Landeshaushalt
2867 und zahlt sich für die Berliner:innen unmittelbar aus.

2868 Wir haben in den zurückliegenden Jahren durch kluge Haushaltspolitik jährlich positive
2869 Abschlüsse erreicht, als echte **Haushaltsüberschüsse**. Die SPD-Politik hat die erdrückenden
2870 **Schulden** der Stadt um viele Milliarden Euro **zurückgeführt** und zugleich die
2871 Grundsatzentscheidung getroffen, die Investitionen zu verstärken. Das von uns geschaffene
2872 Instrument **„Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und**
2873 **Nachhaltigkeitsfonds (SIWANA)“** ist heute ein etabliertes und wirksames
2874 Investitionsinstrument – eine Investitionsrücklage von mehr als drei Milliarden Euro.

2875 Wir haben die Bezahlung unserer Mitarbeiter:innen an den Durchschnitt der Bundesländer
2876 herangeführt und zusätzlich mit der **„Berlin-Zulage“** den öffentlichen Dienst gestärkt. Unsere
2877 Haushalts- und Finanzpolitik hat zu wirksamen **Entlastungen der Berliner:innen** geführt. Die
2878 Schüler:innen fahren kostenfrei mit den Öffentlichen. In der Kita, im Hort, beim Schulesen,
2879 beim Büchergeld und an der Uni gilt: **Gebührenfreiheit entlastet unsere Familien** und sorgt
2880 für Chancengleichheit. Diese Politik wollen wir fortführen.

2881 Die Pandemie hat uns auch finanzpolitisch vor große Herausforderungen gestellt und gezeigt,
2882 wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist. Die SPD geführte Landesregierung hat sofort und
2883 entschieden die massive Unterstützung der Wirtschaft, der Selbständigen, der
2884 Kulturschaffenden und auch der Familien durchgesetzt. Wir haben die Krankenhäuser und
2885 öffentlichen Betriebe gerade während der Pandemie gestützt, um deren Leistungen für die
2886 Berliner:innen zu erhalten und auszubauen. Mit der SPD wird es **kein „Heraussparen“ aus**
2887 **der Krise** geben. Wir werden Berlin mit Konjunkturprogrammen, Starthilfen und gezielten
2888 Investitionen in Wirtschaft und Arbeitsplätze aus der Pandemie führen.

2889 **TEIL VI – Berlin in Sicherheit**

2890 Berlin ist die **Stadt der Freiheit**. Freiheit ist einer der Grundwerte der SPD. Wir sind ihr
2891 verpflichtet und sie ist Maßstab unseres Handelns. Das gilt in ruhigen genauso wie in
2892 unruhigen Zeiten. Freiheit bedeutet ein selbstbestimmtes Leben ohne Not und Zwang. Wer
2893 konkret von Kriminalität bedroht ist oder sich aus Angst davor nicht mehr in den Stadtpark
2894 traut, handelt nicht mehr frei. Deshalb gilt für uns der Grundsatz: die Sicherheit muss immer
2895 der Freiheit dienen. Das ist für uns Kernaufgabe des Staates.

2896

2897 Für die SPD bedeutet Sicherheit mehr als nur die Abwesenheit von Gewalt und Verbrechen.
2898 Sicherheit ist auch der Schutz vor sozialem Abstieg, Armut und gesellschaftlicher
2899 Ausgrenzung. Wir wollen, dass alle Menschen in unserer Stadt sicher leben können und nicht
2900 nur die, die sich persönliche Sicherheit leisten können.

2901

2902 Die innere Sicherheit ist bei der SPD in guten Händen. Die SPD ist die **Rechtsstaatspartei**,
2903 die für Freiheit und Sicherheit sorgt. Beides gehört für uns zusammen: Unsere Freiheit muss
2904 durch die unbedingte **Achtung der Menschen- und Bürgerrechte** durch alle Staatsgewalten
2905 und die Gewährleistung einer unabhängigen und bürgernahen Rechtsprechung geschützt
2906 werden. Wir wollen einen starken Rechtsstaat, dem die Menschen vertrauen, der
2907 Regelverletzungen konsequent und nachhaltig verfolgt und der keine rechtsfreien Räume oder
2908 Gewalt zulässt. Daher gehen wir gezielt gegen Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten im
2909 öffentlichen Raum vor. Gewalttätige Übergriffe, illegale Autorennen, gewaltorientierte
2910 Hausbesetzungen, Drogenhandel und Sperrmüll auf den Straßen sind kein Ausdruck eines
2911 freien und vielfältigen Lebensgefühls, sondern führen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu
2912 Unsicherheit und zu einem schleichenden Vertrauensverlust in den Staat und seine
2913 Institutionen. Wir befürworten den Staat und misstrauen ihm nicht. Wir werden Polizei,
2914 Ordnungsbehörden und Justiz stärken, um Freiheit, Sicherheit und Vielfalt für alle zu
2915 gewährleisten.

2916

2917

2918 **Kapitel 1: Soziale Sicherheit stärken**

2919 Sozialer Zusammenhalt stärkt unsere Stadtgesellschaft. Soziale Sicherheit verstehen wir als
2920 Grundbedürfnis aller Berliner:innen. Um sie umsetzen, brauchen wir ein Hilfesystem mit guten
2921 Arbeits- und Rahmenbedingungen. Leistungsberechtigten sollen ihre Rechtsansprüche auf
2922 Hilfen schnell gewährt werden. Hilfesuchende sollen ohne Hürden oder komplizierte Anträge
2923 individuelle Unterstützung erhalten. Diese Leistungsgewährung wollen wir in jedem Bezirk in
2924 gleich guter Qualität umsetzen. Wir verstehen die Berliner Wohlfahrtsverbände,

2925 Hilfsorganisationen, gemeinwohlorientierten und gemeinnützigen Organisationen als
2926 verlässliche Partner:innen bei der Sicherung der sozialen Infrastruktur.

2927

2928 **1.1. Strukturen vor Ort stärken**

2929 Besonders das **soziale Netz** an Stadtteil-, Familien- und Nachbarschaftszentren,
2930 Selbsthilfegruppen, Kontaktstellen PflegeEngagement, Selbsthilfekontaktstellen,
2931 Freiwilligenagenturen sowie das Angebot in der Jugend- und Seniorenfreizeitstätten und
2932 Seniorenarbeit wollen wir weiter ausbauen und personell stärken. Die SPD Berlin will Chancen
2933 ermöglichen. Daher möchten wir auch die Schuldnerberatung für Bürger:innen und
2934 Unternehmer:innen ausbauen.

2935

2936 Die Ergebnisse der Arbeit der Landeskommission zur **Prävention von Kinder- und**
2937 **Familienarmut** machen wir zur Grundlage: Wir möchten einen weiteren Ausbau der
2938 bezirklichen Netzwerke zur Armutsprävention, die Stärkung der Armutssensibilisierung in den
2939 Bildungseinrichtungen. Ebenso soll die Kommission ihre Arbeit fortsetzen.

2940

2941 Wir wollen die Kieze in Berlin und ihre Strukturen stärken und diejenigen unterstützen, die
2942 dazu beitragen. Wir möchten das **Landesprogramm Stadtteilmütter ausbauen** und so die
2943 erfolgreich evaluierte Arbeit der Stadtteilmütter langfristig sichern. Integrationslotsen
2944 unterstützen Migrant:innen in allen Berliner Bezirken. Das **Landesrahmenprogramm**
2945 **Integrationslotsen** sieht den Einsatz von Lots:innen in sozialversicherungspflichtigen
2946 Anstellungen sowie eine berufsbegleitende Qualifizierung, Begleitmaßnahmen,
2947 Vernetzungsangebote und eine landesweite Koordinierung vor.

2948

2949 **1.2. Wohnungslosigkeit verhindern, Obdachlosigkeit beenden**

2950 Wir werden die regelmäßige Zählung obdachloser Menschen in Berlin fortführen und die Nacht
2951 der Solidarität bekannter machen. Wohnungslose Menschen fallen bislang durch die Zählung
2952 und bleiben unentdeckt. Wir wollen **Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit beenden**.
2953 Dafür möchten wir das **Konzept des Housing First** entwickeln und eine Verzahnung mit dem
2954 Programm Betreutes Wohnen anstreben. Die gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung
2955 der Wohnungs- und Obdachlosen wollen wir auf Landesebene für das gesamte Stadtgebiet
2956 umsetzen und die Bezirke bei der Unterbringung aktiv mit der besseren Übersicht der
2957 Unterbringungsmöglichkeiten über eine Datenbank unterstützen. Wir stärken die
2958 Beratungsstrukturen, um so vor Wohnungsverlust präventiv zu schützen. Wir werden das
2959 geschützte Marksegment ausweiten.

2960

2961 **1.3. Berlin als sicherer Hafen – gegen Ausgrenzung, für Integration und Vielfalt**

2962 **Interkulturalität** ist Teil unseres Verständnisses von Inklusion und ein zentrales
2963 Qualitätsmerkmal unserer Politik, weshalb wir jeder Form von antisemitischen,
2964 antimuslimischen, rassistischen und extremistischen Äußerungen sowie Handlungen
2965 entschieden entgegentreten.

2966

2967 Wir bestärken alle Menschen im Rahmen ihrer Fähigkeiten für sich und die Gemeinschaft
2968 Verantwortung zu übernehmen, sich freiwillig zu engagieren sowie **Hilfe zur Selbsthilfe** zu
2969 organisieren. Unsere Demokratie braucht das Engagement ihrer Bürger:innen. Wir schaffen
2970 die Strukturen, etwa durch die Finanzierung von Stadtteilzentren, Begegnungsstätten,
2971 Freizeiteinrichtungen und Nachbarschaftsheimen.

2972

2973 Einsamkeit ist ein ernstzunehmendes soziales Phänomen. Daher wollen wir die **Hilfetelefone**
2974 **und Anlaufstellen stärken**.

2975

2976 Kein Mensch ist illegal. Berlin ist für diejenigen, die hierher flüchten müssen, ein sicherer
2977 Hafen. Wir setzen uns dafür ein, dass das unwürdige Hin- und Hergeschiebe von Geflüchteten
2978 in Europa endlich aufhört. Wir bekennen uns zur Verantwortung, allen Menschen in der Stadt
2979 ein Leben in Würde und ohne Angst zu ermöglichen. Wir wollen ein eigenes
2980 **Landesaufnahmeprogramm umsetzen** und im Rahmen der Kapazitätsmöglichkeiten Berlins
2981 insbesondere minderjährige Geflüchtete aufnehmen.

2982

2983

2984 **Kapitel 2: Für einen starken Staat – wir stärken Polizei und Justiz den Rücken**

2985 **2.1. Unsere Hauptstadt-Polizei – sichtbar und ansprechbar für die Menschen**

2986 Wir werden das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen weiter stärken. Dafür
2987 brauchen wir eine **Hauptstadt-Polizei**, die sichtbar und direkt ansprechbar für die Bürgerinnen
2988 und Bürger ist. Besondere Polizeiwachen wie die Alex-Wache oder mobile Wachen werden
2989 wir ausbauen. Das neue Konzept der **Kontaktbereichsbeamten**, KOB100, wird ausgeweitet.
2990 Die Polizei soll Streife gehen und Streife fahren, sie ist mit dem Auto, zu Fuß und mit
2991 Fahrrädern unterwegs. Die **Fahrradstreifen** werden wir weiter in allen Bezirken verstärken.
2992 Die SPD unterstützt **Bodycams** für die Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr. Das schützt
2993 die Beamtinnen und Beamten vor Übergriffen und macht polizeiliche Arbeit transparent.

2994

2995 Subjektive Sicherheit bedeutet für jede und jeden etwas Anderes. Wir werden eine **berlinweite**
2996 **Bürger:innen-Befragung** durchführen, um mehr zu erfahren über die individuellen

2997 Erfahrungen mit Kriminalität und das **persönliche Sicherheitsempfinden**. Die Ergebnisse
2998 werden in die tägliche Polizeiarbeit einfließen.

2999

3000 Eine **bürgernahe Polizei** muss die gesamte Stadtgesellschaft repräsentieren. Wir sind stolz
3001 darauf, dass Berliner Polizei als erste Polizeibehörde in Deutschland geschafft hat, dass
3002 Bewerber:innen und Neueingestellte genauso vielfältig sind wie die Berliner Bevölkerung. Wir
3003 werden diesen Weg fortsetzen und gezielt die Vielfalt in Leitungspositionen stärken.

3004

3005 **2.2. Eine sichere Stadt für alle**

3006 Die SPD wird die bestehende **Berliner Sicherheitsarchitektur** weiter stärken und ausbauen.
3007 Wir haben in unserer Verantwortung seit 2016 die größte personelle Verstärkung der Berliner
3008 Polizei seit vielen Jahrzehnten auf den Weg gebracht. In dieser Zeit sind mehr als 2.200
3009 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu gekommen. Unsere erfolgreiche **Einstellungsoffensive**
3010 wollen wir auch künftig fortsetzen. Wir brauchen mehr Personal und eine angemessene
3011 technische Ausstattung bei den Ermittlungsbehörden. Unser Ziel ist eine sichere Stadt für alle.

3012

3013 Vor allem das eigene Zuhause sollte ein sicherer Ort sein. Für viele, besonders Frauen und
3014 Kinder, ist es das aber nicht. Um Frauen in akuten Notlagen besser helfen zu können, werden
3015 wir mehr Kapazitäten in **Frauenhäusern** schaffen, gerade für Frauen mit Kindern. Dies betrifft
3016 nicht nur Räumlichkeiten, sondern auch Betreuung durch geschultes Personal. Bis diese in
3017 ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, wird durch unter anderem die Anmietung von
3018 Hotelzimmern sichergestellt, dass jede Frau, die Schutz sucht, diesen auch bekommt. In
3019 Risikozeiträumen wie den Weihnachtsfeiertagen wollen wir durch solche temporären
3020 Anmietungen zusätzlich benötigte Kapazitäten bereitstellen. Die **Gewaltschutzambulanzen**
3021 und Frauenhäuser werden wir insbesondere in Hot-Spots ausbauen und verstetigen.

3022

3023 **2.3. Entschieden gegen jede Form der Kriminalität**

3024 Wir verstärken den Kampf gegen **Organisierte Kriminalität** und **Clankriminalität**. Deren
3025 Taten und Verstöße reichen von Mord und Raub über Wirtschaftskriminalität, Steuervergehen,
3026 Schutzgelderpressung bis zu organisiertem Drogenhandel. Organisierte Kriminalität
3027 untergräbt die Grundwerte unserer Gesellschaft und muss daher entschieden bekämpft
3028 werden. Niemand steht über dem Rechtsstaat. Der bestehende **Fünf-Punkte-Plan**, der die
3029 behördenübergreifende Arbeit regelt, hat sich bewährt. Die enge Kooperation zwischen
3030 Polizei, Justiz, Bezirken, Bundes- und Landesbehörden führen wir weiter. Dazu gehören auch
3031 regelmäßige Verbundeinsätze. Die **Beschlagnahmung von Immobilien** und anderen
3032 Werten, die mit kriminellem Geld erwirtschaftet wurden, ist ein wirksames Mittel um diese

3033 Kriminalität gezielt zu bekämpfen. Dabei muss immer Täterorientiert vorgegangen werden. Es
3034 darf keinen Generalverdacht gegen ganze Familien geben.

3035

3036 Wir wollen dafür sorgen, dass elektronische Geräte, die durch die Sicherheitsbehörden
3037 beispielsweise bei Durchsuchungen sichergestellt werden, besser und schneller durchsucht
3038 werden können. Für solche Datenauswertungen wollen wir die Kapazitäten deutlich ausbauen.

3039 **Cyberkriminelle** bedrohen durch Betrugsdelikte die Menschen in ihrem persönlichen Umfeld
3040 und verursachen Millionenschäden. Sie greifen auch Wirtschaftsunternehmen an und können
3041 durch Attacken auf Firmennetze sicherheitsrelevante Unternehmen der Energie-, Wasser-
3042 oder Telekommunikationsversorgung in Gefahr bringen – und damit die gesamte Stadt. Der
3043 Schutz der sogenannten **Kritischen Infrastrukturbetreiber** hat für die SPD höchste Priorität.
3044 Cybercrime und IT-Sicherheit müssen wir immer zusammendenken.

3045

3046 **Wirtschaftskriminalität** richtet sich gegen den Solidaritätsgedanken, der unsere Gesellschaft
3047 zusammenhält. Zudem sind die volkswirtschaftlichen Einbußen für unsere Stadt groß. Wir
3048 wollen Wirtschaftskriminalität deshalb mit wirksamen Maßnahmen spürbar zurückdrängen.
3049 Dafür möchten wir mehr Polizist:innen einstellen, die über besondere Expertise auf dem Feld
3050 verfügen und Wirtschaftskriminalität und Geldwäsche damit bestmöglich bekämpfen können.
3051 Auch die Staatsanwaltschaft soll mit zusätzlichem Personal ausgestattet werden. Trotz aller
3052 bisherigen Bemühungen ist **Schwarzarbeit** in Berlin weiterhin ein ernstzunehmendes
3053 Problem. Gemeinsam mit dem Zoll wollen wir deshalb Kontrollen verstärken und gegen illegale
3054 Beschäftigung vorgehen. Durch Steuerhinterziehung werden die Berliner:innen jährlich um
3055 erhebliche Summen betrogen. Wir werden die zuständigen Fahndungsbehörden personell
3056 verstärken, den Ermittlungsdruck durch Ankauf von sogenannten "Steuer-DVDs" hochhalten
3057 und so zusätzliche Steuereinnahmen generieren.

3058

3059

3060 **Kapitel 3: Für mehr Respekt: Demokratie fördern, Hass und Gewalt bekämpfen**

3061 **3.1. Bürgerrechte schützen**

3062 Wir wollen unsere freiheitliche Grundordnung schützen. **Individuelle Freiheitsrechte** müssen
3063 bei jedem behördlichen Handeln angemessen berücksichtigt werden. Die dazu in den
3064 vergangenen Jahren unternommenen Schritte werden wir fortsetzen. Wir stehen für eine
3065 konsequente und kluge Ermittlungsarbeit. Das bedeutet, dass wir die Bürger:innenrechte
3066 schützen wollen und uns einem immer größer werdenden Datensammeln entgegenstellen.
3067 Das Transparenzsystem bei Funkzellenabfragen wollen wir optimieren.

3068

3069 Der Anlass für Identitätsfeststellung durch die Polizei darf nicht alleine auf das äußere
3070 Erscheinungsbild einer Person zurückgeführt werden. Das Verbot von sogenanntem **Racial**
3071 **Profiling** wurde von der SPD in Berlin als erstem Bundesland eingeführt. Seit Jahren ist dieses
3072 Verbot fester Bestandteil sozialdemokratischer Innenpolitik. Praktisch treten wir Racial
3073 Profiling mit verbesserter Aus- und Fortbildung und der Abschaffung anlassloser Kontrollen
3074 entgegen.

3075

3076 Vorfälle wie die Verbreitung **rechtsextremer Positionen in Chat-Gruppen** nehmen wir sehr
3077 ernst. Sie gefährden die gute Arbeit der großen Mehrheit der Berliner Polizistinnen und
3078 Polizisten und untergraben das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden – besonders bei
3079 Menschen, die von Rassismus betroffen sind. Wir stellen daher unmissverständlich klar:
3080 Extremist:innen in Sicherheitsbehörden werden wir konsequent aus dem Dienst entfernen. Wir
3081 bauen dabei auf externe Kontrolle und die Wachsamkeit innerhalb der Polizei. Deshalb haben
3082 wir ein anonymes **Hinweisgeber-System** aufgebaut und das Amt einer **Extremismus-**
3083 **Beauftragten** in der Berliner Polizei geschaffen. Wir haben zudem eine Studie zu Rassismus
3084 in der Polizei auf den Weg gebracht und stellen sicher, dass die Empfehlungen mit
3085 ausreichenden Ressourcen umgesetzt werden. Die neue Stelle der/des **Polizeibeauftragten**
3086 bietet erstmals Bürger:innen und Polizist:innen eine Ansprechstation außerhalb der Polizei.
3087 Wir werden diese Stelle evaluieren und bei Bedarf personell aufstocken.

3088

3089 **3.2. Vorurteile abbauen, Demokratie fördern**

3090 Der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen **Zivilgesellschaft und**
3091 **Sicherheitsbehörden** sind gerade beim Kampf gegen Rassismus von besonderer
3092 Bedeutung. Wir wollen diesen Austausch deshalb institutionalisieren, zum Beispiel durch den
3093 vertrauensbildenden, regelmäßigen Austausch zwischen Sicherheitsbehörden und den
3094 Akteur:innen, die in der Rechtsextremismusprävention tätig sind.

3095

3096 Unsere Antwort auf Angriffe gegen Minderheiten muss **eine starke und wehrhafte**
3097 **Demokratie** sein. Dafür sind die vielen großen und kleinen **Projekte der Berliner**
3098 **Zivilgesellschaft** unverzichtbar. Wir erkennen diese Arbeit an, verteidigen sie gegen
3099 Demokratiefeinde samt ihren unbegründeten Anschuldigungen und schätzen sie als dauerhaft
3100 wichtigen Beitrag für die Präventionsarbeit. Wir nutzen die Fördermöglichkeiten des
3101 Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und stärken unsere Partnerschaften für Demokratie,
3102 das Landesdemokratiezentrum und die Kompetenznetzwerke gegen jede Form von
3103 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir möchten die Finanzierung dieser **Projekte**
3104 **möglichst langfristig sichern**. Dafür setzen wir uns für ein Demokratiefördergesetz auf
3105 Bundesebene ein. Darüber hinaus wollen wir die entsprechenden Förderprogramme und

3106 Aufgaben – insbesondere für die Bildungs- und Jugendarbeit, Mobile Beratungsarbeit, die
3107 Opferberatung sowie die Dokumentation – besser aufeinander abstimmen und bündeln. Dies
3108 soll mit einer finanziellen Aufstockung der bisherigen Programme einhergehen.
3109 Daueraufgaben müssen eine dauerhafte Finanzierung erhalten.

3110

3111 Die Versammlungsfreiheit gehört zu den Grundrechten in der Demokratie. Jede und jeder hat
3112 das Recht zu demonstrieren und muss es wahrnehmen können. Wir haben mit dem
3113 **Versammlungsfreiheitsgesetz** neue Maßstäbe für ein freiheitliches Versammlungsrecht
3114 gesetzt. Jeden Tag gibt es mehrere Versammlungen, die die Polizei und die Bevölkerung
3115 regelmäßig fordern. Wir sind stolz auf die aktive Berliner Zivilgesellschaft. Der Schutz und die
3116 Sicherstellung des Versammlungsrechts müssen auch in Zukunft gewährleistet werden.
3117 Insbesondere dort wo Demonstrationen sensibel oder politisch umstritten sind, muss ein
3118 ausreichender Schutz auch von Gegendemonstrant:innen sichergestellt werden. An der
3119 Berliner Polizei-Strategie der Deeskalation halten wir fest und werden sie weiterentwickeln.

3120

3121 **3.3. Kriminalität verhindern durch gelingende Prävention**

3122 Die SPD sorgt für Sicherheit, weil sie Repression und Prävention gleichermaßen betrachtet.
3123 Sicherheit bedeutet konsequente Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und die Ahndung von
3124 Ordnungswidrigkeiten. Unsere Stadt wird auch dadurch sicherer, indem alle in unserer
3125 Gesellschaft solidarisch handeln und Eigenverantwortung für unsere Kieze übernehmen,
3126 Regeln einhalten und präventive Maßnahmen auf allen Ebenen der Gesellschaft unterstützen.
3127 Für eine wehrhafte Demokratie ist die **Arbeit der Zivilgesellschaft** deshalb von besonderem
3128 Wert. Die unterschiedlichen Formen von Gewalt bedrohen das friedliche Zusammenleben in
3129 unserer Stadt. Wir wollen eine Kultur des Hinsehens, die die Ursachen von Gewalt in den Blick
3130 nimmt, Gewaltverhalten vorbeugt und den Schutz vor Gewalt erhöht.

3131

3132 Prävention ist dann besonders wirksam, wenn wir gemeinsam für eine gewaltfreie, sichere und
3133 lebenswerte Stadt zusammenarbeiten. Die SPD wird ein **Landespräventionsgesetz** auf den
3134 Weg bringen, um gemeinsame Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt, Gewalt auf
3135 Straßen, Plätzen, in den Parks sowie dem öffentlichen Nahverkehr und Gewalt im Internet
3136 sicherzustellen. Wir stärken unsere bezirklichen Präventionsräte und unser **Landeskonzept**
3137 **„Berlin gegen Gewalt“**. Mit kiezorientierten Maßnahmen in den Nachbarschaften werden wir
3138 helfen Konflikte gewaltfrei zu lösen und das Sicherheitsempfinden vor Ort zu stärken.

3139

3140 Besonders wichtig bleibt der Bereich der **Bekämpfung der Jugendkriminalität**. Berlin hat
3141 hier eine positive Entwicklung mit sinkenden Straftaten gemacht. Mit entsprechenden
3142 Präventionsprogrammen müssen wir aber weiter Jugendliche von kriminellen Handeln

3143 abhalten und ihnen eine gesellschaftliche Perspektive aufzeigen. Die SPD steht für den Schutz
3144 und die Teilhabe der Menschen in ihrer ganzen Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit.
3145 Notwendig ist die Unterstützung und Stärkung der Betroffenen und Opfer von
3146 gruppenbezogener Hassgewalt und extremistischer Gewalt.

3147

3148 **3.4. Wehrhafte Demokratie – gegen Hasskriminalität**

3149 Berlin ist die Stadt der Vielfalt und der gelebten Demokratie, die leider immer wieder durch
3150 Hass und Gewalt bedroht wird. Die SPD bekämpft entschieden Hasskriminalität und stellt sich
3151 allen Angriffen auf unsere Demokratie konsequent entgegen. Die SPD steht für die
3152 konsequente **Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität**, egal ob sie von rechts oder
3153 von links kommt oder islamistisch geprägt ist.

3154

3155 Immer wieder schlagen Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung
3156 oder Religion Gewalt und Hass entgegen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und
3157 Rassismus haben keinen Platz in unserer Stadt. Für uns ist die Gleichwertigkeit aller
3158 Menschen nicht verhandelbar. Der **Schutz der Opfer hat für uns höchste Priorität**. Sie
3159 können sich auf uns verlassen – auch in Form von Unterstützungsfonds.

3160

3161 Den Kampf gegen **Rechtsextremist:innen** setzen wir konsequent fort. Anschläge auf
3162 Menschen, die sich für unsere Demokratie einsetzen, werden wir niemals hinnehmen. In keiner
3163 Weise tolerieren wir Angriffe auf politische Vertreter:innen unseres Staates, auf Einsatzkräfte
3164 oder Journalist:innen.

3165

3166 Die zunehmende Verbreitung von **Verschwörungserzählungen** beobachten wir mit Sorge.
3167 Für Anhänger:innen dieser Ideologien sind Lüge und Wahrheit austauschbar. Dieses Denken
3168 gefährdet unsere Demokratie.

3169

3170 Rassist:innen, Reichsbürger:innen, Rechtsextreme und Neonazis schrecken vor Gewalt nicht
3171 zurück. In Neukölln haben sie mutmaßlich mit lebensgefährlichen Brandanschlägen und
3172 unentwegten Bedrohungen versucht, Menschen, die sich für unsere Demokratie engagieren,
3173 einzuschüchtern. Wir werden den Schutz der Betroffenen und die Strafverfolgung noch
3174 verbessern.

3175

3176 Es ist nicht hinzunehmen, dass **Menschen jüdischen Glaubens** in unserer Stadt angefeindet
3177 und angegriffen werden. Wir garantieren den jüdischen Einrichtungen und dem vielfältigen
3178 jüdischen Leben in Berlin den notwendigen Schutz. Dazu arbeitet der Senat zum Beispiel mit
3179 der jüdischen Gemeinde am **Runden Tisch gegen antisemitische Gewalt** erfolgreich

3180 zusammen. Die vorbeugende Arbeit gegen den Antisemitismus folgt dabei einem von der SPD
3181 initiierten Präventions-Konzept, das alle Maßnahmen bündelt.

3182

3183 Wir werden auch **muslimische Einrichtungen** entsprechend schützen. Bereits aufgelegte
3184 Programme zur Finanzierung bestimmter Sicherheitsvorkehrungen zum Beispiel an Moscheen
3185 oder Vereinsräumen führen wir fort.

3186

3187 Da es in den vergangenen Jahren vermehrt Übergriffe auf **Geschäfte von Menschen mit**
3188 **Migrationsgeschichte** gegeben hat, wollen wir auch migrantisches Gewerbe unterstützen
3189 und **vor Angriffen schützen**. Dabei verfolgen wir einen dialogorientierten Ansatz, der
3190 rechtsstaatliche Prinzipien und die Wahrung des respektvollen Umgangs mit den
3191 Gewerbetreibenden sicherstellt.

3192

3193 **Linksextremist:innen**, die den Staat und die Demokratie bekämpfen, tritt die SPD
3194 entschlossen entgegen. Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten oder auch Privatpersonen
3195 dulden wir nicht. Es gibt keine rechtsfreien Räume in Berlin. Die Polizei hat unsere
3196 Unterstützung, wenn sie gegen Linksextremisten in der Rigaer Straße und an anderen Orten
3197 der Stadt vorgeht.

3198

3199 Wir setzen das **Gesetzespaket gegen Hasskriminalität** entschieden um. Hierzu wollen wir
3200 die Berliner Strafverfolgungsbehörden in die Lage versetzen, Hasskriminalität effektiv zu
3201 bekämpfen. Zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Medienunternehmen,
3202 Staatsanwaltschaft und Polizei wollen wir erörtern, wie wir für das Thema sensibilisieren und
3203 Betroffene ermutigen können. Wir werden, wo nötig, polizeiliche Ermittlungskapazitäten
3204 erhöhen.

3205

3206 **3.5. Gemeinsam gegen den Terror**

3207 Die Bedrohung durch **politisch-religiösen Terror** des Islamismus darf nicht unterschätzt
3208 werden. Nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz 2016 hat die SPD ein breit angelegtes
3209 Sicherheitspaket mit auf den Weg gebracht und dafür gesorgt, dass die Berliner
3210 Sicherheitsbehörden personell verstärkt und organisatorisch neu aufgestellt wurden. Diesen
3211 Weg, der Berlin sicherer gemacht hat, werden wir weitergehen. Die personelle und
3212 organisatorische Stärkung des Staatsschutzes der Polizei wird mit der SPD weiter fortgeführt.
3213 Die Einrichtung eines **Anti-Terror-Zentrums** wird Kräfte bündeln und die Arbeit effektiver
3214 machen.

3215

3216 Wir müssen im Kampf gegen den Terror auch auf **Deradikalisierungs- und**
3217 **Aussteigerprogramme** setzen. Sie müssen finanziell so ausgestattet sein, dass
3218 Planungssicherheit für die meist langfristig angelegte Arbeit besteht. Das gleiche gilt für
3219 Aussteigerprogramme sowie Anti-Gewalt und Anti-Konflikt-Trainings an Schulen für Lehrende
3220 und Schülerinnen und Schüler.

3221

3222 Die SPD unterstützt die **Verbote von Vereinen**, die unsere Demokratie und unser
3223 Grundgesetz ablehnen. Gegenüber Menschen aus dem Ausland, die nach Berlin kommen und
3224 hier mit demokratiefeindlichen oder antisemitischen Inhalten öffentlich auftreten wollen,
3225 werden **politische Betätigungsverbote** ausgesprochen.

3226

3227 Wir brauchen eine enge Vernetzung der unterschiedlichen Sicherheitsbehörden auf Länder-
3228 und Bundesebene, um effektiv und kraftvoll gegen die Bedrohungen unserer offenen,
3229 vielfältigen und freien Gesellschaft vorzugehen. Die SPD wird einen **Sicherheitspakt für die**
3230 **Hauptstadt** schließen, der eine enge Kooperation mit den Bundesbehörden festschreibt.

3231

3232 Wir haben den **Berliner Verfassungsschutz** nach den Empfehlungen des NSU-Ausschusses
3233 neu aufgestellt und verstehen ihn als Teil eines modernen, parlamentarisch kontrollierten
3234 Frühwarnsystems unserer Demokratie. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass zwischen der
3235 Berliner Verfassungsschutzbehörde und dem Bundesamt für Verfassungsschutz eine
3236 „**Arbeitsgemeinschaft Sicherheitslage in der Hauptstadt**“ eingerichtet wird. In der
3237 Arbeitsgemeinschaft sollen politisch motivierte Bedrohungen aller Phänomenbereiche, die
3238 Berlin betreffen, von den Sicherheitsexperten vor Ort gemeinsam bewertet und die
3239 erforderlichen Maßnahmen abgestimmt werden.

3240

3241

3242 **Kapitel 4: Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz**

3243 Die SPD Berlin steht ein für eine **moderne, leistungsfähige und starke Justiz**, der die
3244 Menschen vertrauen, ihre Konflikte in einem geordneten und fairen Verfahren zu lösen.
3245 Effektiver Rechtsschutz muss professionell, in angemessener Zeit und unabhängig vom
3246 Einkommen gewährleistet werden. Das Justizmonopol des Staates ist für uns nicht
3247 verhandelbar. Es garantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz unabhängig von
3248 wirtschaftlicher oder persönlicher Macht. Wir lehnen sogenannte „Friedensrichter“ ab, die das
3249 staatliche Gerichtsverfahren unterlaufen.

3250 Wir setzen vorrangig auf **Gewaltprävention**, um Straftaten im Vorfeld zu verhindern, aber wir
3251 wissen, dass sich damit allein Straftaten nicht verhindern lassen. Deshalb brauchen wir eine
3252 **konsequente Strafverfolgung**, die zeitnah nach der Tat zur Anklage und zur Verurteilung

3253 führt. Hierzu gehört auch die **Ausweitung der Vermögensabschöpfung und die**
3254 **Bekämpfung der Geldwäsche** im Bereich der organisierten Kriminalität. Zu besseren
3255 Bekämpfung der Kriminalität wollen wir zusätzliche **Schwerpunktstaatsanwälte und -**
3256 **anwältinnen für kriminalitätsbelastete Orte** schaffen, die eng mit dem Landeskriminalamt
3257 Berlin und den Strafgerichten täterorientiert zusammenarbeiten.

3258

3259 Dazu brauchen wir mehr, qualifizierte und amtsangemessen bezahlte Beschäftigte in der
3260 Justiz und Verwaltung sowie eine moderne räumliche und technische Ausstattung. Es ist nicht
3261 akzeptabel, dass Gerichtsverfahren aufgrund mangelhafter Personalplanung und -ausstattung
3262 und fehlender Räume/IT-Ausstattung Jahre brauchen und Strafverfahren im Sande verlaufen.
3263 Wir wollen die **Arbeitsbedingungen in der Justiz für die Beschäftigten attraktiver**
3264 **gestalten** und **Aufstiegschancen** in der Justiz verbessern. Familiengerechtes und mobiles
3265 Arbeiten in und für die Justiz und eine **wertschätzende Personalentwicklung** stehen bei uns
3266 im Vordergrund. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes in Berlin werden wir für
3267 Auszubildende in der Justiz Angebote für Unterkunftsmöglichkeiten schaffen. Wir werden
3268 prüfen, ob wir für Rechtsreferendare:innen und Rechtspfleger:innen ein neues Berufsfeld als
3269 Richterassistenten einführen, die richterliche Entscheidungen vorbereiten oder Streitfälle mit
3270 geringem Streitwert selbständig entscheiden oder vergleichen.

3271

3272 **4.1. Unsere Justiz – modern und effizient**

3273 Wir wollen eine bürgernahe und moderne Justiz. Die Gerichtssäle werden wir mit **Digital-**
3274 **technik** ausstatten und Zahlungen und Kommunikation online ermöglichen. Wir werden die
3275 bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten einer digitalen mündlichen Verhandlung mit den
3276 Parteien deutlich ausbauen und die **e-Akte in der Justiz** und den elektronischen
3277 Rechtsverkehr zügig und flächendeckend einführen. Die Rechtsantragstellen sollen zu
3278 Service-Stellen umgebaut und gestärkt werden, um den Zugang zu den Gerichten und der
3279 Staatsanwaltschaft zu erleichtern. Wichtige Informationen sollen online zur Verfügung gestellt
3280 werden. Dafür werden wir ein **zentrales Justizportal** einrichten, auf dem alle wichtigen
3281 Informationen (Anträge, Rechtsgrundlagen, Verfahrenshinweise, wichtige gerichtliche
3282 Entscheidungen, Ansprechpartner) anwenderfreundlich zur Verfügung stehen. Wir werden ein
3283 **Innovationszentrum Berlin für „Legal Tech Anwendungen“** schaffen und damit Vorreiter
3284 moderner digitaler Justiz in Deutschland sein. Die Gerichts- und Staatsanwaltschaftsstrukturen und
3285 das Verfahrensrecht sollen überprüft und bei Bedarf angepasst werden, um die Verfahren zu
3286 beschleunigen. Wir werden ein **Justizzentrum** in Berlin schaffen, in dem unter anderem die
3287 beiden Landgerichtsstandorte für Zivilsachen zusammengeführt werden.

3288 **4.2. Sicherheit durch Strafvollzug und Resozialisierung**

3289 Wir setzen auf einen **modernen, sicheren und effektiven Strafvollzug**, der konsequent und
3290 nachhaltig auf Sicherheit und Resozialisierung ausgerichtet ist. **Intensivtäter** werden wir im
3291 geschlossenen Vollzug belassen, um die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner zu
3292 gewährleisten. Radikalisierungen in der Haft werden unterbunden. Ein offener Vollzug ab
3293 Beginn der Haftzeit soll nur zugelassen werden, wenn sich Täter:innen freiwillig zum
3294 Strafantritt stellen und eine positive Sozialprognose gestellt wird. Eine vorzeitige Entlassung
3295 von Straftäter:innen darf nur erfolgen, wenn es unter Abwägung der Risiken vertretbar ist. Wir
3296 wollen die bestehenden sozialen Dienste und Bewährungshilfen durch Vollzugslots:innen
3297 ergänzen, die Straftäter:innen bereits zu Beginn der Haft und des offenen Vollzuges begleiten
3298 und sozial unterstützen. Wir werden die Resozialisierung durch Ausbildung und Arbeit
3299 verbessern und den Täter-Opfer-Ausgleich stärken. Weitere Investitionen in die bauliche
3300 Substanz für eine menschenwürdige Unterbringung sind notwendig. Die Beschäftigten im
3301 Justizvollzug leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft und sollen
3302 angemessen ausgebildet und bezahlt werden.

3303

3304 **Jugendliche Straftäter:innen** sollen in einem beschleunigten Verfahren schnell zur
3305 Verantwortung gezogen und resozialisiert werden. Wir werden die Zusammenarbeit von
3306 Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Gerichten, Schulen, Jobcentern und
3307 Jugendhilfeeinrichtungen täterorientiert organisieren und intensivieren, um jugendliche
3308 Straftäter:innen in ein straffreies Leben zu begleiten. Ein wichtiges Ziel ist der Erwerb von
3309 Schul- und Berufsabschlüssen, um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.

3310

3311

3312 **Kapitel 5: Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum**

3313 **5.1. Eine sichere Stadt für alle**

3314 Berlin ist eine weltoffene Stadt, in der sich die Berlinerinnen und Berliner und ihre Gäste überall
3315 sicher fühlen sollen. Das gilt gleichermaßen für die privaten und öffentlichen Räume. Die SPD
3316 wird ein **Veranstaltungssicherheitsgesetz** erarbeiten, das verbindliche Regelungen zum
3317 Schutz der Besucherinnen und Besucher der zahlreichen Veranstaltungen im öffentlichen
3318 Raum festschreibt.

3319

3320 Bei der Neu- und Umgestaltung öffentlicher Plätze, von Grünanlagen oder Bahnhofseingängen
3321 müssen dunkle Ecken und **Angsträume** vermieden oder beseitigt werden, beispielsweise
3322 durch bessere Beleuchtung oder bauliche Einsehbarkeit. Bei jeder solchen Planung sollen von
3323 Anfang an die Grundsätze der städtebaulichen Kriminalprävention und der feministischen
3324 Stadtplanung beachtet werden.

3325 Für die Verfolgung und Verhinderung von Kriminalität brauchen die Sicherheitsbehörden
3326 entsprechende Befugnisse. **Videoüberwachung** nutzen wir nur temporär und
3327 anlassbezogenen. Eine dauerhafte Video-Überwachung öffentlicher Plätze und den Einsatz
3328 von Gesichtserkennung lehnen wir ab. Die Höchstdauer des polizeilichen
3329 **Unterbindungsgewahrsams** wird auf sieben Tage erhöht, wenn damit terroristische
3330 Straftaten verhindert werden können. Analog zur Regelung bei Demonstrationen sollen
3331 **Übersichtsaufnahmen** zur Lenkung von Polizeieinsätzen auch bei Großveranstaltungen
3332 möglich sein, um die Gesundheit und das Leben der Teilnehmenden besser zu schützen.

3333

3334 **5.2. Die saubere Stadt**

3335 Die Lebensqualität in unserer Stadt wird auch von der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum
3336 bestimmt. Deshalb wollen wir **nicht nur eine sichere, sondern auch eine saubere Stadt**. Mit
3337 einer Sauberkeitsoffensive haben wir es der BSR ermöglicht, auch eine Vielzahl von
3338 **öffentlichen Parks und Grünanlagen** zu reinigen und Müll zu beseitigen. Über 100
3339 sogenannte **Waste-Watcher** sind für Berlins Ordnungsämter unterwegs, um das achtlose
3340 Wegwerfen von Müll konsequent zu bekämpfen. Diesen Weg der zentralen und konsequenten
3341 Reinigung von Straßen und Plätzen werden wir weitergehen. Um Berlin zu einer noch
3342 sauberen Stadt zu machen, sind alle Berlinerinnen und Berliner und auch die Gäste unserer
3343 Stadt gefragt. Denn: Das beste Mittel gegen Müll ist die Vermeidung von Müll. Wir unterstützen
3344 Initiativen und Geschäfte, die auf Verpackungen verzichten.

3345

3346 **5.3. Katastrophenschutz**

3347 Technologischer Fortschritt, zunehmende Digitalisierung und globale Vernetzung erhöhen
3348 die Lebensqualität, aber auch die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft. Die Auswirkungen
3349 des Klimawandels, terroristische Bedrohungen sowie gesundheitliche Gefahren können
3350 schnell zu außergewöhnlichen Großschadenergebnissen werden. Um daraus resultierende
3351 Krisen erfolgreich zu bewältigen, benötigen wir eine widerstandsfähige Stadt. Die SPD wird
3352 die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Institutionen weiter stärken: Mit dem System der
3353 sogenannten Katastrophenschutzleuchttürme werden wir für ganz Berlin im Schaden- oder
3354 Katastrophenfall Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Die Information und
3355 Steuerung der Bevölkerung in außergewöhnlichen Lagen ist für die Bewältigung von
3356 Krisensituationen unerlässlich. Die SPD unterstützt den Bau der Kooperativen Leitstelle von
3357 Polizei und Feuerwehr.

3358

3359

3360 **Kapitel 6: Wir modernisieren die Feuerwehr und Rettungsdienste**

3361 **6.1. Mehr Personal, gute Ausbildung und moderne Löschfahrzeuge**

3362 Die Berliner Feuerwehr ist Teil der Berliner Sicherheitsbehörden. Ihre haupt- und
3363 ehrenamtlichen Angehörigen leisten rund um die Uhr Hilfe für Menschen in Not.
3364 Brandbekämpfung, Technische Hilfeleistung, Notfallrettung und Katastrophenschutz gehören
3365 zu den Kernaufgaben der Feuerwehr. Wir stellen sicher, dass die Feuerwehr für ihre Aufgaben
3366 entsprechend gut aufgestellt und ausgestattet wird. Wer uns hilft, muss auch von uns
3367 geschützt werden. Wir verurteilen Angriffe auf Rettungskräfte auf das Schärfste und fordern
3368 die strafrechtliche Verfolgung jeder Tat. Das Gesetz zur Stärkung des Schutzes von
3369 Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften bietet dafür die Möglichkeiten.

3370

3371 Durch den **Neubau von Feuer- und Rettungswachen** werden Versorgungslücken
3372 geschlossen und Hilfsfristen verkürzt. Die Sanierung bestehender Standorte sorgt für
3373 zeitgemäße Arbeitsbedingungen in allen Dienststellen und Wachgebäuden.

3374

3375 Das Sanierungs- und Neubauprogramm für die Feuerwachen setzen wir kontinuierlich fort. Wir
3376 führen den **Personalaufwuchs** weiter und sichern so die erforderliche Leistungsfähigkeit.
3377 Dafür ist es notwendig, dass langfristig alle in der Ausbildung befindlichen Angehörigen der
3378 Berliner Feuerwehr nach erfolgreicher Laufbahnprüfung in ein **festes Dienstverhältnis**
3379 übernommen werden können.

3380

3381 Die SPD unterstützt die zeitgemäße Aus-, Fort- und Weiterbildung durch die **Berliner**
3382 **Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie** (BFRA) am Standort TXL. Die BFRA muss
3383 entsprechend finanziell, personell und organisatorisch ausgestattet sein. Unser Ziel ist es, die
3384 BFRA am Standort TXL als anerkannte Feuerwehr-Bildungseinrichtung in Deutschland und
3385 Europa zu etablieren.

3386

3387 Digitale Veränderungen, Forschung für die zivile Sicherheit und die Entwicklung innovativer
3388 Konzepte zur Gefahrenabwehr kennzeichnen die Berliner Feuerwehr. Beim **Umbau des**
3389 **Fuhrparks** achten wir auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

3390

3391 **6.2. Freiwillige Feuerwehren stärken**

3392 Die freiwilligen Feuerwehren sind ein fester Bestandteil der Feuerwehr und übernehmen eine
3393 wichtige gesellschaftliche Position. Wir unterstützen und stärken das Ehrenamt. Auch die
3394 freiwilligen Feuerwehren müssen zeitgemäß ausgestattet sein – das gilt für den Fuhrpark
3395 genauso wie für Feuerwachen.

3396

3397 **6.3. Rettungsdienste und Notarztversorgung**

3398 Die SPD unterstützt die zeitgemäße Ausrüstung mit Fahrzeugen und Einsatzgeräten, die den
3399 besonderen Anforderungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes entsprechen. Wir werden
3400 Versorgungslücken auch durch den Neubau von Feuer- und Rettungswachen schließen. Wir
3401 werden die Prozesse der präklinischen Versorgung (Notfallrettung – Krankentransport) weiter
3402 optimieren und so zu einer sicheren Versorgung der Berlinerinnen und Berlin beitragen.

3403

3404

3405

3406

3407 **AUSBLICK: Berlin – Hauptstadt im Bund, in Europa und in der Welt**

3408 Berlin hat in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Entwicklung durchlaufen. Berlin
3409 hat vielen Menschen eine neue Heimat gegeben und ist wie kein anderes Bundesland
3410 gewachsen. Berlin hat gebaut und Wohnraum geschaffen. Berlin hat durch den Aus- und
3411 Neubau von Kitas und Schulen unzählige neue Bildungsorte geschaffen. Berlin ist
3412 Wissenschaftsstandort Nummer Eins. Berlin hatte zuletzt das stärkste Wirtschaftswachstum
3413 aller Bundesländer. Berlin hat die Arbeitslosigkeit deutlich gesenkt. Berlin hat seine Verwaltung
3414 modernisiert. Berlin hat in die innere Sicherheit investiert. Berlin ist nach 25 Jahren unter
3415 sozialdemokratischer Führung auf einem sehr guten Weg und kann sich mit seiner Bilanz im
3416 bundesweiten Vergleich sehen lassen. Berlin ist Hauptstadt und Regierungssitz. Berlin ist der
3417 zentrale Ort der deutschen Demokratie. Berlin hat eine bewegende Geschichte. Berlin
3418 beheimatet die dunkelsten Orte der deutschen Vergangenheit. Berlin ist die Stadt der Mauer.
3419 Berlin ist die Stadt der Wiedervereinigung. Berlin ist Ost und West. Berlin ist Sehnsuchtsort.
3420 Berlin ist die Stadt des Friedens. Berlin hat Verantwortung. Die SPD Berlin hat in der
3421 Vergangenheit stets eine besondere Rolle in der Bundesrepublik eingenommen. Die
3422 Geschichte der Bundesrepublik wäre ohne den Einfluss von Kurt Schumacher oder Willy
3423 Brandt anders verlaufen. Ernst Reuter und Klaus Wowereit haben die Stadt sicher durch
3424 schwierige Zeiten gelenkt. Wir wollen daran anknüpfen und bekennen uns als Hauptstadt SPD
3425 zu unserer bundesweiten Verantwortung. Wir wollen mitgestalten.

3426 Wir wollen als SPD auch in Zukunft die **besondere Rolle Berlins im Bund** betonen. Die
3427 Berliner:innen profitieren vom bundesweiten Interesse an ihrer Stadt durch Arbeitsplätze und
3428 Ansiedlung, Kultur und Tourismus. Gleichzeitig übernimmt Berlin Verantwortung für die
3429 Funktionsfähigkeit der Hauptstadt und muss dafür auch Infrastruktur bereitstellen. Wir werden
3430 diese besondere Rolle im Vergleich mit anderen Ländern auch in Zukunft im Bund mit
3431 Nachdruck voranbringen. Wir werden noch gezielter als bislang Bundesfördermittel für
3432 Infrastrukturprogramme abrufen und einsetzen. Berlin ist auch **Teil Ostdeutschlands und**
3433 **Teil der Metropolregion Berlin-Brandenburg**. Wir werden uns in Zukunft gemeinsam mit
3434 Brandenburg und den anderen ostdeutschen Bundesländern noch stärker für die Interessen
3435 des Ostens im Bund einsetzen. Wir wollen gemeinsam den Strukturwandel gestalten.
3436 Gleichzeitig wollen wir uns verstärkt mit den anderen deutschen Großstädten für die
3437 besonderen Belange urbaner Regionen einsetzen. Dafür werden wir Netzwerke ausbauen.
3438 **Gemeinsam mit den Berliner Bundestagsabgeordneten der SPD** werden wir uns in den
3439 kommenden Jahren im Bund für sozialpolitische Reformen und einen starken Neustart nach
3440 der Pandemie einsetzen. Wir werden mit den Wirtschaftshilfen auf Bundesebene dafür
3441 Sorgen, dass die Berliner Unternehmen gut durch die Krise kommen, Arbeitsplätze sichern
3442 und neue Arbeitsplätze schaffen. Wir werden uns für eine Reform der sozialen

3443 Sicherungssysteme einsetzen, dafür, Hartz IV durch ein echtes Bürgergeld zu ersetzen und
3444 eine echte Kindergrundsicherung einzuführen. Wir werden uns dafür einsetzen, eine
3445 Vermögenssteuer einzuführen und die Bekämpfung von Steuerflucht zu verstärken. Wir wollen
3446 gemeinsam mit einer **SPD-geführten Bundesregierung unter Führung von Olaf Scholz**
3447 unser Land weiter modernisieren.

3448 Als europäische Metropole Berlin werden wir uns auch in der Europäischen Union für die
3449 Themen der SPD Berlin stark machen. Wir wollen gemeinsam mit Brandenburg die
3450 Zusammenarbeit in der **Oder-Partnerschaft** mit unserer Nachbarregion in Polen entwickeln
3451 und dafür europäische Fördermittel nutzen. Für Berlin sind die **EU-Strukturfonds** seit vielen
3452 Jahren ein wichtiges Finanzierungsinstrument für wichtige Projekte in unserer Stadt. Wir
3453 setzen uns für einen Erhalt dieser Mittel in der EU ein. Die SPD Berlin tritt für qualitative
3454 Kriterien und eine **Stärkung der Menschenrechtsdimension** in EU-Handelsverträgen ein
3455 und wird diese auch in Zukunft verstärkt einfordern. Klimaschutz ist kein Thema das auf unsere
3456 Stadt begrenzt ist. Wir wollen einen „**Social Green Deal**“ nicht nur in Berlin, sondern auch in
3457 der EU verankern. Berlin ist ein **sicherer Hafen für Geflüchtete**. Wir werden uns daher in der
3458 EU für eine humane Geflüchteten- und Migrationspolitik einsetzen. Gemeinsam mit anderen
3459 europäischen Städten wollen wir bürokratische Hürden abbauen und Geflüchteten
3460 ermöglichen, in Berlin anzukommen. Wir setzen uns für die **Ausweitung des**
3461 **Mehrheitsprinzips in den Institutionen der EU** ein. Wir wollen Verstöße gegen EU-Recht
3462 insbesondere im Bereich der Grundrechte stärker sanktionieren. Die SPD Berlin will die
3463 Zukunft Europas mitgestalten. Deshalb wollen wir die **Konferenz zur Zukunft Europas**
3464 bewerben und durch eine zielgerichtete Kampagne Berliner Bürger:innen für europapolitische
3465 Prozesse sensibilisieren und zur Teilnahme motivieren. Wir wollen dabei auch die Rolle der
3466 Regionen in der EU stärken.

3467 Wie kaum eine andere Stadt stand Berlin über viele Jahre im Mittelpunkt des Weltgeschehens.
3468 Als Ursprungsort zweier Weltkriege und als Frontstadt im Kalten Krieg. Die Welt hat Berlin in
3469 diesen Jahren nicht vergessen. Dass Berlin heute Sehnsuchtsort für viele Menschen aus der
3470 ganzen Welt ist, haben wir unseren vielen **Freund- und Partnerschaften** zu verdanken. Wir
3471 wollen die Chance der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten nutzen, die
3472 **transatlantischen Beziehungen unserer Stadt neu aufleben zu lassen** und weiter
3473 auszubauen. Wir wollen unsere 17 **Städtepartnerschaften stärken**. Dabei werden wir einen
3474 besonderen Fokus auf die Partnerschaften in den Entwicklungsländern legen und den sozial-
3475 ökologischen Austausch stärken. Wir wollen **Berlin als Stadt des Friedens in der Welt**
3476 entwickeln.